

Christian Balmer Oliver Bieri Urs Blum

Der Kalte Krieg

Maturaarbeit 2000 im Fach Geschichte

PDF-Dokument zur Webseite
„Der Kalte Krieg“

<http://www.kssursee.ch/schuelerweb/kalter-krieg>

Einleitung

An unserer Schule ist es üblich, dass jede Schülerin und jeder Schüler in der 7. Klasse des Gymnasiums eine Maturaarbeit schreibt. Fach und Themenbereich dieser grösseren Arbeit im Stil eines wissenschaftlichen Aufsatzes sind dabei frei wählbar.

Noch bevor wir uns für ein Thema entschieden hatten, kam Peter Inauen, unser Geschichtslehrer, auf uns zu. Er fragte uns, ob wir bereit wären, anlässlich der Maturaarbeit eine Homepage im Fach Geschichte zu gestalten. Als Thema schlug er uns damals die Wende von 1989 vor, weil sich diese zum zehnten Mal jährte. Doch bald einmal stellte sich heraus, dass uns die Vorgeschichte der Wende, namentlich der Kalte Krieg, weit aus mehr interessiert.

Wir setzten uns zum Ziel, die Zeitspanne von 1943 bis 1991 etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Wir sind der Auffassung, dass dieser Zeitabschnitt den Kalten Krieg, der die Weltpolitik der letzten 50 Jahre massiv beeinflusst hat, vollumfänglich abdeckt.

Angefangen mit der Entstehung sollte unsere Arbeit die verschiedenen Stationen des Kalten Krieges beleuchten. Darin enthalten sind Bereiche wie Konfrontation, Entspannung, Koexistenz sowie der Zerfall des Ostblocks.

Anhand von Nachschlagewerken, Primär- und Sekundärliteratur begannen wir mit der historischen Aufarbeitung des Themas. Parallel dazu machten wir uns erste Gedanken über die Gestaltung der Homepage. Besonderes Gewicht schenkten wir der Benutzerfreundlichkeit, die wir durch ein einheitlich strukturiertes, zugleich aber schlichtes Design erreichen wollten. Ergänzend zu unseren Texten sollten Links zu bereits bestehenden Seiten gesammelt werden, um dem Betrachter die Möglichkeit zu bieten, sich vertieft mit dem Thema auseinanderzusetzen. Uns schwebte eine Art „Sprungbrett“ ins Internet vor, wobei unsere Homepage als tragfähiges Fundament für die Erforschung des Kalten Krieges im deutschsprachigen Netz dienen sollte.

Von Anfang an war uns klar, dass wir die Seite für die Internet-Standard-Auflösung von 800 mal 600 Pixel optimieren würden. Die Homepage sollte für den Internet Explorer, dem momentan wohl gebräuchlichsten Browser, ausgelegt werden, aber auch die Netscape-User sollten unsere Arbeit über den Kalten Krieg uneingeschränkt geniessen können.

So, nun möchten wir Sie, lieber Besucher, nicht mehr länger davon abhalten, in die faszinierende und zugleich erschreckende Welt des Kalten Krieges einzutauchen.

Sursee, im März 2000

Christian Balmer, Oliver Bieri, Urs Blum

Inhaltsverzeichnis

I. Entstehung des Kalten Krieges 1943-1949

1. Überblick	6
2. Casablanca und Teheran	6
3. Die Konferenz von Jalta	7
4. Die Konferenz von Potsdam	8
5. Truman-Doktrin	9
6. Marshall-Plan	10
7. Die Anfänge der europäischen Integration	12
8. Die Teilung Deutschlands	12
9. Die NATO und das westliche Bündnissystem	14
10. Entkolonisierung und Kalter Krieg	14

II. Der Kalte Krieg 1950-1962

1. Überblick	15
2. Konfliktherde in Asien	16
3. Der Koreakrieg	17
4. Iran	19
5. Der französische Indochinakrieg und die Teilung Vietnams	20
6. Die Sowjetunion in der Defensive	21
7. Chruschtschows Entstalinisierung und Koexistenzpolitik	23
8. Europäische Einigungsbemühungen	24
9. Die Integration der Bundesrepublik ins westliche Bündnissystem	25
10. Der österreichische Staatsvertrag	27
11. Der Warschauer Pakt	27

12.	Gärung in Ostmitteleuropa.....	28
13.	Der ungarische Volksaufstand.....	29
14.	Die Suezkrise.....	30
15.	Sputnik-Schock und Wettrüsten.....	32
16.	Die zweite Berlinkrise.....	33
17.	Kennedys neuer Kurs.....	34
18.	Die Berliner Mauer.....	35
19.	Der Kuba-Konflikt.....	35
20.	Die Kubakrise von 1962.....	36

III. Entspannung und Koexistenz 1963-1985

1.	Überblick.....	38
2.	Der chinesisch sowjetische Konflikt.....	39
3.	Die Bewegung der Blockfreien.....	39
4.	Beginn der Entspannung.....	40
5.	Prager Frühling.....	42
6.	Brandts Ostpolitik.....	43
7.	SALT und KSZE.....	44
8.	Carters Menschenrechts-Politik.....	46
9.	Der Vietnamkrieg.....	46
10.	Laos und Kambodscha.....	51
11.	Nukleare Aufrüstung.....	52
12.	Afghanistan.....	52
13.	Der neue Kurs Reagans.....	53
14.	Abkehr von der Abschreckungsstrategie.....	54
15.	Nicaragua, Grenada und Panama.....	55

IV. Ende des Kalten Krieges 1985-1991

1.	Überblick.....	56
----	----------------	----

2.	Die Reformpolitik Gorbatschows	57
3.	Der Wandel in den ost- und südosteuropäischen Staaten	60
4.	Das Ende der Sowjetunion.....	64
5.	DDR, die friedliche Revolution	66
6.	Der schnelle Weg zur deutschen Einheit	68
7.	Probleme im vereinigten Deutschland	70
8.	Beginn einer wirklichen Abrüstung	71
9.	Der Wandel der Bündnissysteme in Europa	73
10.	Der Golfkrieg 1991: Signal für eine neue Weltordnung?.....	75

V. Anhang

1.	Schlusswort.....	76
2.	Bibliographie	77
3.	Kontakt	78

Das hier vorliegende PDF-Dokument (Portable Document Format) ist eine Download-Version zur Webseite „Der Kalte Krieg“. Die vollständige Homepage befindet sich unter <http://www.kssursee.ch/schuelerweb/kalter-krieg>; sie wurde im Schuljahr 1999/2000 von den damaligen Maturanden Christian Balmer, Oliver Bieri und Urs Blum im Rahmen einer Maturaarbeit im Fach Geschichte erstellt.

ACHTUNG: Der Inhalt dieses Dokumentes ist ausschliesslich für den privaten Gebrauch bestimmt. Jegliche andere Nutzung ist untersagt. Für den Gebrauch im Unterricht ist eine Erlaubnis bei den betreffenden Autoren einzuholen. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Webseite oder unter kulitis@gmx.ch.

Helfen Sie uns vor Missbrauch! Falls Sie dieses Dokument von einem anderen als dem oben angegebenen Server heruntergeladen haben, informieren Sie uns bitte umgehend.

© Copyright 2000 by Christian Balmer, Oliver Bieri, Urs Blum.
Alle Rechte befinden sich bei den Herausgebern.

I. Entstehung des Kalten Krieges (1943-1949)

1. ÜBERBLICK

Im Zweiten Weltkrieg kämpften die USA, England und die Sowjetunion gemeinsam gegen das nationalsozialistisch regierte Deutschland. Infolge des deutschen Angriffs gegen die UdSSR waren alle drei an der Niederwerfung Deutschlands interessiert, was eine enge Zusammenarbeit voraussetzte.¹ Die Konferenz von Casablanca ebnete schliesslich den Weg für eine Zusammenkunft der „Grossen Drei“² in Teheran, wo eine enge Zusammenarbeit der Alliierten beschlossen wurde.³

Doch schon bei den Konferenzen von Jalta und Potsdam offenbarten sich erste Risse. Entscheidende Meinungsunterschiede zwischen den Westmächten und der UdSSR über die Nachkriegsordnung in Europa traten zum Vorschein. Erst jetzt zeigte sich, dass die Kriegskoalition gegen Nazi-Deutschland ein reines Zweckbündnis gewesen war. Während des Krieges akzeptierten die westlichen Alliierten die Ausdehnung des sowjetischen Macht- und Einflussbereiches, weil man im Kampf gegen Deutschland auf die Mithilfe der UdSSR angewiesen war und glaubte, Stalin betreibe keine expansive Politik und sei nur an der Sicherheit seines Landes interessiert.⁴

Als sich eine gemeinsame Deutschlandpolitik, wie sie in Potsdam beschlossen worden war, als unrealistisch erwies, schlugen die USA unter Truman einen antisowjetischen Kurs der Eindämmung ein. Mit Hilfe des Marshall-Plans versuchten sie, dem sich ausbreitenden Kommunismus und der sich abzeichnenden Blockbildung entgegenzuwirken. Die Sowjetunion verbot den Staaten in ihrem Einflussbereich jedoch die Teilnahme am Europäischen Wiederaufbauprogramm, was ein entscheidender Schritt Richtung Blockbildung war.

Westeuropa reagierte daraufhin mit der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Durch die endgültige Teilung Deutschlands in zwei Staaten, die Westintegration und die Gründung der NATO wurde die Teilung der Welt in zwei Machtblöcke schliesslich verfestigt.⁵

Im Zuge der Entkolonisierung breitete sich der West-Ost-Konflikt auf die ganze Welt aus.⁶

2. CASABLANCA UND TEHERAN

Die Konferenz von Casablanca: Vom 14. bis zum 26. Januar 1943 trafen sich Präsident Franklin D. Roosevelt (USA) und der britische Premierminister Winston Churchill in der marokkanischen Hafen-

¹ Spiegel Online, Geschichte der Deutschen, Digital Publishing, 1945-1968, München 1998, Erste Phase des Kalten Krieges

² Cartier, Raymond, Der Zweite Weltkrieg, R. Piper und Co. Verlag, München 1967, S. 957

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, Weltgeschichte 2, Vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart, Orell Füssli Verlag, Zürich 1997, S. 228

⁴ Spiegel Online, Erste Phase des Kalten Krieges

⁵ Microsoft Corporation, Microsoft Encarta 97 Enzyklopädie, 1993-1996, Kalter Krieg

⁶ Spiegel Online, Erste Phase des Kalten Krieges

stadt Casablanca. Ursprünglich war eine Dreierkonferenz geplant gewesen, doch für Stalin war es unmöglich, die Sowjetunion auch nur für einen Tag zu verlassen. Die westlichen Alliierten hatten seiner Meinung nach ohnehin nichts anderes zu tun, als die bereits in Aussicht gestellte zweite Front zu errichten. So fand das Treffen lediglich zwischen Roosevelt und Churchill statt. Die beiden Staatsoberhäupter verpflichteten sich in Casablanca, bis zur bedingungslosen Kapitulation („unconditional surrender“¹) der Achsenmächte (Deutschland, Italien, Japan) weiter zu kämpfen. Der Krieg nahm dadurch an Härte zu und die Erinnerung an die bedingungslose Kapitulation im Ersten Weltkrieg stärkte den deutschen Widerstandswillen.²

Die Konferenz von Teheran: Als Folge der Konferenz von Casablanca wurde eine weitere in Teheran einberufen. Sie dauerte vom 28. November bis 1. Dezember 1943. Es war das erste Treffen der Grossen Drei. Roosevelt, Churchill und der sowjetische Staatschef Josef Stalin diskutierten über die weitere Kriegsführung und die Nachkriegspolitik. Zur Absprache kam eine koordinierte, militärische Operation, welche die Errichtung einer zweiten Front durch die Alliierten in Frankreich und zugleich eine sowjetische Offensive im Osten voraussah. Zudem einigte man sich hinsichtlich der Nachkriegspolitik auf eine Aufteilung Deutschlands unter den Siegermächten. Auch das Schicksal der an Russland grenzenden Nationen wurde behandelt. So wurde beispielsweise eine Westverschiebung Polens ins Auge gefasst. Ausserdem stellte Stalin die Mithilfe der Sowjetunion im Kampf gegen Japan in Aussicht, dies allerdings frühestens nach dem Sieg in Europa. Im Grossen und Ganzen waren die Gespräche über die Nachkriegsordnung jedoch unverbindlich, eine Zusammenarbeit wurde aber von allen Seiten gewünscht.³ Man trennte sich als „Freunde, die durch die gemeinsame Sache, die gemeinsame Gesinnung und das gemeinsame Ziel verbunden seien.“⁴

3. DIE KONFERENZ VON JALTA

Kurz vor Kriegsende trafen sich Roosevelt, Churchill und Stalin vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta auf der Krim.⁵ Zwischen Churchill und Roosevelt bestanden Spannungen, die aus den verschiedenen Ansichten der Friedenspolitik resultierten. Diese Spannungen und die Tatsache, dass sich die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt gegenüber den Westmächten im Vorteil befand, da sie grosse Gebiete Osteuropas eingenommen hatte, verliehen Stalin eine stärkere Position.⁶

Die Sitzungen in Jalta folgten keiner geregelten Tagesordnung. Keine Frage war vorbereitet und den Zusammenkünften fehlte jeglicher Zusammenhang.⁷ Die Alliierten legten die allgemeinen Kapitulationsbedingungen für Deutschland fest. Sie verpflichteten sich, den Nationalismus und Faschismus auszurotten sowie den Sieg der Demokratie zu sichern. Schliesslich konnte Churchill durchsetzen, dass das Deutsche Reich unter Beteiligung Frankreichs besetzt und der gemeinsamen Verwaltung der Siegermächte unterstellt wurde. Das schon in Teheran beschlossene Prinzip der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen wurde in Jalta bestätigt.⁸ Weiter sah man die Einsetzung einer alliierten Reparationskommission vor.⁹

Die Debatten um Polen nahmen einen weit grösseren Teil der Konferenz in Anspruch. Der Sowjetunion wurde das östliche Polen bis zur Curzon-Linie zugesprochen; zum Ausgleich sollte Polen mit deutschem Gebiet bis zur Oder-Neisse-Linie entschädigt werden. Die von den Sowjets eingerichtete und

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 227

² Cartier, Raymond, S. 603-607

³ Microsoft Corporation, Teheran, Konferenz von

⁴ Cartier, Raymond, S.691

⁵ Microsoft Corporation, Jalta-Konferenz

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 228-229

⁷ Cartier, Raymond, S. 957-965

⁸ Michaelis, Herbert, Der Zweite Weltkrieg, C. Bertelsmann Verlag GmbH, München 1983, S. 499

⁹ Cartier, Raymond, S. 957-965

kommunistisch beherrschte „Lubliner Regierung“¹ wurde von den Westmächten anerkannt. Polen war damit zu einem Satellitenstaat Moskaus geworden und diente als Schutzschild gegen Westen.² Im Prinzip gingen die Sowjets die Verpflichtung ein, den Völkern in ihrem Einflussbereich das Recht auf freie Wahlen zu belassen – eine Verpflichtung, die niemals eingehalten wurde.³ Zu diesem Zeitpunkt hatten die Russen bereits grosse Teile Ostmitteleuropas und des Balkans erobert. Damit waren rund 100 Millionen Europäer an das sowjetische Reich ausgeliefert.⁴

Russland legte in der Folge das Jalta-Abkommen nach ihren Bedürfnissen aus, so dass die Kommunisten in Bulgarien und Rumänien einen Teil der Macht an sich reissen konnten und in Jugoslawien sogar die ganze. Dies führte zu Spannungen zwischen West und Ost.⁵

Ansonsten sollte in Jalta der Friede der Welt und die Demokratie durch eine Erneuerung des Völkerbundes in modernisierter und erweiterter Form gesichert werden. So klärte man einige Vorfragen betreffend der UN (Vereinte Nationen), welche schliesslich im Oktober 1945 in San Francisco gegründet wurde.⁶

Die Sowjetunion verpflichtete sich zur Kriegserklärung gegen Japan innerhalb von 90 Tagen nach der deutschen Kapitulation, was eines der Hauptanliegen Roosevelts war, da er einen langen, kräftezehrenden Krieg befürchtete. Der Kompromiss von Jalta wurde aber nicht in Form eines Vertrages festgehalten, sondern lediglich in Absichtserklärungen. Ausserdem kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass die Interessen der USA und der Sowjetunion wichtiger waren als diejenigen Europas.⁷

4. DIE KONFERENZ VON POTSDAM

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 fand in Potsdam eine weitere Konferenz der Grossen Drei statt.⁸ Durch den Tod Roosevelts noch vor Kriegsende sahen sich die USA gezwungen, den ehemaligen Vizepräsidenten und Amtsnachfolger Harry S. Truman als Vertreter zu entsenden.⁹ Sir Winston Churchill wohnte der Konferenz nur bis zum 28. Juli¹⁰ bei, danach wurden die britischen Interessen von Clement Richard Attlee vertreten, der allerdings keinen vollwertigen Ersatz für Churchill darstellte. Churchills konservative Partei verlor während der Konferenz die Mehrheit im Parlament und wurde durch eine noch wenig erfahrene Labour-Regierung abgelöst. Dieser Wechsel in der britischen Regierung hatte sich schon vor Beginn der Konferenz abgezeichnet. Um das Fortdauern der Verhandlungen zu gewährleisten, wurde Churchill von seinem Nachfolger Clement Attlee begleitet. Aufgrund dieser beiden personellen Veränderungen befand sich Stalin in einer weitaus günstigeren Position als die Westmächte. Die Gebietsansprüche, die de Gaulle sowohl in Deutschland als auch in Norditalien stellte, wurden für die Verhandlungen als störend empfunden, weshalb man die Franzosen nicht in den Cäcilienhof in Potsdam einlud.¹¹

Die Dreierkonferenz wurde zur Inkraftsetzung der in Jalta gefassten Beschlüsse einberufen. In erster Linie klärten die Alliierten die zukünftige Position Deutschlands. Die Grenzen der Besatzungszonen legten sie nun endgültig fest, wobei auch Frankreich einen Teil zugesprochen bekam. Grundsätzlich sollte die Einheit Deutschlands während der Besatzungszeit gewahrt bleiben und Deutschland als wirt-

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 228

² Cartier, Raymond, S. 957-965

³ Michaelis, Herbert, S. 499

⁴ Cartier, Raymond, S. 957-965

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 228-229

⁶ Michaelis, Herbert, S. 499

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 228-229

⁸ Microsoft Corporation, Potsdamer Abkommen

⁹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 230

¹⁰ Microsoft Corporation, Potsdamer Abkommen

¹¹ Cartier, Raymond, S. 1043-1049

schaftlich Ganzes betrachtet werden. Dadurch erhoffte man sich eine einheitliche Behandlung der deutschen Bevölkerung. Zur Verwaltung des Landes wurde ein Alliiertes Kontrollrat ins Leben gerufen, der aus den vier Oberbefehlshabern der Besatzungsarmeen gebildet wurde. Der am 8. August ins Leben gerufene Kontrollrat wurde zur obersten Instanz über Deutschland erklärt. Er benötigte für seine Entscheidungen allerdings Einstimmigkeit. Die Besatzungsmächte konnten somit in ihren Zonen uneingeschränkt handeln, wodurch die Teilung Deutschlands eingeleitet wurde.¹

Im Zuge der Grenzverschiebungen thematisierte man die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten der Tschechoslowakei, Polens und Ungarns. Die Verantwortung dieser Aussiedlung, welche rund 12 Millionen Menschen betraf, wollte man dem Kontrollrat übertragen.²

Churchill sah im sowjetischen Vorgehen in Ost- und Südosteuropa eine Bedrohung für das europäische Gleichgewicht. Die russischen Grenzen schlossen die baltischen Länder, Ostdeutschland, die Tschechoslowakei, einen grossen Teil von Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien ein. Churchill stellte sich die Frage, was bei einem Abzug der amerikanischen Armee und einer Auflösung der britischen passieren würde. Die Franzosen waren laut Churchill nicht in der Lage, ein Gegengewicht gegen die Rote Armee auf die Beine zu stellen. „The French are weak and difficult to deal with.“³ Eine Unterredung mit Stalin war deshalb für ihn unerlässlich. Truman hingegen war der Ansicht, dass Churchills Befürchtungen zu schwarz ausfielen und man Stalin mit wirtschaftlichem Druck und korrektem politischen Vorgehen zur Vernunft bringen könne.⁴

In wirtschaftlicher Hinsicht wurde den Russen, welche am meisten unter dem Krieg gelitten hatten, als Reparationen neben Industrieanlagen der Ostzonen auch ein erheblicher Teil der im Westen demonstrierenden Anlagen im Wert von 20 Milliarden Dollar zugesprochen.⁵

Die Beteiligung der Sowjetunion am Krieg gegen Japan war mit der Fertigstellung der ersten Atombombe seitens der Amerikaner nicht mehr erwünscht, denn die Testergebnisse während den Verhandlungen waren überwältigend.⁶

Die in Potsdam gefassten Beschlüsse zur Demokratisierung, Dezentralisierung, Demilitarisierung, Denazifizierung und Demontage Deutschlands erwiesen sich als utopisch, denn die gegensätzlichen Vorstellungen und die sich bereits abzeichnenden Spannungen zwischen West und Ost verunmöglichten eine derartige Durchführung.⁷

5. TRUMAN-DOKTRIN

Die Rote Armee hatte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ganz Osteuropa sowie Teile des Balkans besetzt. Unter dem Vorwand einer Demokratisierung versuchte Moskau mit allen Mitteln, diese Gebiete zu sowjetisieren. In den Jahren 1944 bis 1948 entwickelten sich die von der Sowjetunion eingerichteten Volksdemokratien zu kommunistisch geprägten Satellitenstaaten.⁸

Die USA befürchteten, der Sowjetkommunismus werde die wirtschaftliche Schwäche Europas ausnützen und auch die westlichen Teile in seinen Einflussbereich bringen. Damit waren einerseits der Wohlstand sowie die Sicherheit der USA und andererseits das Gleichgewicht der Kräfte bedroht. Die daraus entstandenen Spannungen verunmöglichten eine geregelte Verständigung über die Nachkriegs-

¹ Michaelis, Herbert, S. 499-501

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 230

³ Die Franzosen sind schwach und schwer zu behandeln. Aus: Cartier, Raymond, S. 1045

⁴ Cartier, Raymond, S. 1043-1049

⁵ Michaelis, Herbert, S. 499-503

⁶ Cartier, Raymond, S. 1043-1049

⁷ Microsoft Corporation, Potsdamer Abkommen

⁸ Spiegel Online, Sowjetisierung Osteuropas

ordnung in Europa. Die Sowjetunion konzentrierte sich daraufhin auf die Sicherung ihres Einflusses in den von ihr besetzten Gebieten.¹ Währenddessen gingen die USA zu einer Politik der Eindämmung („containment-policy“²) über und schützten die noch nicht besetzten Teile Europas vor sowjetischem Zugriff.³

Um das Ziel eines befriedeten Europas zu erreichen, war dessen wirtschaftliche und militärische Stärkung unumgänglich. Dies erforderte jedoch eine verstärkte amerikanische Militärpräsenz. Erst danach sollte ein beidseitiger Abzug der Grossmächte aus Europa folgen.

1947 verkündeten die USA in der Truman-Doktrin den weltweiten Kampf gegen den Kommunismus. Sie waren entschlossen, der internationalen Ausdehnung des kommunistischen Einflusses mit wirtschaftlichen und militärischen Mitteln energisch entgegenzuwirken. Die USA wurden dadurch zur Schutzmacht der unter sowjetischem Druck stehenden Staaten. Gleichzeitig bedeutete dies aber auch eine klare Absage an die Politik des Isolationismus, die sie zwischen den beiden Weltkriegen betrieben hatten.⁴

In seinem Vortrag über die Verpflichtungen der USA betonte der amerikanische Präsident Harry S. Truman, „alle freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von aussen widersetzen.“⁵ Dank Militär- und Wirtschaftshilfe in der Höhe von 400 Millionen Dollar konnten Griechenland und die Türkei vor dem Kommunismus bewahrt, sowie der Vorstoss der Kommunisten in den Wahlen in Italien und Frankreich gestoppt werden.⁶

6. MARSHALL-PLAN

Nach dem 2. Weltkrieg sahen sich die USA gezwungen, dem wirtschaftlich schwer angeschlagenen Europa nebst militärischer auch finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Die Europäer verfügten nicht über die Mittel um Material, Werkzeuge und Maschinen zum Wiederaufbau ihrer Wirtschaft anzuschaffen. Zudem waren die Landwirtschaft und der Kohleabbau beinahe zum Stillstand gekommen, grosse Teile der Bevölkerung litten unter Hunger.

Zum Eingreifen der USA in finanzieller Hinsicht trugen folgende Gründe bei:

- Europa war ein wichtiger Absatzmarkt für amerikanische Waren. Eine Rückkehr zum Isolationismus wie nach dem Ersten Weltkrieg war völlig undenkbar, befürchtete man doch eine erneute Wirtschaftskrise.
- Ein wirtschaftlich schwaches Europa schien dem Kommunismus und somit der Sowjetunion nicht abgeneigt. Dies hätte allerdings eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheit zur Folge.
- Deutschland musste unter allen Umständen wiederaufgebaut werden. Die deutsche Wirtschaft war mit der europäischen derart eng verflochten, dass Europa nur durch den Wiederaufbau Deutschlands aus seiner ökonomischen Krise herausfinden konnte. Ausserdem sahen die USA für Deutschland eine Puffer-Funktion gegen die sowjetische Expansionspolitik vor.

In Anbetracht dieser Punkte kamen die USA zum Schluss, dass ein finanzielles Hilfsprogramm zum Wiederaufbau der europäischen Länder unabdingbar war. Im Juni 1947 gab der neue Aussenminister

¹ Loth, Wilfried, Weltgeschichte, Das Zwanzigste Jahrhundert II, Weltbild Verlag, Augsburg 1998, S. 30-31

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 239

³ Spiegel Online, Trumandoktrin

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 238-239

⁵ Microsoft Corporation, Truman-Doktrin

⁶ Microsoft Corporation, Truman-Doktrin

George Marshall bekannt, „dass die USA die notwendige finanzielle Unterstützung leisten würde, falls Europa ein gemeinsames, langfristiges Wiederaufbauprogramm erstelle.“¹ Aus diesem Grund trafen sich die europäischen Staaten einschliesslich der Sowjetunion zu einer Konferenz in Paris. Da das Europäische Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program: ERP), auch Marshall-Plan genannt, eine enge Zusammenarbeit der UdSSR mit den westeuropäischen Staaten und eine offene Abrechnung über die Verwendung der Gelder verlangte, lehnte Moskau eine Teilnahme ab.²

Den osteuropäischen Regierungen verbot Stalin die Beteiligung am amerikanischen Hilfsprogramm, weil er seine mühsam errichtete Sicherheitszone nicht an die USA verlieren wollte. Daraufhin begann er mit der hermetischen Abriegelung Osteuropas und der rücksichtslosen Etablierung des sowjetischen Modells, wodurch die Bedingungen zum Aufbau der Volkswirtschaften in den osteuropäischen Ländern zusätzlich erschwert wurden. Einerseits starteten diese Länder auf einem tieferen wirtschaftlichen Niveau als die Länder Westeuropas, hatten weit grössere Kriegsschäden hinnehmen müssen und weniger effiziente Systeme, andererseits mussten sie jetzt auch noch auf den amerikanischen Dollarsegen verzichten. Damit wurde Europa in zwei Wirtschaftsblöcke getrennt; die Blockbildung und somit das „Ende der Diplomatie“³ waren Tatsache geworden. Von nun an sollte es keine Kompromissmöglichkeiten mehr geben, der Ost-West-Konflikt wurde nach Wilfried Loth zum „... allumfassenden Existenzkampf zweier Gesellschaftssysteme, der nur mit Sieg oder Niederlage enden konnte.“⁴

Im Rahmen des Marshall-Plans bewilligte der US-Kongress für Europa eine Wirtschaftsspritze von über 13 Milliarden Dollar. Etwa 70 Prozent der Summe flossen für den Kauf von Gütern wieder in die USA zurück. Mit zunehmender Spannung zwischen West und Ost wurden die zum Aufbau der Wirtschaft vorgesehenen Mittel vermehrt in Militärausgaben umgemünzt. Dadurch wurde nebst der Sanierung der westeuropäischen Wirtschaft auch die militärische Selbstverteidigung gestärkt.⁵

Insgesamt war der Marshall-Plan ein voller Erfolg; er erreichte alle seine kurz- und langfristigen Ziele, abgesehen von der Verhinderung der Spaltung Europas. Erstens wurde der sowjetischen Westexpansion Einhalt geboten, zweitens verbesserte sich die Situation der Wirtschaft in Westeuropa massiv, was wiederum eine Hebung der Kaufkraft zur Folge hatte. Die allgemein befürchtete Weltwirtschaftskrise konnte dank des Marshall-Plans abgewendet werden. Eine wichtige Grundlage für diesen Erfolg war die „wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen siegreichen und besiegten Staaten.“⁶ Gemeinsam mussten sie Richtlinien für die Verteilung und Verwendung der von den USA zur Verfügung gestellten Mitteln ausarbeiten. Daraus entwickelten sich etliche Wirtschaftsorganisationen⁷, die wichtige Impulse zur einsetzenden europäischen Integration beisteuerten.⁸

Als Folge dieser Entwicklung schuf die Sowjetunion im Januar 1949 den RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe), englisch Comecon (Council for Mutual Economic Assistance). Zu den Gründungsmitgliedern gehörten die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, später kamen noch Albanien, die DDR und eine Reihe aussereuropäischer Staaten hinzu. Ziel dieser internationalen Organisation war es, die Volkswirtschaften der Ostblockstaaten koordiniert aufzubauen und miteinander zu verknüpfen. Ferner beabsichtigte die Regierung in Moskau mit dem RGW, alle noch bestehenden wirtschaftlichen Bindungen zwischen dem Westen und den Staaten in ihrem Einflussbereich aufzulösen.⁹

¹ Microsoft Corporation, Europäisches Wiederaufbauprogramm

² Microsoft Corporation, Europäisches Wiederaufbauprogramm

³ Rosenkranz, Paul, Wege zur Gegenwart, Verlag Maihof, Luzern 1991, S. 23

⁴ Rosenkranz, Paul, S. 20-23; Zitat S. 23

⁵ Microsoft Corporation, Europäisches Wiederaufbauprogramm

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 239

⁷ OEEC (Europäischer Wirtschaftsrat), GATT (Zoll- und Handelsvereinbarung), EZU (Europäische Zahlungsunion), BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich)

⁸ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 239-240

⁹ Spiegel Online, Der Comecon oder RGW

7. DIE ANFÄNGE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Dem Marshall-Plan und der Eindämmungspolitik gegenüber der sowjetischen Expansion sollte aus der Sicht der USA ein über die Wirtschaft hinausreichender politischer Zusammenschluss der europäischen Staaten folgen. Oberste Priorität kam dabei der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zu. Schon im September 1946 hatte Churchill in seiner Zürcher Rede die Schaffung der „Vereinten Staaten von Europa“¹ gefordert. Er machte diesen Zusammenschluss aber von der Aussöhnung der beiden Nachbarstaaten und der Gleichberechtigung aller europäischen Staaten abhängig.

Der Gedanke an ein vereintes „Europa vom Atlantik bis zum Ural“² war aufgrund der Spaltung Europas in zwei Blöcke in weite Ferne gerückt. Aber auch einer auf Westeuropa beschränkten Einigung standen nur schwer zu überwindende Hindernisse im Weg. Auf der einen Seite waren nationalstaatliche und regionale Traditionen sowie neutrale Staaten hinderlich für eine Einigung, auf der anderen Seite war Grossbritanniens Rolle als See- und Kolonialmacht kaum mit einer engen Bindung an Europa vereinbar.

Die Integration der westeuropäischen Staaten wurde zunächst durch wirtschaftliche und militärische Schritte eingeleitet. Wichtige Impulse gab dabei zweifelsohne der Marshall-Plan. 1947 kam es zur Unterzeichnung des Vertrages von Dünkirchen, einem Verteidigungsbündnis zwischen Grossbritannien und Frankreich. Das Bündnis war anfänglich vor allem als militärische Schutzgarantie gegen Deutschland gedacht. Schon 1948 entstand daraus der Brüsseler Pakt, der von fast allen westeuropäischen Staaten unterzeichnet wurde. Ziel dieses Paktes war die kollektive Verteidigung seiner Mitglieder sowie eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas. Das Verteidigungsbündnis richtete sich vorab gegen die Politik der UdSSR, welche für viele westliche Politiker eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität und den Frieden in Europa darstellte.

Schliesslich wurde die politische Zusammenarbeit Westeuropas 1949 durch die Gründung des Europarates eingeläutet. Er repräsentierte fast alle nicht kommunistischen Länder. Seine Bedeutung lag vor allem „in der konkreten Zusammenarbeit und Koordination durch freiwillige Konkordate.“³ Was ihm allerdings fehlte, war eine Exekutive mit Mehrheitsbeschluss.

Die Schaffung eines vereinten Europas erreichte der Europarat nicht. Dies daher, weil er auch Staaten beinhaltete, die gegen eine Integration waren und „seine Anliegen bald von kleineren Organisationen auf wirtschaftlicher Ebene erfolgreicher aufgegriffen wurden.“⁴

8. DIE TEILUNG DEUTSCHLANDS

Auf der Potsdamer Konferenz von 1945 wurde das Programm für die Behandlung Deutschlands festgelegt. Es sah vor, Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Die Politik orientierte sich an den 4 D: Demokratisierung, Demilitarisierung, Denatifizierung und Demontage.⁵

Aus den Erfahrungen mit dem Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg hatten die alliierten Gegner Deutschlands ihre Lehren gezogen. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges sprach man sich deshalb gegen eine Schwächung und Aufteilung Deutschlands aus. Als Folge der sowjetischen Politik in den besetzten Gebieten und der amerikanischen Eindämmungspolitik blieb Deutschland dieses Schicksal für über 40 Jahre dennoch nicht erspart.

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 240

² Fernziel von Charles de Gaulle. Aus: Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 240

³ Die wichtigste darunter ist die Europäische Menschenrechts-Charta. Aus: Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 240

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 240-241; Zitat: S. 241

⁵ Microsoft Corporation, Potsdamer Abkommen

Bei Kriegsende versank Deutschland im Chaos: Die Verkehrswege waren zerstört, die Inflation setzte ein, Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten überfluteten das Land und die Staatsorgane hatten aufgehört zu funktionieren, weil die Amtsträger entweder geflüchtet oder gefangengenommen waren.

Die Errichtung des Alliierten Kontrollrates als oberste Regierungsinstanz in Deutschland erwies sich als Fehlschlag. Frankreich legte konsequent sein Veto ein, was zur Handlungsunfähigkeit des Kontrollrates führte. Jede Besatzungsmacht war gezwungen, die in ihrem Sektor anfallenden Probleme selbst in die Hand zu nehmen. Die Sowjetunion leitete in ihrer Zone eine von den drei westlichen Besatzungsmächten völlig verschiedene Wirtschaftspolitik ein. Die Industrien wurden verstaatlicht, die Grossgrundbesitzer enteignet und kollektiv bewirtschaftete Bauernbetriebe errichtet. Sie betrieb konsequent die Demontage.

Diese Entwicklung und die wachsenden Spannungen zwischen West und Ost führten schliesslich zur Teilung Deutschlands. Die westlichen Verbündeten waren der Auffassung, dass nur über die Teilung Deutschlands eine zügige wirtschaftliche Erholung und politische Stabilisierung der westlichen Besatzungszonen und deren Einbindung in die westliche Eindämmungspolitik erwirkt werden könne. Eine Wiedervereinigung wollte man daher erst später in Betracht ziehen.¹

Ende 1946 beschlossen die britische und die amerikanische Regierung eine Zusammenlegung ihrer beiden Besatzungszonen. Auf den 1. Januar 1947 hin trat die sogenannte „Bizone“² in Kraft. Die Vereinigung der beiden Zonen wurde anfänglich bewusst auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränkt, entwickelte sich aber alsbald auch auf politischer Ebene.³

Im folgenden Jahr verliess der sowjetische Vertreter, Marschall Sokolowski, als Folge der wachsenden Konflikte den Kontrollrat, was das endgültige Aus für die gemeinsame Verwaltung der vier Besatzungszonen bedeutete. Der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay meinte dazu: „Als wir an jenem Tag den Konferenzsaal verliessen, wussten wir, dass die Viermächte-Regierung zusammengebrochen war, und dass die Spaltung Deutschlands nun Wirklichkeit geworden war.“⁴

Wenige Monate später, im Juni 1948, schaffte die gemeinsame Währungsreform der Westmächte die alte Reichsmark ab und ersetzte sie in den drei Westzonen durch die D-Mark. Die Ostzone erhielt nur drei Tage später die „Ostmark“.⁵

Die in der sowjetischen Zone liegende Hauptstadt Berlin war zu diesem Zeitpunkt von den vier Besatzungsmächten verwaltet worden. Als Reaktion auf die Einführung der D-Mark errichteten die sowjetischen Besatzer am 24. Juni 1948 eine Blockade sämtlicher Zufahrtswege zu den Westsektoren Berlins. Durch Aushungern der Bevölkerung wollte die Sowjetunion die Einführung der D-Mark in den Westsektoren der Stadt verhindern und Berlin dem Einfluss der Westmächte entziehen. Die USA und Grossbritannien errichteten kurzerhand eine Luftbrücke, um die Versorgung Westberlins sicherzustellen. Elf Monate dauerte die Blockade, bis schliesslich am 12. Mai 1949 die Sowjetunion ihr Vorhaben aufgab und die Blockade aufhob, ohne ihr eigentliches Ziel erreicht zu haben. Berlin wurde zum Symbol des westlichen Widerstandes und der Partnerschaft mit Deutschland.⁶

Im Frühling dieses Jahres wurde die Spaltung Deutschlands ein für allemal zementiert. Während sich die drei westlichen Zonen zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) zusammenschlossen, folgte vier Monate später die sowjetische Zone mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).⁷

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 241

² Spiegel Online, Bizone zeichnet sich ab

³ Spiegel Online, Bizone zeichnet sich ab

⁴ Spiegel Online, Endgültiges Aus für gemeinsame Verwaltung

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 241-242

⁶ Microsoft Corporation, Berliner Blockade

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 242

9. DIE NATO UND DAS WESTLICHE BÜNDNISSYSTEM

Nachdem sich bis 1949 die Spaltung Europas in einen West- und Ostblock vollzogen hatte, schlossen zehn westeuropäische Staaten im Frühling 1949 mit Kanada und den USA den Nordatlantikpakt (North Atlantic Treaty Organization: NATO), ein westliches Verteidigungsbündnis, das eine engere Anlehnung Westeuropas an die atomare Schutzmacht USA zum Zweck hatte. Die NATO stand unter der Führung der USA. Deutschland und Spanien gehörten nicht dazu. Der Nordatlantikpakt verstand sich allerdings nicht nur als militärisches Schutzbündnis, sondern auch als politische Organisation, die sich der westlichen Demokratie verschrieb und bald als wichtiges Instrument der westlichen Sicherheitspolitik diente.

Die NATO beschränkte sich ausschliesslich auf die Verteidigung Europas und des Mittelmeerraumes. Aus diesem Grund bauten die USA ihr Verteidigungssystem kontinuierlich zu einer „die ganze Welt umspannenden Bündniskette“¹ aus.²

10. ENTKOLONISIERUNG UND KALTER KRIEG

Deutschland hatte seine Kolonien bereits nach dem Ersten Weltkrieg verloren, Japan und Italien nach dem Zweiten. Die Philippinen erhielten 1946 die Unabhängigkeit von den USA. In der Folge setzten die USA und die UNO die restlichen Kolonialmächte unter Druck, ihre Kolonien ebenfalls aufzugeben. Sie nutzten dabei den Umstand, dass diese durch den Krieg militärisch und wirtschaftlich geschwächt waren. Als kontraproduktiv erwies sich aber der ausbrechende Kalte Krieg, da er viel Druck von den Kolonialmächten nahm.

Unter Stalin versuchte die Sowjetunion die unabhängig werdenden Kolonien als ihre Bundesgenossen zu gewinnen. Weil dadurch die Eindämmungspolitik der USA gefährdet war, begannen die Amerikaner, auch nicht kommunistische Regimes zu unterstützen. Es war nicht mehr ihr Ziel, eine gesunde Sozialstruktur gegen den Kommunismus zu bilden, was dazu führte, dass sich die Kolonien vermehrt der Sowjetunion zuwandten. Somit gerieten die ehemaligen Kolonien zusehends in den West-Ost-Konflikt hinein.³

Der Rückzug der europäischen Kolonialmächte: Überall dort, wo bereits Einheimische westlich geschult waren, gab der Zweite Weltkrieg den Antikolonialisten vermehrt Auftrieb. Dieser Aspekt trug vor allem in Süd- und Ostasien zum Rückzug der europäischen Kolonialmächte bei. Die Antikolonialisten wurden von Japan mit ihrer antiwestlichen Propaganda vorangetrieben und am Ende des Zweiten Weltkrieges fielen der asiatischen Bevölkerung grosse japanische Waffenbestände in die Hände. Das vom Krieg erschöpfte Grossbritannien zog sich aus seinen Kolonien östlich von Suez zurück. Sie gaben Malaya, Burma und Ceylon kampflos die Unabhängigkeit. 1947 bekam Indien sein Selbstbestimmungsrecht zurück. Nach dem Rückzug aus Indien und Palästina kam es sofort zu kriegerischen Auseinandersetzungen, die auf Problemen aufbauten, die die britische Verwaltung hinterlassen hatte. Frankreich gab 1946 weniger freiwillig Syrien und Libanon die Unabhängigkeit, es war jedoch für die Beibehaltung der afrikanischen Kolonien und derjenigen in Indochina. In Indochina stiessen die Franzosen auf starken vietnamesischen Widerstand, der im Vietnamkrieg ausartete.

Als auch die Niederlande versuchten, ihre Kolonialansprüche in Indonesien wiederherzustellen, scheiterten sie wie Frankreich andernorts am Widerstand der Bevölkerung. Sie mussten Indonesien 1949 die Unabhängigkeit zugestehen. Was die meisten afrikanischen Kolonien betraf, so wurden diese erst später unabhängig.⁴

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 243

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 242-243

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 244

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 245

Grossbritannien stand in Palästina einem grossen Problem gegenüber: Einerseits beanspruchten die Juden das Gebiet, andererseits die dort ansässigen Araber. Nachdem es für Grossbritannien unmöglich geworden war, die Lage in Palästina unter Kontrolle zu halten, übergaben sie ihr Mandat 1947 an die UNO. Palästina wurde in einen jüdischen und einen arabischen Staat geteilt. Diese für beide Parteien inakzeptable Situation endete in einem Krieg, den die Israelis gewannen. Israel wurde danach vom Westen anerkannt, währenddem die Palästinenser nur noch als „Flüchtlingsfrage“¹ behandelt wurden.²

II. Der Kalte Krieg (1950-1962)

1. ÜBERBLICK

Asien blieb von den Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Sowjetunion bis 1949 weitgehend verschont. Dies änderte sich, als das von der Sowjetunion unterstützte Nordkorea in Südkorea einmarschierte und damit den Koreakrieg (1950-1953) auslöste. Obwohl die USA sich für eine Lösung des Konfliktes einsetzte, blieb die Teilung Koreas auch nach dem Krieg bestehen.

Dieser vorläufige Höhepunkt des Kalten Krieges ebnete den Weg für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und deren Aufnahme in die NATO. Angesichts dieser Bedrohung unterbreitete Stalin 1952 dem Westen Vorschläge für die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands, jedoch ohne Erfolg.

Mit dem Tod Stalins 1953 setzte im Ostblock eine Phase der innenpolitischen Liberalisierung ein, was in mehreren Satellitenstaaten zu Aufständen und Streiks führte. Aufgrund dieser massiven innenpolitischen Probleme schlug die UdSSR unter Chruschtschow einen Entspannungskurs ein, der auch das Konzept der friedlichen Koexistenz beinhaltete, um den Druck von aussen etwas abzumildern. Während dieser Ära verhinderte das atomare Gleichgewicht der beiden Supermächte einen Dritten Weltkrieg, aussereuropäische Stellvertreterkriege waren aber immer noch an der Tagesordnung.

In den Pariser Verträgen 1955 erhielt die Bundesrepublik Deutschland weithin ihre Souveränität und wurde in die NATO aufgenommen. Die Sowjetunion reagierte daraufhin mit der Gründung des Warschauer Paktes und proklamierte die Souveränität der DDR.

1956 leitete Chruschtschow die Entstalinisierung ein, welche in Polen und Ungarn zu heftigen Unruhen führte. Der ungarische Volksaufstand konnte nur mit dem Einsatz der Roten Armee niedergeschlagen werden.

Mit ganz anderen Problemen hatte die Deutsche Demokratische Republik zu kämpfen. Nach der Abriegelung der innerdeutschen Grenze war Berlin der einzige Fluchtweg in den Westen. Der Flüchtlingsstrom der dringend benötigten Arbeitskräfte drohte die Wirtschaft der DDR in eine schwere Krise zu stürzen. Aus dieser Notlage resultierte 1958 die zweite Berlinkrise, die der massiven Abwanderung jedoch keinen Abbruch tat. Die DDR-Führung liess 1961 die Grenze nach Westberlin schliessen und die Berliner Mauer errichten.

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 246

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 245-246

Nachdem die USA ein Handelsembargo gegen Kuba verhängt hatte, schloss sich die Karibikinsel dem Ostblock an. Dies führte 1961 zur Invasion in der Schweinebucht, mit der die USA den kubanischen Führer, Fidel Castro, stürzen wollten, was aber misslang.

1962 entdeckten amerikanische Aufklärungsflugzeuge sowjetische Raketenbasen auf Kuba, worauf sich die USA für eine Seeblockade entschied. Erneut stand die Welt am Rande eines Weltkrieges.

2. KONFLIKTHERDE IN ASIEN

Bis 1949 blieb Asien von den Auseinandersetzungen zwischen der USA und der Sowjetunion grösstenteils verschont. Beide Grossmächte waren darauf bedacht, die Konflikte in Asien nicht noch zusätzlich zu verschärfen.¹

Im Mai 1946 zog die Sowjetunion ihre Soldaten aus dem Iran ab. Dem Truppenabzug war ein monatelanger Streit zwischen Moskau und der iranischen Regierung vorausgegangen. Ministerpräsident Ibrahim Hakimi warf der Sowjetunion die Einmischung in innere Angelegenheiten vor und hatte die UNO bereits am 19. Januar gebeten, mit den Sowjets und den Briten über einen Truppenabzug zu verhandeln. Die Sowjetunion hatte seit 1941 Einheiten der Roten Armee im Iran stationiert. Zunächst dienten diese lediglich der Sicherung der Nachschubwege, doch schon bald trat die Kontrolle der iranischen Ölquellen in den Vordergrund der sowjetischen Interessen. Nebst den Sowjets hatten sowohl die USA als auch Grossbritannien Streitkräfte im Iran stationiert. Doch schon Ende 1945 hatten die USA ihre Soldaten wieder abgezogen und auch Grossbritannien erklärte sich bereit, ihre Truppen bis Anfang März 1946 zurückzurufen. Nur die Sowjetunion weigerte sich beharrlich, auch nur über einen möglichen Abzug zu verhandeln. Nachdem sich aber Grossbritannien aus dem Iran zurückgezogen hatte, unterstützten auch die USA den iranischen Antrag. Erst jetzt, da der Druck der Westalliierten zunahm, zogen sich die sowjetischen Truppen im Mai 1946 aus dem Iran zurück.²

In den chinesischen Bürgerkrieg mischten sich die beiden Grossmächte nur wenig ein; und auch in Korea schien sich „ein gegenseitiges Respektieren der Einflussphären“³ abzuzeichnen.⁴

Nach der japanischen Niederlage marschierten im August 1945 sowjetische Truppen in Nordkorea ein. Als Gegengewicht zu den Sowjets landeten wenig später amerikanische Truppen in Südkorea. Als Grenze zwischen den beiden Besatzungszonen wurde der 38. Breitengrad festgelegt. Mit der Besetzung wollte man nach amerikanischer und sowjetischer Vorstellung der Stabilisierung des Landes dienen und als weiteres Ziel die Souveränität Koreas wiederherstellen. Diese hatte Korea 1910 verloren, als es unter japanische Kontrolle gestellt worden war. Truman und Stalin hatten die Absicht, eine koreanische Zivilverwaltung einzurichten, welcher sie dann die Macht übergeben wollten.⁵ In Nord- und Südkorea entstanden jedoch zwei Regierungen, „die zueinander in schroffem ideologischem Gegensatz standen und die beide wenig demokratisch regierten.“⁶ Als die Grossmächte ihre Truppen wieder abgezogen hatten, übernahm 1949 die UNO die Verantwortung für die Lösung der Koreafrage. Der amerikanische Aussenminister liess zudem den Eindruck aufkommen, die USA sei weder an Korea noch an Taiwan interessiert.⁷

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 247

² Digital Publishing, Das 20. Jahrhundert, 1945-1968, Digital Publishing, 1945-1968, München 1996, Abzug der Sowjets aus dem Iran

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 247

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 247

⁵ Digital Publishing, 1945-1968, 1945-1968, Korea wird zweigeteilt

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 247

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 247

3. DER KOREAKRIEG

Die Situation in Asien änderte sich schlagartig, als die Sowjetunion infolge der Berlinkrise (1948/1949) und des Sieges der Kommunisten in China (1949) das Schwergewicht ihrer Aussenpolitik in den Fernen Osten verlagerte.¹

Der Koreakrieg brach am Morgen des 25. Juni 1950 aus, als das mit der Sowjetunion verbündete Nordkorea die Demarkationslinie am 38. Breitengrad überschritt und in Südkorea einmarschierte. Obwohl der US-Nachrichtendienst wiederholt gemeldet hatte, dass die Armee Nordkoreas stark aufzurüste, rechnete niemand mit diesem Angriff, welcher bis heute ungeklärt blieb. Es gibt im Wesentlichen aber drei Theorien:

Eine Theorie besagt, dass King Il Sung das Regime Syngman Rhee stürzen und somit eine Einigung des Landes herbeiführen wollte. Weil Nordkorea überlegen war und Korea nicht im Interessensbereich der USA lag, schien dieses Unterfangen nur wenige Risiken in sich zu bergen. Bei dieser Theorie, die als nicht unwahrscheinlich gilt, wäre auch mit einem möglichen Einverständnis Stalins und Mao Tse-tungs zu rechnen.

Eine zweite Theorie besagt, dass Syngman Rhee, der Führer Südkoreas, den Angriff provoziert habe, damit die USA eingreifen und Korea vom Süden her unter seine Herrschaft bringen müssten. Weiter würde den USA die Möglichkeit offen stehen, sich am Sieg Mao Tse-tungs in China zu rächen und mit dem Weltkommunismus abzurechnen. Dennoch erscheint diese Theorie als eher unwahrscheinlich, da die USA einige Mühe bekundeten und Truman den Krieg auf Korea beschränken wollte.

Eine dritte Theorie geht davon aus, dass das Ganze von Moskau aus geplant gewesen war und Stalin die USA in Asien beschäftigen wollte. Dies mit dem Ziel, der Sowjetunion in Europa Raum zu verschaffen. Nordkorea und China sollten demnach im Auftrag Stalins gehandelt haben, um so die Kräfte der USA zu verzetteln und die eigenen zu schonen.²

Sicher hingegen ist, dass der Angriff für die USA völlig überraschend kam und diese vor unerwartete Probleme stellte. Militärisch war man auf so eine Situation überhaupt nicht vorbereitet. Die USA hatte ihre Armee bis 1948 auf knapp eine halbe Million Mann reduziert. Man war der Ansicht, der nächste Krieg werde der Dritte Weltkrieg sein, welcher mit einer mit Atomwaffen ausgerüsteten Langstrecken-Luftflotte geführt werde. Landstreitkräfte schienen unter solchen Voraussetzungen nebensächlich. Angesichts dieser brisanten Lage waren die USA nun gefordert, denn „1950 konnten sie sowenig wie im Falle Westberlins, zulassen, dass ihr persönlicher Schützling Südkorea dem kommunistischen Imperium anheimfalle.“³

Die USA engagierte sich auch sofort im Sinne einer Lösung des Konfliktes. Schon am 27. Juni 1950 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, die von den USA eingebracht worden war. Die Resolution, die der Sicherheitsrat ohne Beteiligung der Sowjetunion verabschiedet hatte, beinhaltete militärische Sanktionen in Form von UN-Streitkräften gegen Nordkorea, wobei die USA weitaus am meisten Truppen bereitstellten. Der Oberbefehl über die UN-Streitkräfte wurde dem amerikanischen General Mac Arthur übertragen. Das Eingreifen der USA und 18 weiterer UN-Mitgliedstaaten stellte sogleich auch den ersten militärischen Einsatz gegen einen Aggressor der UN dar.

Nordkorea konnte jedoch trotz UN-Truppenpräsenz fast ganz Südkorea einnehmen. Unter dem Befehl von General Mac Arthur gelang in der Folge eine Landung im Rücken des Gegners und die nordkoreanischen Truppen konnten über den 38. Breitengrad zurückgeschlagen werden. Die UN-Truppen erreichten sogar den nordkoreanisch-chinesischen Grenzfluss Yalu, was wiederum zum Eingreifen Chinas führte. Nordkorea wurde nun von chinesischen Freiwilligenverbänden unterstützt. Es kam zu

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 247

² Rosenkranz, Paul, S. 28-30

³ Halle, Louis, Der Kalte Krieg, Harper & Row Verlag, New York 1967, S. 209-211; Zitat: S. 211

einem hin und her der Fronten, bis sich ab dem 22. April 1951 die Front etwas nördlich des 38. Breitengrades stabilisierte. Der populäre General Mac Arthur wurde inzwischen von Truman entlassen und durch General Matthew Ridgway ersetzt. Zu diesem Schritt kam es, weil Mac Arthur die Ausweitung des Konfliktes auf China und den Einsatz von Atomwaffen gefordert hatte. Die Ausweitung des Krieges, oder gar die Heraufbeschwörung eines Weltkrieges wollte man aber seitens der Alliierten um jeden Preis verhindern. Der Krieg indessen schien immer mehr in einem Stellungskrieg zu erstarren und so schlug die Sowjetunion offiziell die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen vor. Am 10. Juli 1951 begannen die Verhandlungen, die sich mit Unterbrüchen über zwei Jahre hinzogen, in Kaesong in Nordkorea. Unter anderem beschloss man, Friedensgespräche auf höchster Ebene aufzunehmen, welche bis in den April 1954 verschoben wurden und schliesslich scheiterten. Das Waffenstillstandsabkommen zwischen Nord- und Südkorea wurde im Juli 1953 in Panmunjom geschlossen. Die Grenze entlang des 38. Breitengrads wurde weitgehend bestätigt und eine vier Kilometer breite, entmilitarisierte Zone eingerichtet. Zur Überwachung des Austausches der Gefangenen wurde zudem eine neutrale „Repatriierungskommission“¹ eingesetzt.²

Der Krieg hinterliess zwei völlig zerstörte Staaten und hatte riesige Verluste auf der Seite der Koreaner gefordert. Dies aufgrund der von General Mac Arthur angewandten Taktik der massiven Bombardierung.³

Korea blieb nach dem Krieg weiterhin geteilt. Nordkorea erholte sich von den Kriegsschäden unter der Regierung King Il Sung und seiner Partei nur langsam. In Südkorea hingegen setzte aufgrund des US-Einflusses eine starke Industrialisierung verbunden mit schweren sozialen und politischen Erschütterungen ein.

Den eigentlichen Erfolg im Koreakrieg konnte die junge Volksrepublik China verbuchen. Dies sowohl militärisch als auch politisch. Politisch, weil kein vereinigtes Korea in Abhängigkeit der USA oder der Sowjetunion entstand. Militärisch, weil es ihnen gelungen war, die Armee der Vereinten Nationen wieder zurückzuschlagen.⁴ Ausserdem gelang es China bereits im Oktober 1950, im Schatten des Krieges ihre Herrschaft über Tibet wiederherzustellen, was auf westliche Proteste stiess. Diese Umstände und auch das amerikanische Vorgehen im Koreakrieg veranlassten Mao Tse-tung, sich näher an die Sowjetunion anzulehnen. Verschiedene Verträge zwischen China und der Sowjetunion, „die die Wiederherstellung der chinesischen Herrschaft über die Mandschurei und Sinkiang und die Rückgabe von Port Arthur beinhalteten“⁵, resultierten daraus. Förderlich für die Anlehnung an die Sowjetunion wirkte die Tatsache, dass die USA die Volksrepublik China bis 1971 nicht anerkannten und eine Aufnahme Chinas in die UNO verweigerten.⁶

Mit dem Ende des Koreakrieges war der Sowjetunion klar geworden, dass dem Kommunismus nun auch in Asien deutliche Grenzen gesetzt wurden. Zusätzlich kam es trotz des verstärkten Anlehnens Chinas an die UdSSR zu ersten Reibungen mit der Volksrepublik. Diese kamen durch das sehr selbstbewusste Auftreten Chinas im Koreakonflikt zustande.⁷

Für die USA lag der Erfolg darin, dass sie eine kommunistische Aggression im Auftrag der UNO eingedämmt und ihren Status im Fernen Osten wiederherstellen konnten. Dies mit der Unterstützung 18 weiterer UN-Mitgliedstaaten und getragen von den Sympathien grosser Teile der Weltöffentlichkeit.⁸

Weiter bedeutete das Ende des Koreakrieges für die USA auch das endgültige Ende der Zeit des Isolationismus. Die USA rüsteten zum ersten Mal nach einem Krieg nicht ab. Zudem verstärkten sie ihr

¹ Microsoft Corporation, Koreakrieg

² Microsoft Corporation, Koreakrieg

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 248

⁴ Rosenkranz, Paul, S. 33

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 249

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 249

⁷ Rosenkranz, Paul, S. 33

⁸ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 248

Engagement in Asien, so wurde 1954 die SEATO gegründet.¹ In den USA wurde Präsident Truman durch den ehemaligen Weltkriegsgeneral Eisenhower an der Spitze abgelöst. Zu der antikommunistischen Hysterie, die Truman zu Fall brachte, kam mit Eisenhower und dem Aussenminister Dulles eine verstärkt antikommunistische Aussenpolitik hinzu, die über die Eindämmungspolitik hinaus ging und langfristig „ein Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses anstrebte.“²

International setzte ein Rüstungswettlauf ein, wie noch nie zuvor; „...eine bis dahin nicht übliche Militarisierung aller Politik..., die Aufrechterhaltung praktisch permanenter Teilmobilisierung...“³ In Westeuropa nahmen die Bemühungen zu einem Zusammenschluss und zur militärischen Verteidigung zu. Eine mögliche Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland stiess nur noch auf geringen Widerstand. Das eigentliche Wettrüsten nahm seinen Anfang.⁴

4. IRAN

Dass der Kalte Krieg eine neutralistische Politik kaum noch zulies, musste speziell der Iran erfahren. Russland und Grossbritannien kämpften schon seit der Zeit des Imperialismus um ihren Einfluss im erdölreichen Land. Seit der Machtübernahme der Schahdynastie der Pahlawi im Jahre 1925 dominierte Grossbritannien im Iran. Versuche der Sowjetunion, nach dem Zweiten Weltkrieg Einfluss zu gewinnen, scheiterten.⁵

Als streikende Ölarbeiter eine iranische Führung der Ölfelder verlangten, beschloss am 15. März 1951 das iranische Parlament (Majlis), die Erdölvorkommen und die Erdölindustrie zu verstaatlichen. Die Streiks stellten auch ein Solidarisierung mit Mohammed Mossadegh dar. Mossadegh war Führer der „Nationalen Front“⁶, einer im Majlis nur schwach vertretenen Partei. Sein primäres Ziel galt der Liquidierung der Privilegien der „Anglo-Iranian Oil Company“⁷. 1909 hatte diese aufgrund einer Konzession das Recht erhalten, „sämtliche Erdölvorkommen des Iran auszubeuten.“⁸ Nur zögerlich wurde dem iranischen Staat 30 Prozent Gewinnbeteiligung zugestanden. Rund 70 Prozent des europäischen Ölverbrauches stammten zum Zeitpunkt der Nationalisierung aus dem Nahen Osten.

Als Gründe für die Nationalisierung gab der iranische Premierminister Hussein Ala an, er wolle damit sowjetische Konzessionsforderungen verhindern und der Ausbreitung des Kommunismus im Iran entgegenwirken. Die Kommunisten benutzten nämlich die britische Ölausbeutung als ihr gewichtigstes Argument.⁹

Da sich die iranische Regierung, die neu unter dem Vorsitz von Mohammed Mossadegh stand, un-nachgiebig gegenüber britischen Einwänden gab, wäre es beinahe zu einer militärischen Besetzung der Ölfelder durch Grossbritannien gekommen. Nur auf Druck von Truman und dem UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld konnte dies verhindert werden. Stattdessen wandte sich Grossbritannien nun an den internationalen Gerichtshof der UNO in Den Haag. Mossadegh erkannte aber das Urteil nicht an und erklärte, der Gerichtshof sei dafür nicht zuständig. Danach drosselte das Raffineriezentrum Abadan, welches immer noch unter britischer Leitung stand, kontinuierlich seine Produktion, bis es am 31. Juli 1951 geschlossen wurde. Ausserdem setzten die Briten die Tankerkapitäne unter Druck, den Iran zu meiden. Dadurch war der Iran zwar im Besitz des Öls, konnte dieses aber weder verarbeiten noch

¹ Rosenkranz, Paul, S. 33

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 249; Zitat: S. 249

³ Rosenkranz, Paul, S. 33

⁴ Rosenkranz, Paul, S. 33

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 249

⁶ Digital Publishing, 1945-1968, Erdölindustrie im Iran wird verstaatlicht

⁷ Digital Publishing, 1945-1968, Erdölindustrie im Iran wird verstaatlicht

⁸ Digital Publishing, 1945-1968, Erdölindustrie im Iran wird verstaatlicht

⁹ Digital Publishing, 1945-1968, Erdölindustrie im Iran wird verstaatlicht

verkaufen.¹

Mossadeghs Politik wandte sich auch zusehends gegen den Schah. Es kam sogar soweit, dass der Schah schliesslich aus dem Land flüchten musste. Blutige Aufstände waren die Folge. Mit der Unterstützung von Polizei und Armee gelang es aber den Royalisten, die Kontrolle über Teheran zu übernehmen. Mossadegh und seine Anhänger wurden verhaftet und der Schah kehrte zurück. General Fasullah Zahedi wurde anschliessend mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Man einigte sich schliesslich auch auf eine Verstaatlichung der Erdölindustrie. Tatsächlich aber lagen die iranischen Ölfelder unter der Verwaltung eines internationalen Konsortiums.²

Der Iran wurde anschliessend „ein wichtiges Glied der CENTO und damit des westlichen Blocksystems.“³

5. DER FRANZÖSISCHE INDOCHINAKRIEG UND DIE TEILUNG VIETNAMS

1887 hatte Frankreich sein Kolonialreich Indochina aus den drei Ländern Vietnam, Laos und Kambodscha gegründet.⁴ Erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieg wurde dieser Kolonialbesitz von Japan erobert. Mit dem Ziel, die Unabhängigkeit Vietnams zu erreichen, gründete der vietnamesische Nationalist Ho Chi Minh in China eine Liga, die vor allem unter ihrer vietnamesischen Abkürzung *Viet Minh* bekannt war. Auch wenn der Viet Minh während der japanischen Herrschaft mit den westlichen Alliierten kollaborierte, war sein Ziel keineswegs, die französische Herrschaft wiederherzustellen, denn die Franzosen waren in Vietnam nicht mehr willkommen.⁵

Ho Chi Minh rief bereits am 2. September 1945 die „Demokratische Republik Vietnam“⁶ aus. Frankreich konnte dies aber nicht ohne weiteres hinnehmen und begründete sein Engagement damit, dass für eine Erholung Frankreichs die wirtschaftliche Kraft der Kolonien absolut notwendig sei. Der Viet Minh, der durch die Unterstützung der nordvietnamesischen Bevölkerung bei der Hungersnot von 1945 grosse Popularität erreicht hatte, war hingegen nicht bereit, eine erneute Besetzung durch Frankreich hinzunehmen. Bereits im September kam es in Saigon zu Aufständen gegen die französische Verwaltung. Auch die im Süden stationierten britischen Truppen, die durch französische ersetzt werden sollten, waren nicht imstande, die Lage unter Kontrolle zu bringen und zogen sich daraufhin zurück. Am 24. September rief der Viet Minh zu einem Generalstreik gegen die Besetzung durch Frankreich aus. „Ein Konflikt wurde unausweichlich.“⁷

Nachdem im Oktober die einmarschierenden französischen Truppen den Belagerungsring der Viet Minh um Saigon durchbrochen hatten und schon fünf Monate später den Süden Indochinas kontrollierten, befand sich Ho Chi Minh, dies nicht zuletzt weil kein Staat das unabhängige Vietnam anerkannte, in der Defensive. Am 6. März 1946 stimmte er deshalb einem Kompromiss zu, in welchem Frankreich berechtigt wurde, 25'000 Mann im Norden Vietnams zu stationieren. Als Gegenleistung wurde Vietnam im Rahmen einer französischen Union die Unabhängigkeit zugesagt. Dieses Abkommen wurde aber bereits am 31. Mai von den Franzosen wieder gebrochen; der französische Oberbefehlshaber rief im Süden die unabhängige Republik Cochinchina aus.⁸

Zum Eigentlichen Ausbruch des Krieges kam es schliesslich, als französische Kriegsschiffe am 8. November 1946 Haiphong bombardierten und weitere Verhandlungen scheiterten. Der Viet Minh

¹ Digital Publishing, 1945-1968, Briten klagen gegen Verstaatlichung im Iran

² Microsoft Corporation, Iran

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, S. 250

⁴ Microsoft Corporation, Indochinakrieg

⁵ Halle, Louis, S. 289

⁶ Microsoft Corporation, Indochinakrieg

⁷ Microsoft Corporation, Indochinakrieg

⁸ Microsoft Corporation, Indochinakrieg

forderte nun die volle Autonomie. Am 19. Dezember 1946 griffen Truppen der Viet Minh Hanoi an, um „die dortige französische Garnison zu zerschlagen.“¹ Anfangs waren die Franzosen überrumpelt, sie konnten sich aber fassen und die Angreifer wieder in die Flucht schlagen. Die Franzosen besetzten daraufhin den Präsidentenpalast und über die Region wurde vom französischen Kommandeur das Kriegsrecht verhängt.²

Die Franzosen waren dem Viet Minh trotz besserer Ausrüstung deutlich unterlegen. Entscheidend für den Viet Minh war zudem, dass er nach dem Sieg Mao Tse-tungs in China in den Besitz von erbeuteten amerikanischen Waffen kam. Aus der Guerillatruppe wurde dadurch eine regelrechte Armee.³

„Dies war jener Krieg, in dem reguläre französische Einheiten einen unsichtbaren Feind – die Streitkräfte des Viet Minh – bekämpften, der aus dem Hinterhalt zuschlug, um dann sofort wieder im Dschungel, aus dem er gerade aufgetaucht war, zu verschwinden oder um bei der friedlichen örtlichen Bevölkerung unterzutauchen, von der er nicht zu unterscheiden war.“⁴

Obschon Frankreich von den USA indirekt unterstützt wurde (die finanzielle Unterstützung belief sich bis Ende des Krieges auf 2,5 Milliarden US-Dollar), sah es sich zunehmend in der Defensive. In Bedrängnis wandte sich Frankreich schliesslich an die USA und bat um direkte militärische Unterstützung. Die Amerikaner lehnten aber den Einsatz von Bodentruppen ab und machten Luftangriffe von den Briten abhängig. Diese wiederum verweigerten ein Eingreifen und so sah sich Frankreich am 7. Mai 1954 zur Kapitulation gezwungen.⁵

In der am 26. April 1954 in Genf eröffneten Indochina-Konferenz unterzeichneten Frankreich und der Viet Minh ein Waffenstillstandsabkommen. Dieses setzte dem nun schon 8jährigen Krieg ein Ende. Der entscheidendste Punkt des Abkommens war sicher die Teilung Vietnams entlang des 17. Breitengrades. Dieser Beschluss kam vor allem zustande, da sowohl Frankreich als auch der Viet Minh ein rasches Ende der Kampfhandlungen wünschten. Dieser Punkt wurde zudem als ausdrücklich provisorisch bezeichnet. Nach spätestens zwei Jahren sollten gesamtvietnamesische Wahlen unter westlicher Kontrolle durchgeführt werden, die über das weitere Schicksal des geteilten Landes entscheiden sollten. Bis dahin wurde der nördliche Teil dem kommunistisch orientierten Viet Minh übergeben, während der Süden unter die bisher von Frankreich gestützte Regierung gestellt wurde.⁶

Kurz nach der Indochina-Konferenz wurde die Regierung in Südvietnam gestürzt. Der neue antikommunistische Ministerpräsident Ngo Dinh Diem weigerte sich, die freien Wahlen durchzuführen, wobei er von den USA unterstützt wurde. Er verhinderte damit die Wiedervereinigung Vietnams. Zudem öffnete er neue Wege, etwas gegen den kommunistischen Einfluss im Süden zu unternehmen. 1959 geriet Diem aber in ernsthafte Schwierigkeiten, da er Vertreter einer sozial privilegierten katholischen Minderheit in einem buddhistischen Land war und seine Sozial- und Wirtschaftspolitik fehlschlugen. „Die Kommunisten sahen ihre Stunde für einen Revolutionskrieg gekommen.“⁷

6. DIE SOWJETUNION IN DER DEFENSIVE

„Das Herz des Kampfgefährten und genialen Fortsetzers der Sache Lenins, des weisen Führers und Lehrers der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes, Josef Wissarionowitsch Stalin, hat aufgehört zu schlagen.“⁸

¹ Digital Publishing, 1945-1968, Kämpfe zwischen Vietminh und französischen Truppen

² Digital Publishing, 1945-1968, Kämpfe zwischen Vietminh und französischen Truppen

³ Microsoft Corporation, Indochinakrieg

⁴ Halle, Louis, S. 289

⁵ Microsoft Corporation, Indochinakrieg

⁶ Digital Publishing, 1945-1968, Waffenstillstand zwischen Frankreich und Vietnam

⁷ Microsoft Corporation, Indochinakrieg

⁸ Meldung zum Tod Stalins von Radio Moskau. Aus: Spiegel Online, Stalins Tod - Neue Hoffnung?

Als am 6. März 1953 der Tod Stalins bekanntgegeben wurde, wusste niemand, was nach Stalin folgen würde. Der „Übermensch“¹ hatte während vielen Jahren die Stellung eines Gottes eingenommen. Ein Vierteljahrhundert hatte das russische Volk unter dem „alten Tyrannen“² gelitten; Gewalt, Terror und Unterdrückung prägten seine Amtszeit. Wahrlich kein einfaches Erbe, das seine Nachfolger anzutreten hatten.³

Entgegen den Befürchtungen des Westens, dass die internen Auseinandersetzungen um Stalins Erbe eine Unberechenbarkeit der Sowjetunion zur Folge hätten, übernahm Georgi M. Malenkow unangefochten die Regierungsgeschäfte als Ministerpräsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).⁴ Ab 1955 gelang es jedoch Chruschtschow, sich langsam aber sicher in der neuen, kollektiven sowjetischen Führung gegen Malenkow durchzusetzen.⁵

Im Gegensatz zu Stalin trat mit Nikita Chruschtschow ein Politiker an die Macht, der die Menschen respektierte und seine Kollegen um Rat fragte. Und so erstaunt es denn auch nicht, dass nach Stalin eine Wende in der sowjetischen Aussenpolitik folgte, auch wenn sich diese bereits vor seinem Tod angekündigt hatte. Stalins Expansionspolitik hatte eine gefährliche Überdehnung des sowjetischen Imperiums zur Folge.⁶

Unbestritten bleibt die Tatsache, dass die osteuropäischen Satellitenstaaten an der Westgrenze der Sowjetunion zur militärischen Sicherheit des Landes beitrugen. Dieser und weitere Vorteile wurden aber mit Sicherheit von Verwaltungs- und Verteidigungskosten und Gefahren kompensiert. Moskau musste den gesamten Unterdrückungsapparat am Leben erhalten und „sah sich der ständigen Gefahr von Aufständen der unterjochten Völker (so, wie 1953 in Ostdeutschland) gegenüber, die weitere Aufstände auslösen und so aus der Kontrolle geraten konnten.“⁷ Hinzu kam die Gefahr eines europäischen Krieges, der für Russland katastrophale Auswirkungen gehabt hätte. Um das Hinterland und die Versorgungslinien unter Kontrolle zu halten, waren in etwa gleich viele Truppen nötig wie an der Front; zudem bestand die Gefahr eines Bürgerkrieges.⁸

Ab 1949 musste die Sowjetunion erste Niederlagen gegen die amerikanische Eindämmungspolitik einstecken und sah sich zunehmend von gegnerischen Militärallianzen umgeben. Die sich ankündigende Wiederbewaffnung Deutschlands und dessen Integration in den Westblock beunruhigten Moskau nicht minder als die aus der Überdehnung des sowjetischen Einflussbereiches resultierenden Probleme in den Satellitenstaaten. Die Sowjetunion antwortete auf diese prekäre Entwicklung mit dem „Tauwetter“⁹, der innenpolitischen Liberalisierung, und der nun unter Chruschtschow einsetzenden Entspannungs- und Koexistenzpolitik, die noch aus der Zeit Stalins herrührte.

Den Höhepunkt dieser Phase der Entspannung bildete zweifelsohne die Genfer Konferenz von 1955. Voraussetzung für dieses erstmalige Zusammentreffen der Siegermächte seit Potsdam waren folgende drei Bedingungen des Westens: Ein Waffenstillstand in Korea war erreicht worden, Österreich bekam die Unabhängigkeit zugestanden und die Sowjetunion lenkte zur Freigabe der restlichen 30'000 deutschen Kriegsgefangenen und Internierten ein.¹⁰

Während der Genfer Gipfelkonferenz vom 18. bis 23. Juli 1955 herrschte zwischen den Regierungschefs Eisenhower (USA), Faure (Frankreich), Eden (England), Bulganin (UdSSR) sowie dem sowjetischen Parteichef Chruschtschow eine freundlich anmutende Atmosphäre, welche in der Weltpresse als

¹ Halle, Louis, S. 307

² Halle, Louis, S. 307

³ Halle, Louis, S. 305-307

⁴ Spiegel Online, Stalins Tod bringt Kurswechsel in der DDR

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252

⁶ Halle, Louis, S. 309-315

⁷ Halle, Louis, S. 261

⁸ Halle, Louis, S. 260-261

⁹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252

¹⁰ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252

„Geist von Genf“¹ betitelt wurde. Doch auch diese Tatsache konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich des Ost-West-Konfliktes keine Ergebnisse erzielt wurden und alle beteiligten Staaten an ihren Positionen festhielten.²

Da die Genfer Konferenz in der Deutschlandfrage keine Neuerungen hervorgebracht hatte, verkündete Chruschtschow bereits auf der Heimreise seine „Zwei-Staaten-Theorie“³. Damit setzte er jeglichen Bestrebungen auf eine Wiedervereinigung ein plötzliches Ende. Von nun an wolle die Sowjetunion einer Wiedervereinigung nur noch unter Beibehaltung der „sozialistischen Errungenschaften“⁴ der DDR zustimmen.

Für die weitere Entwicklung der DDR bedeutete diese Rede eine verstärkte wirtschaftliche und politische Integration in den Ostblock und eine Aufwertung zum selbständigen Staat verbunden mit der Schaffung einer eigenen Armee sowie dem Beitritt zum Warschauer Pakt.⁵

7. CHRUSCHTSCHOWS ENTSTALINISIERUNG UND KOEXISTENZPOLITIK

Nach dem Tode Stalins setzte ein Wandel in der Politik seiner Nachfolger ein und die innere wie auch die äussere Lage der Sowjetunion änderten sich grundlegend. Die neue Führung distanzierte sich von Stalins willkürlichen Herrschaftsmethoden und begann mit der Änderung der erkannten Fehlentwicklungen. Zu diesen Massnahmen gehörten die Beseitigung einiger der engsten Vertrauten Stalins, die Reduzierung seiner Verehrung auf ein Mindestmass und die Milderung der Bedingungen in den Straflagern. Im Zuge dieser Korrekturen wurde jedoch das uneingeschränkte Machtmonopol der KPdSU nie angezweifelt.⁶

Parallel zu diesen Entwicklungen begann man, die Unterdrückungsmassnahmen und die wirtschaftlichen Auflagen in den Satellitenstaaten zu lockern, ein Prozess, der bis Ende 1955 anhielt und massgeblich zu verbesserten Lebensbedingungen beitrug.⁷

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU leitete Chruschtschow am 25. Februar 1956 mit einer Geheimrede über Personenkult und Herrschaftsmethoden Stalins eine Periode der Entstalinisierung ein.⁸ Chruschtschow prangerte in seiner Rede Stalin und den Stalinismus an, verurteilte gleichzeitig aber auch die Herrschaft der Geheimpolizei und forderte mehr individuelle Freiheit sowie eine allgemeine Liberalisierung der Regierung. In einer anderen Rede charakterisierte Chruschtschow die gegenwärtige Ära durch „das Heraustreten des Sozialismus aus den Grenzen eines einzigen Landes und seine Umwandlung in ein Weltsystem.“⁹ Diese ausdrückliche Verurteilung des bis anhin vorherrschenden Stalinismus war „ein stillschweigender Ruf nach Reformen in der gesamten kommunistischen Welt.“¹⁰ Von nun an war die Unfehlbarkeit Moskaus, von der man rund 30 Jahre lang ausgegangen war, in Frage gestellt. Einerseits wurde dadurch Jugoslawiens Tito, der einige Jahre zuvor als erster kommunistischer Führer die Unabhängigkeit seines Landes von Moskau erklärt hatte, rehabilitiert, andererseits spitzte sich die Lage in den sowjetischen Satellitenstaaten zu. Das Volk drohte, sich gegen das ihm aufgezwungene Regierungssystem zu erheben. Angesichts dieser Tatsache machten sich Moskau und seine Mitarbeiter daran, den Stalinismus in aller Stille wiedereinzuführen. Man billigte zwar den von Tito eingeschlagenen Weg, wollte aber zugleich verhindern, dass diese Länder in das „feindliche La-

¹ Spiegel Online, Genfer Konferenz

² Digital Publishing, 1945-1968, Gipfelkonferenz der vier Siegermächte

³ Spiegel Online, Sowjetunion geht endgültig von Teilung aus

⁴ Spiegel Online, Sowjetunion geht endgültig von Teilung aus

⁵ Spiegel Online, Sowjetunion geht endgültig von Teilung aus

⁶ Digital Publishing, 1945-1968, Die Entstalinisierung

⁷ Halle, Louis, S. 319

⁸ Spiegel Online, Die Geheimrede Chruschtschows

⁹ Halle, Louis, S. 320

¹⁰ Halle, Louis, S. 321

ger“¹ absprangen, was katastrophale Folgen für die russische Sicherheit hätte bedeuten können. Notfalls sollten deshalb Einheiten der Roten Armee eingesetzt werden, Auseinandersetzungen schienen unter diesen Umständen vorprogrammiert.²

Der XX. Parteitag der KPdSU hatte jedoch noch weitreichendere Folgen. Seit 1956 war die Sowjetunion im Besitz einsatzfähiger Atomwaffen, womit das „Gleichgewicht des Schreckens“³ erreicht worden war. Ein Atomkrieg zwischen den beiden Grossmächten USA und Sowjetunion war nach Chruschtschows Auffassung „selbsterstörerisch und für beide Seiten nicht zu gewinnen.“⁴ Der marxistisch-leninistische Leitsatz, „dass Kriege unvermeidlich sind, so lange es den Imperialismus gibt“⁵, sei damit überholt. Gewiss seien die ideologischen Differenzen unüberbrückbar, gab Chruschtschow am 6. November 1957 bekannt. „Das schliesst aber die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern nicht aus.“⁶

Die militärische Konfrontation sollte nach Chruschtschow in der Koexistenz durch den friedlichen Wettbewerb abgelöst werden. Dieser werde zeigen, „welches System lebensfähiger ist, welches System den Erwartungen der Völker mehr entspricht und sowohl die materiellen als auch geistigen Bedürfnisse der Völker ausgiebiger befriedigen kann.“⁷ Er war der Ansicht, die Sowjetunion hätte gute Aussichten, „diesen Wettbewerb gewinnen zu können und damit der kapitalistischen Welt eine Niederlage zu bereiten.“⁸

Die Phase der Koexistenz, in der das atomare Gleichgewicht einen künftigen Weltkrieg verhinderte, gestand den blockfreien Staaten und antikolonialistischen Befreiungsbewegungen eine grössere Bewegungsfreiheit zu. Der Neutralismus dieser Blockfreien stiess beim amerikanischen Aussenminister Dulles jedoch auf Ablehnung. Chruschtschow hingegen arbeitete mit diesen Staaten verstärkt zusammen, ohne dabei Rücksicht auf die Ideologie zu nehmen (Jugoslawien, Ägypten, Syrien, Indien). Er wollte mit seiner Zusammenarbeit die Einschliessung durch die westlichen Militärallianzen durchbrechen und China die Machtstellung in der Dritten Welt strittig machen.⁹

8. EUROPÄISCHE EINIGUNGSBEMÜHUNGEN

Im Verlauf des Koreakrieges drängte sich die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und deren Integration in die NATO auf. Der amerikanische Aussenminister Dean Acheson war überzeugt, dass von diesem Schritt die militärische Verteidigung Westeuropas abhing. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren allerdings erst fünf Jahre vergangen und die Nachbarländer standen einer Wiederbewaffnung ihres ehemaligen Kriegsfeindes eher ablehnend gegenüber. Nur unter der Bedingung, dass die Bundesrepublik in eine europäische Gemeinschaft eingebunden und zukünftig an einer einseitigen Aufrüstung gehindert würde, war man bereit, einem solchen Vorhaben zuzustimmen.

1951 führte schliesslich ein vom französischen Aussenminister formulierter Plan zur Gründung der Montanunion, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die gesamte deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion sollte einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und der Kontrolle der „Hohen Behörde“¹⁰ unterstellt werden. Es war dies die erste supranationale Behörde in Europa. Ihr Ziel beschränkte sich aber nicht nur auf die Kontrolle der deutschen Rüstungspolitik, sondern auch auf

¹ Halle, Louis, S. 321

² Halle, Louis, S. 319-322

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252; Zitat: S. 252

⁷ Rosenkranz, Paul, S. 36

⁸ Rosenkranz, Paul, S. 36; Zitat: S. 36

⁹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252

¹⁰ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 253

die europäische Einigung schlechthin. Viele waren der Auffassung, dass eine politische Einigung Europas am ehesten durch eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit erreicht werden könne. Vorerst führte dieser Weg in den Römer Verträgen von 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).¹

Frankreich setzte alles daran, eine eigenständige deutsche Armee zu verhindern. Im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sollten deutsche wie auch andere internationale Truppen unter integriertem Oberkommando zu einer europäischen Armee vereint werden.² Der EVG-Vertrag wurde schliesslich am 27. Mai 1952 in Paris von Belgien, Luxemburg, der Niederlande, Frankreich, Italien und der BRD unterzeichnet.

Am vorherigen Tag war in Bonn der Deutschlandvertrag zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten abgeschlossen worden. Der Vertrag hob den Besatzungsstatus von 1949 auf und gab der BRD die Rechte eines souveränen Staates zurück. Festgelegt wurden darin die Westbindung des westdeutschen Staates und das gemeinsame Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands. Der Deutschlandvertrag war jedoch eng mit dem EVG-Vertrag verknüpft. Als dieser aber 1954 von der französischen Nationalversammlung abgelehnt wurde, scheiterte gleichzeitig auch der Deutschlandvertrag, welcher erst später in revidierter Fassung in den Pariser Verträgen in Kraft treten konnte.³

Mit dem Zurückweisen des EVG-Vertrages kam Frankreich der Sowjetunion entgegen. Als Gegenleistung half diese Frankreich, sein Ansehen beim Rückzug aus Vietnam nicht zu verlieren.⁴

9. DIE INTEGRATION DER BUNDESREPUBLIK INS WESTLICHE BÜNDNISSYSTEM

Unter Konrad Adenauer verfolgte die Bundesrepublik Deutschland ab 1949 eine auf die Westintegration ausgerichtete Aussenpolitik. Adenauer versuchte dabei, die Umstände des Kalten Krieges mittels „einer entschiedenen Hinwendung zu den Westalliierten“⁵ auszunützen. So schnell wie möglich sollte die Bundesrepublik aus der Verliererrolle zum gleichberechtigten Bündnispartner aufsteigen. Mit amerikanischer Unterstützung und einer gestärkten Position erhoffte er sich, die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands erzwingen zu können. Denn die DDR wurde von seiner Bundesregierung bloss als sowjetische Besatzungszone angeschaut. Deutschland wurde ihrer Ansicht nach, alleine von der demokratisch gewählten Regierung vertreten. Infolge seiner Zugeständnisse an den Westen, erhielt Adenauer von der Opposition den Titel „Kanzler des Westens“⁶, was dem ausgesprochen freundlichen Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Regierung Eisenhower in den fünfziger Jahren jedoch keinen Abbruch tat.

Als sich die Sowjetunion mit der drohenden Wiederbewaffnung der Bundesrepublik konfrontiert sah, unterbreitete Stalin 1952 das Angebot, „die Wiedervereinigung Deutschlands in den damaligen Grenzen und aufgrund von ‘freien Wahlen’ zu akzeptieren, falls die Bundesrepublik auf ein Bündnis mit dem Westen verzichten und sich mit einer rein defensiven Armee begnügen würde.“⁷ Der Westen reagierte auf die sogenannte Stalin-Note zurückhaltend. Da man aber befürchtete, Deutschland würde bei einer Zustimmung langfristig in „östliches Fahrwasser“⁸ abdriften, wollte man Zeit gewinnen und die Verhandlungen bezüglich der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und des Deutschlandvertrages vorantreiben. Stalins Angebot sollte indessen nicht definitiv abgelehnt werden.⁹ Aus

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 253

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 252

³ Digital Publishing, 1945-1968, Vertrag über EVG unterzeichnet

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 253

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 253

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 253

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 253-254; Zitat: S. 254

⁸ Spiegel Online, Die westliche Reaktion auf die Stalin-Note

⁹ Spiegel Online, Die westliche Reaktion auf die Stalin-Note

diesem Grunde stellten die Westmächte in ihrer Antwort Bedingungen, auf die die Sowjetunion vermutlich nicht eingehen würde.¹ Bis 1955 machte Moskau Deutschland weitere Angebote in ähnlicher Form, ohne dass es diesbezüglich je zu Verhandlungen kam.²

Mit der Zurückweisung des EVG-Vertrages durch Frankreich erlitt die Idee eines „Vereinten Europas“³ einen herben Rückschlag. In Anbetracht der brisanten Lage musste schnellstmöglich eine andere Bündnislösung gefunden werden, um den deutschen Wehrbeitrag zur Verteidigung Westeuropas zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wurde vom 28. September bis zum 3. Oktober 1954 die Neunmächtekonferenz in London einberufen. Nebst den westeuropäischen Staaten waren auch die USA und Kanada vertreten.

In Paris fand daraufhin vom 9. bis 23. Oktober 1954 die Folgekonferenz statt. Auf ihr wurden gemäss den Empfehlungen der Londoner Schlussakte insgesamt elf Abkommen, die Pariser Verträge, unterzeichnet. Damit wurde die internationale Stellung der Bundesrepublik Deutschland neu definiert.

Die Pariser Verträge beinhalteten eine überarbeitete Fassung des Deutschlandvertrages, nachdem dieser im Zusammenhang mit der EVG gescheitert war. Nun aber war die Besatzungszeit zu Ende gegangen und die Bundesrepublik Deutschland erhielt ihre Souveränität zurück. Im Gegenzug musste die Bundesrepublik den Westmächten das Stationierungsrecht von Streitkräften zugestehen. Trotz französischen Vorbehalten konnte in Paris einer Wiederbewaffnung mit der Einbindung in das westliche Verteidigungssystem zugestimmt werden. Der 1948 abgeschlossene Brüsseler Pakt wurde schliesslich durch den Beitritt Italiens und der BRD zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert.⁴ Die Hauptaufgabe der WEU bestand darin, „die Einheit Europas zu fördern und seine fortschreitende Integration zu unterstützen.“⁵ Für die BRD war der Eintritt in die WEU die Voraussetzung für den Beitritt zur NATO, welcher mit gewissen Rüstungsbeschränkungen verbunden war. Die Bundesrepublik verzichtete auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen.⁶

Wenige Monate nach der Ratifizierung durch den Bundestag traten die Pariser Verträge am 5. Mai 1955 in Kraft. Rund zehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation war die Bundesrepublik ein souveräner Staat geworden. Vier Tage nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge wurde die BRD in die NATO aufgenommen.⁷

Etwas später, im September 1955, weilte Adenauer in Moskau, um über zwei gleichberechtigte deutsche Staaten zu verhandeln. Chruschtschow wollte seine DDR von der BRD anerkannt wissen. Keines der beiden Länder sollte den alleinigen Vertretungsanspruch als Staat der Deutschen erheben dürfen, was für Adenauer eine unannehmbare Forderung war. Er beharrte auf seinem Anspruch und die Verhandlungen scheiterten. Wenigstens konnte er die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen erwirken.⁸

Moskaus Reaktion auf die Souveränitätserklärung der Bundesrepublik im Mai 1955 folgte bereits im September desselben Jahres, kurz nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Chruschtschow und Adenauer in Moskau. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR sollten von nun an auf der Basis „völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“⁹ geregelt sein. Chruschtschow stellte fest, dass die Deutschen die Frage der Wiedervereinigung nun selbst lösen müssten, die Sowjetunion gehe jedoch von der Existenz zweier deutscher Staaten aus.¹⁰

¹ Spiegel Online, Verhaltene Reaktion auf Stalins Angebot

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 253-254

³ Spiegel Online, Unterzeichnung der Pariser Verträge

⁴ Spiegel Online, Unterzeichnung der Pariser Verträge

⁵ Spiegel Online, Die Bedeutung der Pariser Verträge für die BRD

⁶ Spiegel Online, Die Bedeutung der Pariser Verträge für die BRD

⁷ Spiegel Online, Die Bundesrepublik wird souverän

⁸ Spiegel Online, Adenauer in Moskau

⁹ Spiegel Online, Moskau erklärt die Souveränität der DDR

¹⁰ Spiegel Online, Moskau erklärt die Souveränität der DDR

10. DER ÖSTERREICHISCHE STAATSVERTRAG 1955

Von allem Anfang an einigten sich die Besatzungsmächte auf die Wahrung der Einheit Österreichs und die Anerkennung einer Zentralregierung in Wien. Dieser überantworteten sie die Verwaltung des reichsdeutschen Eigentums. Gemeinsam mit der grösstenteils verstaatlichten Industrie kontrollierte die Regierung weite Teile der Wirtschaft und lancierte damit den zügigen Wiederaufbau des Landes. Die Alliierten sprachen sich jedoch gegen einen Anschluss des Südtirols an Österreich aus; 1946 konnte die Regierung mit Italien Autonomie und Selbstverwaltung für die deutschen Südtiroler vereinbaren.

Während vielen Jahren konnten die Alliierten hinsichtlich des Rückzuges der Besatzungstruppen und der gleichzeitigen Sicherstellung der Souveränität keine Einigung finden. Erst 1955 waren die Sowjets gewillt, mit Österreich einen Staatsvertrag abzuschliessen und den Besatzungsstatus ein für allemal aufzuheben. Österreich verpflichtete sich hierfür zu immerwährender Neutralität und den Verzicht auf eine spätere Vereinigung mit Deutschland.

Einerseits signalisierte die Sowjetunion mit diesem Staatsvertrag den Entspannungswillen gegenüber Deutschland, andererseits bildete die Schweiz zusammen mit Österreich „einen neutralen Riegel in der Nord-Süd-Achse der NATO.“¹ Verbunden mit dem Fall des Besatzungsregimes in Österreich verlor die Sowjetunion allerdings die Berechtigung zur Stationierung sowjetischer Truppen in Ungarn.²

11. DER WARSCHAUER PAKT

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Sowjetunion begonnen, mit den Staaten in ihrer Interessensphäre „zweiseitige Beistandsverträge“³ abzuschliessen. Dadurch vereitelte Stalin Titos Plan einer Balkanföderation, indem er verhinderte, dass sich die Satellitenstaaten untereinander verbündeten. Als aber die sowjetischen Bemühungen gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO gescheitert waren, schloss die Sowjetunion mit den Staaten des Ostblocks ein „mehrseitiges Verteidigungsbündnis“⁴, den Warschauer Pakt.⁵

Der Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“⁶ wurde am 14. Mai 1955 in Warschau unterzeichnet. Daran beteiligt waren die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, die DDR, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Albanien.

Alle Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes waren laut Vertrag gleichberechtigt, es galt das Prinzip der Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten. Die Beteiligung an einem anderen Bündnis-system war grundsätzlich verboten. Der Vertrag war auf 20 Jahre befristet, die Möglichkeit eines Austritts wurde nicht in Betracht gezogen. Man verpflichtete sich zur gegenseitigen Hilfe im Falle eines militärischen Angriffs auf ein Partnerland, internationale Konflikte sollten durch politische Konsultation gelöst werden.

Das gemeinsame Oberkommando mit Sitz in Moskau unterstand dem sowjetischen Verteidigungsbüro. Die beabsichtigten „politischen Konsultationsmechanismen“⁷ nahmen keinen ausschlaggebenden Einfluss und der Beratende Politische Ausschuss trat nur in unregelmässigen Abständen zusammen. Die von 1944 bis 1947 abgeschlossenen bilateralen Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Ostblockstaaten waren weit bedeutender für die militärische Kooperation.

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 255

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 254-255

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 255

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 255

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 255

⁶ Digital Publishing, 1945-1968, Der Warschauer Pakt

⁷ Digital Publishing, 1945-1968, Der Warschauer Pakt

Der eigentliche Zweck des Warschauer Paktes lag aber in der weiteren Verknüpfung der Ostblockstaaten und der Sicherstellung der sowjetischen Vormacht. Mit den Anfängen der Spaltung des sozialistischen Lagers wandelte sich der Pakt unter Breschnew zu einem Instrument der Disziplinierung seiner Mitglieder. Die Zugehörigkeit zum Bündnissystem wurde von der Sowjetunion zunehmend als Einschränkung der Souveränität der Mitgliedstaaten gedeutet. So rechtfertigte sie 1968 mit den Bestimmungen des Warschauer Paktes auch den militärischen Einmarsch in der Tschechoslowakei.¹

12. GÄRUNG IN OSTMITTELEUROPA

Als Stalin 1953 starb, lockerten seine Nachfolger den politischen Druck auf die sowjetischen Satellitenstaaten. In einigen Ländern des Ostblocks führte diese Lockerung „zu Spaltungstendenzen innerhalb der kommunistischen Parteien und vor allem zu Demonstrationen, Streiks und Aufständen der Arbeiter und Intellektuellen.“² Die Menschen hatten lange genug unter dem Regime Moskaus gelitten, sie forderten Reformen und einen von der Sowjetunion losgelösten, nationalen Entwicklungsgang. Die Proteste der Arbeiter richteten sich vornehmlich gegen den Druck und die Unannehmlichkeiten, die von der Planwirtschaft ausgingen.³

Der Arbeiteraufstand in der DDR: Anfangs der 50er Jahre war die Wirtschaftspolitik der DDR-Führung hauptsächlich auf den Aufbau der Schwerindustrie ausgerichtet, was sich negativ auf die Konsumgüterindustrie und den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung auswirkte. Zusätzlich baute die SED⁴ ihre beherrschende Stellung auf allen Ebenen aus. Wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung sowie steigende Flucht- und Abwanderungsbewegungen waren die Folgen.⁵ Die SED-Führung versuchte, diesen Entwicklungen mittels verschärften Repressalien gegenüber der Bevölkerung entgegenzuwirken. Dies führte im Mai 1953 zur Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 Prozent, worauf die betroffenen Arbeiter mit Streiks und Unruhen antworteten.⁶ Erst auf Drängen Moskaus wich die SED-Führung an einigen Punkten von ihrer harten Linie ab, an der Erhöhung der Arbeitsnormen hielt sie hingegen fest.⁷

Aus Protest gegen die erhöhten Normen legten die Bauarbeiter in der Stalinallee in Ostberlin die Arbeit nieder. Die Demonstrationen weiteten sich in Kürze auf ganz Ostberlin aus. Nebst der Bekanntgabe ihrer politischen Ziele riefen sie für den folgenden Tag, den 17. Juni 1953, einen Generalstreik aus. Dieser erfasste mehr als 270 Orte in weiten Teilen der DDR. Die Forderungen der Aufständischen beinhalteten die Wiederherstellung der deutschen Einheit und freie Wahlen. Das SED-Regime war nicht imstande, die Situation alleine in den Griff zu bekommen. Der Aufstand konnte schliesslich durch den Einsatz von sowjetischen Panzern niedergeschlagen werden.⁸

Die polnischen Oktoberunruhen: In Polen versuchte die kommunistische Partei, die Liberalisierung vorwiegend auf die Wirtschaft zu beschränken, was jedoch misslang. Als Chruschtschow im Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Entstalinisierung einleitete, verstärkte sich die Kritik an den vorherrschenden Umständen.

Infolge der Aussöhnung zwischen dem jugoslawischen Parteiführer Tito und der sowjetischen Parteispitze kam es zu neuen Unruhen in Polen. In einer gemeinsamen Erklärung, billigte die sowjetische wie auch die jugoslawische Regierung die Existenz „nationaler Wege zum Sozialismus.“⁹

¹ Digital Publishing, 1945-1968, Der Warschauer Pakt

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 256

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 256

⁴ Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: Staatspartei der DDR von 1946-1989

⁵ Pfetsch, Frank, Konflikte seit 1945, Europa, Verlag Ploetz Freiburg, Würzburg 1991, S. 72-73

⁶ Spiegel Online, Aufstand vom 17. Juni im Überblick

⁷ Pfetsch, Frank, S. 72-73

⁸ Spiegel Online, Sowjetische Panzer rollen durch Ost-Berlin

⁹ Pfetsch, Frank, S. 82

Daraufhin kam es in Polen am 22. Juni 1956 zu einem Generalstreik in der Stadt Posen; der Streik musste mit Hilfe der polnischen Armee niedergeschlagen werden. Spätestens nach diesem militärischen Eingreifen verbreitete sich der Ruf nach politischen Reformen. Das Politbüro versuchte Mitte Oktober, die Forderungen der Bevölkerung mit der Ernennung Gomulkas zum Generalsekretär und der gleichzeitigen Entmachtung des Verteidigungsministers Rokossowski zu erfüllen. Wladyslaw Gomulka hatte als ehemaliger Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei einen nationalkommunistischen Kurs verfolgt und grössere Unabhängigkeit von der Sowjetunion angestrebt, woraufhin er 1951 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, inzwischen aber wieder auf freien Fuss gesetzt wurde.

Die Ernennung eines Nationalkommunisten zum Generalsekretär sollte das angeschlagene Verhältnis zwischen der Partei und dem Volk wiederherstellen. Gomulka schaffte es, die Sowjetunion trotz der personellen Änderung in der Führungsspitze von der weiteren Bündnistreue Polens zu überzeugen und gestattete ihr auch in Zukunft die Stationierung sowjetischer Truppen. Im Gegenzug erhielt Polen das Recht auf einen „eigenen Weg zum Sozialismus.“¹ Auch wenn mit diesem Kompromiss die weitere Herrschaft der kommunistischen Partei in Polen gesichert wurde, vermochte Gomulka, die Abhängigkeit seines Landes von Moskau zu lockern.

Obschon es in den folgenden Tagen unter der polnischen Bevölkerung zu antisowjetischen Demonstrationen und Sympathiekundgebungen für die Entwicklungen in Ungarn kam, war Gomulka in der Lage, eine militärische Intervention seitens der Sowjetunion zu verhindern.²

13. DER UNGARISCHE VOLKSAUFSTAND

In Ungarn kam mit der einsetzenden Liberalisierung nach dem Tode Stalins (1953) Imre Nagy als Ministerpräsident an die Macht. Sein „Neuer Kurs“³ führte zu einer Lockerung der politischen Verhältnisse. Bereits zwei Jahre später, im November 1955, warf ihm der Parteichef Matyas Rakosi „Rechtsabweichung“⁴ vor und enthob ihn seines Amtes. Andras Hegedüs wurde neuer Ministerpräsident. Unter Hegedüs kam „es zu einer ‘Restalinisierung’, einer Verschärfung der Zwangskollektivierung und neuem Terror der Geheimpolizei,“⁵ worauf sich das Verhältnis zwischen Regime und Bevölkerung erneut spannte.

In der folgenden Zeit wurde die Stellung der Stalinisten, sei es durch Chruschtschows Entstalinisierung oder aber die Wiederannäherung zwischen der UdSSR und Jugoslawien, zunehmend geschwächt. Die innen- wie auch aussenpolitische Kritik an Rakosis hartem Kurs wuchs; Tito verlangte seine Entmachtung. Als Rakosi infolge der ersten Aufstände in Polen härter gegen die Opposition in Ungarn vorgehen wollte, wurde er von Mitgliedern des sowjetischen Politbüros abgesetzt. Die Unruhe in der ungarischen Bevölkerung blieb jedoch bestehen.

Am 23. Oktober 1956 weiteten sich die anfänglichen Studentendemonstrationen zu einem Volksaufstand aus. Forderungen nach einem Mehrparteiensystem, freien Wahlen und dem Abzug der sowjetischen Truppen wurden laut. Schliesslich kam es zu Schiessereien zwischen den Demonstranten und der Polizei. Daraufhin ernannte das Zentralkomitee Imre Nagy zum Ministerpräsidenten und bat die Sowjetunion um militärische Unterstützung. Beim Versuch, die Ordnung wiederherzustellen, stiessen die sowjetischen Truppen jedoch auf erbitterten Widerstand. Der Aufstand griff nun auf das ganze Land über.

Die Macht der zentralen Regierung war zu diesem Zeitpunkt stark eingeschränkt, weil sich überall im

¹ Pfetsch, Frank, S. 83

² Pfetsch, Frank, S. 82-84

³ Pfetsch, Frank, S. 84

⁴ Pfetsch, Frank, S. 84

⁵ Pfetsch, Frank, S. 84

Land Arbeiterräte und Revolutionskomitees gebildet hatten. Vergeblich forderte sie die Bevölkerung auf, die Protestbewegungen einzustellen. Angesichts der sich zuspitzenden Lage stellten Nagy und der neue Generalsekretär Janos Kadar den Abzug der Sowjettruppen und die Auflösung der Geheimpolizei in Aussicht.

Am 30. Oktober verkündete Ministerpräsident Imre Nagy die Wiederherstellung des Mehrparteiensystems und die Bildung einer Koalitionsregierung. Am folgenden Tag begann die Rote Armee mit dem Rückzug aus Budapest, gleichzeitig überschritten hingegen neue Verbände die Grenze zu Ungarn. Nagy forderte daraufhin den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen. Des Weiteren gab er den Austritt aus dem Warschauer Pakt bekannt und erklärte Ungarns Neutralität.

Die Reaktion der Sowjetunion blieb nicht aus. Die Rote Armee eröffnete am 4. November den Angriff auf Budapest. Dabei stiess sie auf erbitterten Widerstand, es kam zu verlustreichen Auseinandersetzungen. Imre Nagy fand in der jugoslawischen Botschaft Zuflucht, wurde kurz darauf aber von den Sowjets nach Rumänien verschleppt und 1958 hingerichtet. Mit der Bekanntgabe seiner Verhaftung brach der ungarische Volksaufstand zusammen. 25'000 Ungarn und 7000 sowjetische Soldaten hatten in den blutigen Kämpfen ihr Leben gelassen.

In den folgenden Jahren leitete Kadar die politischen Geschicke Ungarns, das unter seiner Führung trotz der Austrittserklärung Mitglied im Warschauer Pakt blieb. Während den 60er und 70er Jahren betrieb Kadar eine innenpolitische Liberalisierung, die zu wirtschaftlichem Aufschwung und relativem Wohlstand führte („Gulaschkommunismus“¹).²

14. DIE SUEZKRISE

Der weitere Verbleib der Palästinenser blieb auch nach 1948 unsicher. Sie konnten weder nach Israel zurückkehren, noch wurden sie von den arabischen Nachbarstaaten integriert. Aufgrund dieser Entwicklung verschärfte sich der arabisch-israelische Konflikt zusehends. Die Führer der arabischen Welt schlugen angesichts dieses ungelösten Palästinenserproblems einen antiisraelischen und damit antiwestlichen Kurs ein, was die innenpolitische und panarabische Einigung verstärkte. Seit 1954 stand der arabische Nationalismus unter der Führung des ägyptischen Politikers Gamal Abd el Nasser, welcher eine blockfreie Aussenpolitik verfolgte.³

In den 50er Jahren war der Suezkanal so etwas wie die „Lebensader Ägyptens“⁴, kontrolliert wurde er jedoch von Grossbritannien und Frankreich. Nasser, der 1952 König Faruk I. gestürzt hatte, wollte diesen Altlasten aus der Zeit des Imperialismus ein Ende bereiten. 1954 verpflichtete sich Grossbritannien, seine Truppen binnen 20 Monaten aus der Kanalzone abzuziehen. Alles deutete auf eine friedliche Lösung hin.

Als aber der Westen seine Waffenlieferungen und die Finanzhilfe für den Bau des Assuan Staudammes einstellte, arbeitete Nasser fortan mit dem sozialistischen Lager zusammen. Es folgte am 26. Juli 1956 die Verstaatlichung des Suezkanals.⁵

Zunächst gaben sich Grossbritannien und Frankreich lediglich mit Protesten zufrieden. Als aber die russischen Kräfte durch den Ausbruch des ungarischen Volksaufstandes gebunden waren, reagierten die beiden Hauptaktionäre der Kanalgesellschaft mit der militärischen Intervention in Ägypten.⁶ Unterstützt wurden sie dabei von Israel, das die freie Durchfahrt für israelische Schiffe durch den Suez-

¹ Pfetsch, Frank, S. 86

² Pfetsch, Frank, S. 84-86

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 257

⁴ Digital Publishing, 1945-1968, Die Suezkrise

⁵ Digital Publishing, 1945-1968, Die Suezkrise

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, S. 257

kanal und die Strasse von Tiran erzwingen wollte.

Wenige Tage nach dem israelischen Eröffnungsangriff an der Sinaifront begannen französische und britische Flugzeuge mit dem Bombardement ägyptischer Flughäfen.¹ Am 5. November 1956 landeten schliesslich deren Truppen bei Port Said und Port Fuad, um die Bildung verschiedener Brückenköpfe für die Eroberung der gesamten Kanalzone einzuleiten.²

Innerhalb weniger Tage war Ägypten militärisch besiegt; dennoch ging Nasser als politischer Triumphtor aus dem Konflikt hervor. Auf Druck der USA und militärischen Drohungen seitens der Sowjetunion mussten Grossbritannien und Frankreich ihre Truppen zurückziehen. Sowohl die Internationalisierung des Suezkanals wie auch der Sturz Nassers waren misslungen. Im März 1957 musste auch Israel seine Truppen aus dem besetzten Gazastreifen zurückziehen, erreichte aber im Gegenzug, dass die freie Schifffahrt durch die Strasse von Tiran nunmehr von Truppen der Vereinten Nationen sichergestellt wurde.³

Der Suezkanal musste infolge der kriegerischen Auseinandersetzung für den Schiffsverkehr gesperrt werden, er war durch 46 versenkten Schiffe auf unabsehbare Zeit unpassierbar geworden. Der amerikanische Präsident Eisenhower sah sich daraufhin gezwungen, ein Notstandprogramm in die Wege zu leiten, um die Ölversorgung Westeuropas zu gewährleisten. Aber nicht nur der Suezkanal, sondern auch das Ansehen der beiden westeuropäischen Länder hatte durch den Zwischenfall massiven Schaden genommen.⁴

Die Suezkrise hatte gezeigt, dass die USA wie auch die Sowjetunion die gegnerische Einflussphäre im Nahen Osten respektierten und demzufolge auf ein militärisches Eingreifen verzichteten. Einerseits setzten die beiden Supermächte mit ihrem Verzicht auf eine gewaltsame Lösung erste Zeichen der Entspannung, andererseits weiteten sich die „Spannungen zwischen Ost und West nun auf den ganzen Nahen Osten“⁵ aus.

Mit der Unterstützung Ägyptens hatte die Sowjetunion klar Stellung bezogen und in der arabischen Welt viele Sympathien gewonnen, nicht zuletzt weil sie die Bewegung des arabischen Nationalismus unterstützte und deren Führer mit Waffen belieferte. Im Gegenzug arbeiteten die USA immer stärker mit Israel zusammen. Ihnen lag viel daran, den amerikanischen Einfluss und damit die Stabilität im Nahen Osten aufrechtzuerhalten.

Als Reaktion auf das politische Engagement der UdSSR in dieser Region verkündete der amerikanische Präsident 1957 die „Eisenhower-Doktrin“⁶. Sie enthielt eine Zusicherung amerikanischer Hilfe an die Staaten des Nahen Ostens „gegen jedes Land, das vom internationalen Kommunismus kontrolliert wird.“⁷

Trotzdem schien die „Welle des arabischen Nationalismus“⁸ bereits 1958 Fuss zu fassen. Unter der Führung Nassers schlossen sich Syrien und Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) zusammen und im Irak stürzte die Armee die westlich orientierte Monarchie durch einen Putsch. Nach dem Austritt aus dem Badgadpakt verbündete sich der Irak mit der VAR. Als auch die Regimes im Libanon und in Jordanien bedroht waren, intervenierten amerikanische Einheiten im Libanon und britische in Jordanien. Dadurch war der Vormarsch des arabischen Nationalismus zum Stillstand gekommen und der westliche Einfluss im Nahen Osten bis auf weiteres verteidigt. Ungeachtet des Zusammenbruchs der VAR zwischen Ägypten und Syrien im Jahre 1961 vermochte Nasser, „Israel

¹ Digital Publishing, 1945-1968, Die Suezkrise

² Digital Publishing, 1945-1968, Britisch-französische Luftangriffe in Ägypten

³ Digital Publishing, 1945-1968, Die Suezkrise

⁴ Digital Publishing, 1945-1968, UN-Truppen kontrollieren Port Said

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, S. 258

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, S. 258

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, S. 258

⁸ Boesch, Joseph, Schläpfer, S. 258

durch wechselnde Allianzen mit Irak, Jordanien und Syrien und durch aggressive Drohgebärden unter Druck zu setzen.“¹

15. SPUTNIK-SCHOCK UND WETTRÜSTEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die einzige Atommacht der Erde, was von den Staaten des Ostblocks als existentielle Bedrohung empfunden wurde. Mit dem ersten Atombombentest der UdSSR 1949, verloren die USA ihre Kernwaffenmonopolstellung früher als erwartet. Zwischen Ost und West setzte ein bislang nie dagewesenes Wettrüsten ein, „in dem beide Seiten die Strategie der Atomaren Abschreckung verfolgten.“²

Im Zuge des Wettrüstens konzentrierten sich sowohl die USA als auch die Sowjetunion vorwiegend auf die Entwicklung raketengetriebener Fernwaffen. Ab Mitte der 50er Jahre richteten sie ihre Bestrebungen verstärkt auf den Bau von Interkontinentalraketen aus.³

Schon am 4. Oktober 1957 gelang es der Sowjetunion als erstes Land, einen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu schießen. Der kugelförmige Satellit namens „Sputnik I“⁴ erschütterte das westliche Selbstvertrauen tief, man sprach vom „Sputnik-Schock“⁵. Auf einmal hatte der Westen einen technologischen Rückstand gegenüber der kommunistischen Welt eingefangen. Für die sowjetischen Medien war dieser Überraschungserfolg Grund genug, die Überlegenheit ihres sozialistischen Systems gebührend zu feiern.⁶

Bereits einen Monat später startete die UdSSR ihren zweiten Erdsatelliten. An Bord der Raumkapsel „Sputnik II“⁷ befand sich auch der Hund „Laika“⁸, welcher nach einigen Tagen an Sauerstoffmangel starb. Während Sputnik I noch 83,6 Kilogramm wog, hatte Sputnik II bereits ein sensationelles Gewicht von 508 Kilogramm. Angesichts solch schwerer Satelliten mussten die Sowjets im Besitz riesiger Raketen und neuartigen Treibstoffen sein. Die UdSSR war damit in der Lage, Atombomben von irgend einem Punkt auf der Erde in die USA zu schießen. Ein Abwehrmittel gegen derartige Angriffe gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Ein sowjetischer General meinte dazu folgendes:

„Die Amerikaner müssen die naive Idee aufgeben, dass sie hinter ihren Meeren der Zerstörung und Vernichtung entgehen können, wenn in Europa oder Asien ein Krieg ausbricht. Heute gibt es in der Welt keine Schlucht, keinen Winkel mehr, in die man sich zurückziehen kann.“⁹

Als Reaktion auf diese russischen Erfolge, bewilligte die amerikanische Regierung Milliardenbeträge, um ihren Rückstand auf dem Gebiet der Raumfahrt aufzuholen. Nach einer Reihe von Misserfolgen gelang es der USA erst im Januar 1958, einen Satelliten von 6,3 Kilogramm Gewicht in die Erdumlaufbahn zu schießen. Trotz intensivster Bemühungen seitens der Amerikaner, errangen die Sowjets in den darauffolgenden Jahren weitere Siege im nunmehr ideologischen Wettkampf um die Führungsrolle in der Raumfahrttechnologie. Der Russe Jurij Gagarin umkreiste 1961 als erster Mensch die Erde; etwas später traf eine russische Rakete den Mond. Erst mit der Inbetriebnahme der 3500 Tonnen schweren und 111 m langen Saturnrakete begann sich das Blatt zu Gunsten der Vereinigten Staaten zu

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, S. 258; Zitat: S. 258

² Microsoft Corporation, Rüstungswettkampf

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 219

⁴ Digital Publishing, 1945-1968, Erster Satellit im All

⁵ Digital Publishing, 1945-1968, Erster Satellit im All

⁶ Digital Publishing, 1945-1968, Erster Satellit im All

⁷ Digital Publishing, 1945-1968, Eisenhower will Raumfahrtforschung zentralisieren

⁸ Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz, Weltgeschichte im Bild 9, Das zwanzigste Jahrhundert, Lehrmittelverlag des Kantons Aargau, Buchs 1990, S. 55

⁹ Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz, S. 55

wenden. Am 21. Juli 1969 setzte der Amerikaner Neil Armstrong als erster Mensch seinen Fuss auf den Mond.

Diese Errungenschaften auf dem Gebiet der Raumfahrt wurden von den beiden Supermächten sofort auch auf militärischer Ebene genutzt. Sie schossen zahlreiche Spionagesatelliten ins All, errichteten auf weitgehend unbewohnten Gebieten hunderte von Bunkern mit abschlussbereiten Raketen und auf den Weltmeeren kreuzten raketentragende Unterseeboote. Jede Seite verfügte über genügend Raketen für einen zweiten Schlag, so wagte niemand den ersten Schritt. Das „Gleichgewicht des Schreckens“¹ war erreicht.²

16. DIE ZWEITE BERLINKRISE

1955 wurde die BRD in den Nordatlantikpakt aufgenommen. Entgegen heftigen Widerständen aus dem In- und Ausland stationierte die NATO 1958 Atomwaffen auf bundesdeutschem Gebiet. Dies obwohl die UdSSR ein Jahr zuvor eine atomwaffenfreie Zone in der BRD, der DDR, Polen und der Tschechoslowakei vorsah. Diese Tatsachen zementierten die Teilung Deutschlands.

Chruschtschow nannte Berlin „ein Krebsgeschwür“³, da es bei einem zweigeteilten Deutschland sowohl zum Osten als auch zum Westen gehörte.⁴

Die westliche Anwesenheit bedrohte die Kontrolle der UdSSR über Ostdeutschland, ja über den ganzen von Moskau aus regierten Bereich, weil viele hochqualifizierte Arbeitskräfte das Land in Richtung Westen verliessen. Da die ostdeutsche Regierung befürchtete, dass die Ausreise dieser hochqualifizierten Arbeitskräfte die Wirtschaft der DDR zum Stillstand bringen könnte, unternahm sie alles, um Ostdeutschland vom Westen abzugrenzen. 1958 wurden entlang der ganzen Grenze Stacheldrähte und Wachtürme errichtet, welche rund um die Uhr von Patrouillen bewacht wurden. Die Grenze in Berlin blieb aber weiterhin offen und wurde nun zur Flucht nach Westen genutzt. Jeder Ostdeutsche, der unter irgend einem Vorwand nach Berlin reisen durfte, konnte ohne grosse Hindernisse in den Westen ausreisen.⁵

Dieser Zustand war für die UdSSR unhaltbar. Am 27. November 1958 gaben die Russen ihr Ultimatum bekannt, welches die Teilung Deutschlands in drei Staaten vorsah; die BRD, die DDR und einen freien Staat Berlin. Im Staat Berlin müssten sich alle alliierten Truppen zurückziehen, was aus der Sicht der BRD und der USA zu einer Schwächung der westlichen Position führen sollte.⁶ Dieses Ultimatum gaben die Sowjets erst bekannt, als sie den Westmächten ihre Stärke demonstriert hatten, mit der sie Berlin von der restlichen Welt abschirmen konnten. Eine Luftbrücke, wie in der ersten Berlinkrise, war unmöglich geworden. Die USA kamen deshalb zum Schluss, dass ein durch die Berlinfrage ausgelöster Krieg einen allgemeinen Atomkrieg zur Folge hätte.

Am 11. Dezember 1958 gab Moskau bekannt, dass, falls der ostdeutschen Regierung jemals die Kontrolle übergeben werde, „jeder Versuch, sich gewaltsam einen Weg nach Berlin zu bahnen“⁷ als „Angriff auf die Deutsche Demokratische Republik“⁸ betrachtet werde.

Um ein unabhängiges Westberlin zu bewahren, mussten die Alliierten dafür sorgen, dass Berlin über die Landwege erreichbar blieb. Militärisch gesehen hätten sie Berlin aufgeben müssen, doch dies war

¹ Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz, S. 56

² Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz, S. 55-56

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 259

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 259

⁵ Halle, Louis, S. 348-350

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 259

⁷ Halle, Louis, S. 350

⁸ Halle, Louis, S. 350

politisch nicht unter einen Hut zu bringen, da sie sonst die Menschen in Westberlin verraten hätten. Am 31. Dezember 1958 entschlossen sich daher die Alliierten, in Berlin zu bleiben. Diese Spannung schien über kurz oder lang in einem Krieg auszuarten. Da aber ein Krieg das Risiko mit sich trug, dass dabei die gesamte Menschheit zu Grunde gehen konnte, durfte dies unmöglich die Lösung des Problems sein. Den beiden Regierungen blieb nichts anderes übrig, als abzuwarten, was die andere Seite unternahm und ob diese zuerst ihre Meinung ändern würde. Moskau schlug schliesslich ein Gipfeltreffen vor, bei dem über die Berlinfrage verhandelt werden sollte. Der Westen hatte aber nichts zu verhandeln, da seine Position gegenüber Berlin klar war. Kurz darauf, nachdem die Sowjetunion vier Monate lang behauptet hatte, die Westmächte hätten keinen Anspruch auf Berlin, verlautete Chruschtschow am 19. März: „Ich bin überzeugt, dass die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich tatsächlich für den Verbleib in Berlin gültige Rechte besitzen. Diese Rechte ergaben sich aus der Tatsache der deutschen Kapitulation nach unserem gemeinsamen Kampf gegen Nazi-Deutschland.“¹

Trotz der klaren Position der USA kam es schliesslich und endlich doch noch zu Verhandlungen. Chruschtschow reiste zuerst in die USA und kurz darauf nahm er an einer Gipfelkonferenz in Paris teil. Nach einem Zwischenfall mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug sah sich Chruschtschow veranlasst, das Gipfeltreffen frühzeitig zu verlassen. Der eigentliche Grund seiner verfrühten Abreise war jedoch der, dass er seine Interessen nicht durchzusetzen vermochte. Es gelang ihm nicht, den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulles für seine Seite zu gewinnen.²

17. KENNEDYS NEUER KURS

1961 trat John Fitzgerald Kennedy sein Amt als 35. Präsident der USA an und übernahm damit die Nachfolge Eisenhowers. Kennedy gegenüber schien Chruschtschow weit weniger abgelehnt und nahm den Dialog, der mit dem Abschuss eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges über sowjetischen Gebiet zum Erliegen gekommen war, wieder auf.³ Dies obwohl Kennedy wieder zur konsequenten Eindämmungspolitik gegenüber dem Kommunismus aufrief. In seiner Antrittsrede forderte Kennedy die amerikanische Bevölkerung dazu auf, „zu neuen Grenzen“⁴ aufzubrechen, da die Sowjetunion in den 50er Jahren sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht sehr grosse Fortschritte vorweisen konnte.⁵

Kurz nach seinem Amtsantritt war Kennedy aussenpolitisch schon gefordert, denn zu diesem Zeitpunkt verfolgte die Politik Chruschtschows das Ziel, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen. Kennedy blieb aber in dieser Frage dem harten Kurs seines Vorgängers treu.⁶ Doch nicht nur die Berlinfrage prägte seine Aussenpolitik, sondern auch der sich auf die Drittweltländer ausbreitende Ost-West-Konflikt. Mit Entwicklungsprogrammen versuchten die USA, „den Kampf um die Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung der ‘Dritten Welt’ zu gewinnen“⁷ und so vor dem Kommunismus zu bewahren. Für die Konflikte in den Drittweltländern mussten die USA zwangsläufig umdenken, denn sie konnten unmöglich Verletzungen des Status quo mit atomarer Vergeltung begleichen. Kennedy war der Auffassung, dass die nun vermehrt auftretenden Stellvertreterkriege mit konventionellen Waffen geführt werden sollten, um so die Expansion des Kommunismus einzudämmen.⁸

¹ Halle, Louis, S. 350-355

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 259

³ P.J. Blumenthal, P.M. History, 2/99, S. 38-39

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 259

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 259

⁶ Halle, Louis, S. 386-387

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 260

⁸ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 259-260

18. DIE BERLINER MAUER

1961 wurde die Berlinfrage an einer Gipfelkonferenz in Wien ein letztes Mal aufgerollt. Nach harten Verhandlungen mit Chruschtschow gab Kennedy die „three essentials“¹ bekannt, welche für eine Lösung der Berlinfrage unabdingbar waren. Sie beinhalteten „die weitere militärische Anwesenheit der drei Westmächte in Westberlin, die uneingeschränkte Verbindung zwischen Westberlin und der BRD und die Erhaltung der Freiheit und Lebensfähigkeit von Westberlin.“² Im Grunde genommen hielt man damit an der bestehenden Situation fest, verzichtete aber auf ein Mitspracherecht in Ostberlin.³

Wenig später marschierten Einheiten der SED-Kampftuppen, der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee am 13. August 1961, um 2.30 Uhr, an die Sektorengrenze zwischen West- und Ostberlin, um diese abzuriegeln. Walter Ulbricht, der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, hatte tags zuvor die „Befehle für die Sicherungsmassnahmen an der Staatsgrenze der DDR zu Berlin-West und zur BRD“⁴ unterzeichnet.⁵ Der Beschluss des Ministerrates liess verlauten, dass die Sperrung zur Sicherung des europäischen Friedens und zum Schutz der DDR bewerkstelligt worden war.⁶

Der Bau der 46 km langen Mauer war von Ulbricht im März vorgeschlagen worden. Die SED hatte schon in den 50er Jahren an deren Planung gearbeitet, doch wurde diese von den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts nicht genehmigt. Erst als viele Arbeiter die DDR Richtung Westen verliessen und sich ein wirtschaftlicher Kollaps abzeichnete, stimmte der Warschauer Pakt dem Vorschlag zum Bau der Berliner Mauer zu.⁷ Die Öffentlichkeit wurde erst am 13. August informiert.⁸

Die Abriegelung der Grenze liess nur noch einige offizielle Übergangsstellen offen, die man unter amtlicher Aufsicht passieren konnte. In der Nacht vom 17. auf den 18. August wurde dann mit dem eigentlichen Mauerbau begonnen. Zusätzlich zur Mauer vervollständigten Stacheldrähte, Gräben, Selbstschussanlagen und Minen die hermetische Absperrung.⁹ Da mit dem eigenmächtigen Handeln der ostdeutschen Regierung die Bedingungen der ‘three essentials’ nicht verletzt wurden, verzichtete Kennedy auf eine militärische Intervention. Im Verlaufe der Zeit wurde die ganze Grenze (1392 km) zwischen der DDR und der BRD undurchlässig abgeriegelt.¹⁰

Durch den Bau der „Schandmauer von Berlin“¹¹ litt das Ansehen beider Seiten; das des Westens durch die Zulassung des Mauerbaus, dasjenige des Ostens durch „einen so sichtbaren Beweis der Knechtschaft.“¹²

19. DER KUBA-KONFLIKT

Von 1952 bis 1958 wurde Kuba vom Diktator Fulgencio Batista regiert. Fidel Castro stieg in der Opposition zur Führungspersonlichkeit auf. Bereits 1956 versuchte Castro mit einer 81 Mann starken Guerillatruppe an die Macht zu kommen. Dieses Unterfangen scheiterte, doch Castro schaffte es, mit wenigen seiner Kameraden in die Berge der Sierra Maestra zu flüchten. Trotz seiner personellen Überlegenheit schaffte es Batista nicht, die revolutionäre Bewegung im Keime zu ersticken, sie gewann

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 260

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 260

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 260

⁴ Spiegel Online, Eine Mauer als letzter Ausweg für Ost-Berlin

⁵ Spiegel Online, Eine Mauer als letzter Ausweg für Ost-Berlin

⁶ Spiegel Online, DDR-Ministerrat zum Mauerbau

⁷ Spiegel Online, Mauerbau: von langer Hand geplant

⁸ Spiegel Online, Eine Mauer als letzter Ausweg für Ost-Berlin

⁹ Halle, Louis, S. 388

¹⁰ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 260

¹¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 261

¹² Halle, Louis, S. 388-389; Zitat: S. 388

immer mehr Anhänger. Schliesslich flüchtete Batista 1959 ins Exil, wodurch Castro an die Macht kam.¹

Castro wirtschaftete sein Land innert kürzester Zeit herunter, als Sündenbock mussten die USA herhalten. Indem er Amerika als Gefahr für Kuba deklarierte, versuchte er, das Volk für die Unterstützung seiner revolutionären Ideen zu gewinnen. Kuba, das wirtschaftlich praktisch nur vom Zucker lebte, hatte in den USA einen Abnehmer, der erst noch mehr als der Weltmarktpreis zahlte. Dennoch enteignete Castro amerikanisches Eigentum und befahl allen US-Staatsangehörigen², die Insel zu verlassen, worauf die USA mit dem Abbruch der diplomatischen und konsularischen Beziehungen reagierten.³ Des Weiteren verhängten die USA ein Handelsembargo gegen Kuba.⁴ Das vorher total von den USA abhängige Kuba wandte sich in dieser dramatischen Situation an die UdSSR, die diesem militärisch hervorragend gelegenen Stützpunkt nahe der amerikanischen Grenze nicht widerstehen konnte. Chruschtschow sagte in einer Rede vom 9. Juli 1960: „Falls es notwendig sein sollte, kann die sowjetische Artillerie bildlich gesprochen mit ihrem Raketenfeuer das kubanische Volk unterstützen, falls aggressive Kräfte im Pentagon es wagen sollten, eine Intervention in Kuba zu beginnen. [...] Wir [...] werden alle Mittel einsetzen, um Kuba zu unterstützen.“⁵

Noch vor Ende des Jahres 1961 war Kuba soweit, dass es als Mitglied des kommunistischen Blocks bezeichnet wurde.

Immer mehr kubanische Flüchtlinge erreichten Ende 1960 das amerikanische Festland. Aus diesen Flüchtlingen, deren Zahl nun auf über 100'000 angestiegen war, sollte eine kubanische Exilarmee geformt werden, deren Ziel darin bestand, Castro zu stürzen. Die Flüchtlingsarmee, welche aus gegenrevolutionären Exilkubanern bestand, wurde vom amerikanischen Geheimdienst CIA⁶ heimlich ausgebildet, bewaffnet und organisiert.

Kennedy stimmte der Invasion der exilkubanischen Armee in Kuba zu.⁷ Zuerst bombardierten B-26 Bomber Städte und Flugplätze Kubas, bevor rund 1200 Exilkubaner mit der Unterstützung der CIA am 15. April 1961 in der Bahia de Cochinos (Schweinebucht) an Land gingen. Doch die Invasion war schon am 17. April niedergeschlagen. Das erhoffte Überspringen der Revolution auf die Bevölkerung trat nicht ein, auf beiden Seiten wurde etwa je 200 Menschen getötet und 1'113 Konterrevolutionäre gefangen genommen. Die Invasion in der Schweinebucht war ein Misserfolg auf der ganzen Linie.⁸

20. DIE KUBAKRISE VON 1962

Nach der Niederlage in der Schweinebucht simulierte die US-Army in mehreren Manövern die Eroberung einer Karibikinsel wie Kuba. Auf diese Weise erkannte Chruschtschow, dass die Sowjetunion nicht in der Lage wäre, Kuba bei einem massiven Angriff beizustehen. Deshalb erarbeitete Moskau die „Operation Anadyr“⁹, welche die Stationierung von 24 SS-4- und 16 SS-5-Raketen vorsah, die mit ihrer Reichweite eine Bedrohung für die ganzen Vereinigten Staaten, Kalifornien und der Nordwesten ausgenommen, darstellten. Die ganze Operation sollte geheim gehalten werden, bis die Raketen einsatzbereit waren.¹⁰ Einerseits lag Chruschtschow viel daran, mit der Stationierung der Mittel- und Langstreckenraketen und 44'000 Mann der Roten Armee Kuba vor einem Angriff von aussen zu be-

¹ Kargl, Reinhard, P.M. History, 2/99, S. 35

² ausser 11 Diplomaten

³ Halle, Louis, S. 393-394

⁴ Boesch, Joseph, Schlöpfer, Rudolf, S. 261

⁵ Halle, Louis, S. 394

⁶ Central Intelligence Agency

⁷ Halle, Louis, S. 394-397

⁸ Digital Publishing, 1945-1968, Die Invasion in der Schweinebucht

⁹ Digital Publishing, 1945-1968, Die Kubakrise

¹⁰ Digital Publishing, 1945-1968, Die Kubakrise

schützen. Andererseits verschaffte er der Sowjetunion damit im Ost-West-Konflikt einen strategischen Vorteil gegenüber den USA.¹

Am 28. September 1962 fotografierten amerikanische U2-Aufklärungsflugzeuge sowjetische Frachter, die mit grossen Kisten beladen waren. US-Experten identifizierten die Kisten als Düsenbomber vom Typ Iljuschin 28. Ausserdem vermutete die CIA, dass die Sowjetunion drauf und dran war, Raketen auf Kuba zu installieren. Um ihre Stärke zu demonstrieren, zündete die UdSSR am 19. Oktober 1962 eine Wasserstoffbombe, die der Sprengkraft von etwa 2500 Hiroshima-Atombomben entsprach. Am selben Tag wurden Kennedy Bilder gezeigt, auf denen Abschussrampen für Mittelstreckenraketen zu sehen waren. Diese Mittelstreckenraketen waren sicher nicht als Defensivmassnahme gedacht, da sie innerhalb weniger Minuten New York oder Washington erreichen konnten. Noch am 11. September 1962 hatten die Sowjets den Amerikanern versichert: „Die Waffen und die militärische Ausrüstung in Kuba sind ausschliesslich für Defensivaufgaben vorgesehen.“² Mit der Stationierung der Raketen unmittelbar vor der amerikanischen Küste waren die Sowjets in der Lage, den Schutz des amerikanischen Frühwarnsystems auszuschalten.

Am 18. Oktober 1962 erkannte die CIA, dass sich nebst Basen für Mittelstreckenraketen auch solche für Langstreckenraketen im Bau befanden. Die CIA vermutete weiter, dass die Sowjetunion auch Atomsprengköpfe auf Kuba stationiert hatte. Da die Zukunft seines Landes auf dem Spiel stand, entschloss sich John F. Kennedy zwei Tage später für eine Seeblockade, mit dem Zweck, alle sowjetischen Schiffe mit Waffen an Bord zur Umkehr zu zwingen. Eine Blockade darf laut der UNO nur gegen einen Friedensbrecher verhängt werden. „Um der Blockade einen legalen Anstrich zu geben, nennt Kennedy sie ‘Quarantäne’ - in Anlehnung an Präsident Roosevelts Idee, aggressive Staaten unter Quarantäne zu stellen.“³ An diesem Tag setzte er alle US-Streitkräfte in Alarmbereitschaft.

Am 22. Oktober wandte sich Kennedy in einer Fernsehansprache an die Öffentlichkeit.⁴ Nachdem er die Ereignisse auf Kuba geschildert hatte, sagte er: „Diese geheim und rasch erfolgte aussergewöhnliche Aufstellung kommunistischer Raketen in einem Gebiet, das für seine besonderen und historischen Verbindungen zu den Vereinigten Staaten bekannt ist [...] ist eine vorsätzliche, provokative und ungerechtfertigte Änderung des Status quo, den dieses Land nicht hinnehmen kann. [...] Daher muss es unser unerschütterliches Ziel sein, den Einsatz dieser Raketen gegen dieses oder jedes Land zu verhindern und sicherzustellen, dass sie aus der westlichen Hemisphäre zurückgenommen oder vernichtet werden.“⁵ Zu diesem Zweck und zur Verhinderung der Lieferung weiterer militärischen Angriffswaffen hatte Kennedy die Seeblockade angeordnet.

Kennedy warnte Chruschtschow davor, dass jede von Kuba aus abgeschossene Rakete auf ein in der westlichen Hemisphäre liegendes Land, als ein sowjetischer Angriff auf die Vereinigten Staaten angesehen werde, der eine Vergeltung an Russland erfordere. Kennedy sprach: „Ich fordere den Vorsitzenden Chruschtschow auf, dieser heimlichen, rücksichtslosen und herausfordernden Drohung ein Ende zu bereiten und sie zu beseitigen [...] und an der historischen Aufgabe mitzuarbeiten, das gefährliche Wettrüsten zu beenden und die Geschichte der Menschheit zu ändern.“⁶

An die 100 amerikanische Kriegsschiffe bildeten eine Blockade um Kuba, als sich am 24. Oktober 1962, um 10 Uhr, sowjetische Schiffe der amerikanischen Sperrzone näherten. Bevor die sowjetischen Schiffe den Befehl aus Moskau zur Umkehrung hatten, stand die Welt am Rande eines 3. Weltkriegs, der wohl auch das Ende der Menschheit bedeutet hätte.

Am 27. Oktober schlug die Sowjetunion den Tausch vor, dass die Amerikaner ihre Jupiterraketen aus der Türkei zurückziehen sollten und sie als Gegenleistung ihre aus Kuba. An diesem Tag wurde über

¹ Microsoft Corporation, Kubakrise

² Weiner, Monika, P.M. History, 2/99, S. 47

³ Weiner, Monika, P.M. History, 2/99, S. 49

⁴ Weiner, Monika, P.M. History, 2/99, S. 47-51

⁵ Halle, Louis, S. 398

⁶ Halle, Louis, S. 398-399; Zitat: S. 399

Kuba ein amerikanisches U2-Aufklärungsflugzeug abgeschossen, was eine amerikanische Vergeltung zur Folge hätte haben können, doch Kennedy verzichtete darauf. Unter der Bedingung, dass die Amerikaner keinen Angriff auf Kuba unternehmen würden, erklärte sich Chruschtschow am 28. Oktober 1962 bereit, die Raketen auf Kuba abziehen. Damit war die Krise zu Ende.

In Chruschtschows Erinnerungen heisst es darüber: „Die beiden mächtigsten Nationen der Welt waren zum Kampf gegeneinander angetreten, jede mit dem Finger auf dem Knopf. Man hatte gedacht, dass ein Krieg unvermeidlich war. ... Doch die Episode endete mit einem Triumph des gesunden Menschenverstandes.“¹

Die beiden Grossmächte reagierten auf die Krise mit der Entwicklung eines effizienten Krisenmanagements, so richteten sie beispielsweise den „heissen Draht“² zwischen Moskau und Washington ein. Zudem bedeutete dies den Beginn einer Verständigung auf dem Weg zur Rüstungskontrolle und einer weltweiten Entspannungspolitik.³

III. Entspannung und Koexistenz (1963-1985)

1. ÜBERBLICK

In den 60er und 70er Jahren kam es zu einer erneuten Entspannungsphase zwischen den beiden Grossmächten. Dafür verantwortlich waren verschiedene Faktoren: Der Schock der Kuba-Krise, das atomare Gleichgewicht, der Rückschlag der USA in Vietnam sowie die Verschärfung des chinesisch-sowjetischen Konflikts. Wirtschaftliche Interessen waren eine weitere Triebfeder zur Einleitung der Entspannungspolitik. Während der Osten den Anschluss an die technische Entwicklung im Westen nicht verpassen wollte, interessierte sich der Westen für die neuen Absatzmärkte im Osten.

Die Phase der Entspannung war eng verbunden mit Abrüstung. Einerseits wollten die beiden Supermächte die Rüstungsausgaben senken, andererseits die Gefahr eines offenen Konfliktes herabsetzen. Die Zeit war jedoch geprägt durch Stellvertreterkriege in Asien, Afrika und Mittelamerika.

Als Folge der Entspannung unterzeichneten die USA und die UdSSR 1972 das SALT-I-Abkommen und 1975 die KSZE-Schlussakte von Helsinki.

Mit dem NATO-Doppelbeschluss und dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan kam die Entspannungspolitik zu einem vorläufigen Stillstand. Die vom Westen als Reaktion beschlossenen Boykottmassnahmen und das Ende der gemeinsamen Rüstungssteuerung führte zu einer erneuten massiven Aufrüstung. Ausschlaggebend dafür war wohl auch das von Reagan vorgeschlagene Programm zur Errichtung eines umfassenden Abwehrsystems (SDI), welches das atomare Gleichgewicht in Frage stellte.

¹ Weiner, Monika, P.M. History, 2/99, S. 51-53

² Microsoft Corporation, Kubakrise

³ Microsoft Corporation, Kubakrise

2. DER CHINESISCH-SOWJETISCHE KONFLIKT

1958 brach zwischen der Sowjetunion und China ein Konflikt aus, der seinen Ursprung in der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte. Damals nannten die Chinesen die Russen „fremde Teufel“¹, weil sie ihnen mit den „Ungleichen Verträgen“² grosse Gebiete abgenommen hatten. Mao Tse-tung, der Präsident der Volksrepublik China, sagte daher einmal während eines Interviews, „Chinas unmittelbares Interesse sei es, alle verlorenen Gebiete wiederzugewinnen.“³

Die Ursache, dass es erst so spät zum Ausbruch des Konfliktes kam, war der Kalte Krieg und der chinesisch-amerikanische Konflikt in Korea. Durch ihn war Mao gezwungen, sich an die Sowjetunion anzulehnen. Ab 1960 kam es zum offenen Konflikt zwischen China und der Sowjetunion und während den 60er Jahren wies die chinesisch-sowjetische Grenze am Amur die höchste Militärkonzentration weltweit auf. Die Höhepunkte der Spannungen stellten bewaffnete Auseinandersetzungen an den Flüssen Ussuri und Amur sowie 1969 in Sinkiang dar.⁴

1958 versuchte Mao mit dem „Grossen Sprung nach vorn“⁵, Chinas Wirtschaft voranzutreiben. Der ‚Grosse Sprung‘ enthielt eine strenge Kontrolle für die Wirtschaft, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern sowie eine Einschränkung des Verbrauches und die massive Vorantreibung der Industrialisierung.⁶

Als Folge des chinesisch-sowjetischen Konfliktes näherte sich China zunehmend den USA an, was 1972 zu einem Besuch Nixons in Peking führte. Blockpolitisch bedeutete der chinesisch-sowjetische Konflikt eine Spaltung des sozialistischen Lagers. China zählte nicht mehr zum Ostblock „...und die Möglichkeiten kleinerer Staaten, die Rivalitäten für die Durchsetzung eigener Interessen auszunutzen, haben zugenommen.“⁷ Zudem hat sich eine Annäherung kapitalistischer und kommunistischer Staaten als möglich erwiesen.⁸

3. DIE BEWEGUNG DER BLOCKFREIEN

Seit dem Beginn der Blockbildung wehrten sich die blockfreien Staaten gegen eine „Einordnung in das starre Ost-West-Schema.“⁹ Sie bildeten einen „lockeren Zusammenschluss von Staaten, die während des Kalten Krieges keinem der beiden von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion angeführten Machtblöcke angehörten.“¹⁰

Auf Initiative des indischen Ministerpräsidenten Nehru trafen sich vom 18. bis 24. April 1955 Abgesandte aus 23 asiatischen und 6 afrikanischen Staaten im indonesischen Bandung. Es handelte sich dabei um Staaten, die weder dem westlichen noch dem östlichen Bündnissystem angehörten und sich gesellschaftlich wie auch politisch stark voneinander unterschieden.

Als Ergebnis der Konferenz verabschiedeten die 29 Staaten mehrere Resolutionen. In einer verurteilten sie „jede Form von Kolonialismus und Rassendiskriminierung und forderten die Achtung der Charta der Vereinten Nationen.“¹¹ In einer weiteren Resolution sprachen sie sich für „den Abbau der

¹ Rosenkranz, Paul, S. 48

² Rosenkranz, Paul, S. 48

³ Rosenkranz, Paul, S. 48; Zitat: S.48

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. S. 263

⁵ Microsoft Corporation, China

⁶ Microsoft Corporation, China

⁷ Rosenkranz, Paul, S. 52

⁸ Rosenkranz, Paul, S. 52

⁹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 264; Zitat: S. 264

¹⁰ Microsoft Corporation, Blockfreie Staaten; Zitat: Blockfreie Staaten

¹¹ Digital Publishing, 1945-1968, Die Bandung-Konferenz

Spannungen zwischen den Machtblöcken, eine allgemeine Abrüstung und ein Verbot von Kernwaffen“¹ aus. Dies vor allem aufgrund der sich verhärtenden Positionen zwischen Ost und West, was eine allgemeine Besorgnis hervorrief.

Als wichtigste Persönlichkeiten erwiesen sich die Ministerpräsidenten Nehru (Indien), Nasser (Ägypten), Chou En-lai (China) und der Gastgeber Sukarno (Indonesien). In der Konferenz von Bandung wurden auch erstmals Forderungen der Dritten Welt nach Gleichberechtigung und Gleichbehandlung gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten laut. Der „Geist von Bandung“² trug massiv zum Entkolonialisierungsprozess in Afrika und Asien bei.³ Aus den Ergebnissen der Konferenz bildete sich anfangs der 60er Jahre die Bewegung der Blockfreien Staaten.⁴

Während der Gründungsphase dieser Bewegung übernahmen Jugoslawien, Ägypten und Indien die Führungsrolle, bis diese mit der ersten Gipfelkonferenz zwischen dem 1. und 5. September 1961 in Belgrad abgeschlossen wurde. Bei dieser Gipfelkonferenz waren 24 Staaten durch ihre Staatschefs vertreten. „Die politische Basis der Blockfreien war eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Unabhängigkeit gegenüber den Grossmächten und Bündnissen in Ost und West und der Unterstützung der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen – vor allem in der Dritten Welt.“⁵

Die Bewegung der Blockfreien blieb aber schwach und zersplittert, obwohl sich die dazugehörenden Staaten in zahlreichen Konferenzen organisierten.⁶

4. BEGINN DER ENTSPANNUNG

Bereits mit dem Tod Stalins 1953 kam es zu einer ersten Entspannungsperiode. Diese war vor allem auf Chruschtschow zurückzuführen, der seine These der friedlichen Koexistenz formulierte. Ereignisse wie die ungarische Revolution von 1956 und die Kubakrise von 1962 stellten einen herben Rückschlag dar. Danach kam es zu einer erneuten Phase der Entspannung.⁷ „Die Beziehungen der USA zur UdSSR verbesserten sich, während sich die Lage in Südostasien verschlechterte.“⁸

Die UdSSR war wegen ihres Konfliktes mit China, die USA wegen des Vietnamkrieges gezwungen, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, vor allem seitens der Sowjetunion, und das neu entstandene Gleichgewicht der atomaren Abschreckung trugen ebenfalls zu dieser Entspannung bei. Entspannungspolitik schloss aber Methoden wie Spionage, Subversion und Propaganda zur „Aufweichung des gegnerischen Blocks“⁹ nicht aus. Bedeutend für die Entspannung war vielmehr die Tatsache, dass die beiden Grossmächte die gegnerische Einflussphäre respektierten.

Bereits 1961 hatte US-Präsident John F. Kennedy den Kalten Krieg für beendet erklärt und im weiteren Verlauf seiner Regierungszeit wurde ein „heisser Draht“¹⁰ zwischen Moskau und Washington eingerichtet, um sich in Konflikten wie der Kubakrise besser verständigen zu können. Des Weiteren wurde ein Atomstoppabkommen vereinbart, welches nur noch unterirdische Atomversuche duldete. Ausserdem schlossen Lyndon B. Johnson, der neue US-Präsident, und Leonid Breschnew einen „Ver-

¹ Digital Publishing, 1945-1968, Die Bandung-Konferenz

² Digital Publishing, 1945-1968, Die Bandung-Konferenz

³ Digital Publishing, 1945-1968, Die Bandung-Konferenz

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 264

⁵ Digital Publishing, 1945-1968, Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Belgrad; Zitat: Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Belgrad

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 264

⁷ Microsoft Corporation, Entspannungspolitik

⁸ Microsoft Corporation, Vereinigte Staaten von Amerika

⁹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 264

¹⁰ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 265

trag über die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen¹ ab. Dieses Abkommen brachte aber weder eine Abrüstung mit sich noch konnte es sich international durchsetzen, diente es doch der Sowjetunion wie auch den USA lediglich dazu, ihren Rüstungsvorsprung zu festigen.²

Zu einem erneuten Aufflackern der Spannungen kam es, als die Sowjetunion 1968 in die Tschechoslowakei einmarschierte.³ Breschnew, der damalige Generalsekretär der KPdSU, rechtfertigte den Einmarsch damit, dass „sozialistische Staaten dann in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten des sozialistischen Lagers eingreifen dürften, wenn das gemeinsame politische System bedroht sei.“⁴ Dies ging als die „Breschnew Doktrin“⁵ in die Geschichte ein.⁶

Mit Richard Nixon als Präsident kam es ab 1969 zu einem Wechsel in der US-Aussenpolitik. Zusammen mit Henry A. Kissinger, seinem engsten aussenpolitischen Berater, setzte er sich für die Beendigung des Vietnamkrieges und bessere Beziehungen zu China sowie der UdSSR ein.⁷ Nixon und Kissinger entwickelten ein Konzept einer Entspannungspolitik, „die auf dem Gleichgewicht der drei wichtigsten Weltmächte USA, UdSSR und Volksrepublik China beruhte.“⁸ Zusammen betrieben sie eine äusserst machtorientierte Politik. Kissinger ging davon aus, „dass die Sowjetunion eine expansionistische und militärisch ebenbürtige Macht sei.“⁹ Seiner Ansicht nach, bestand die Aufgabe der USA darin, diese in Schach zu halten. Dies schien ihm aber nur unter der Bedingung möglich, dass die USA bessere Beziehungen zu China und der Sowjetunion pflegten, als die beiden kommunistischen Mächte untereinander besaßen. Unter diesen Umständen schien es Kissinger möglich, beide an sich zu binden und auch einen gewissen Druck auf sie auszuüben.

Kissinger, der ein Bewunderer Bismarcks war, verstand es, Probleme nicht isoliert zu betrachten, sondern Spielraum für deren Lösung zu schaffen.

In der Folge waren die USA sehr engagiert, ihre Beziehungen zur Sowjetunion und China zu verbessern. 1970 nahmen sie daher den diplomatischen Kontakt, den Johnson abgebrochen hatte, weil er China als Verbündeten Nordvietnams betrachtete, wieder auf. Noch während des Vietnamkrieges stattete Nixon Peking 1972 einen Besuch ab.¹⁰ Im Mai des selben Jahres besuchte er auch Moskau, wo er und Breschnew verschiedene Abkommen über Abrüstung und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichneten. Zweifellos am bedeutendsten war der Abschluss des SALT-I-Vertrages. Abschliessend gaben beide Seiten ihren Willen zu einer Fortsetzung der Entspannungspolitik und der gemeinsamen Anstrengungen für eine Abrüstung bekannt.¹¹ Gleichzeitig intensivierten sich auch die sowjetisch-amerikanischen Handelsbeziehungen auf spektakuläre Weise.

Um einen Rückfall zur Konfrontationspolitik zu vermeiden, wurde die Gleichgewichtspolitik der drei Mächte durch ein „Netz von Verträgen, Abrüstungsvereinbarungen und Wirtschaftsbeziehungen“¹² ergänzt. Der Handel zwischen Ost und West erlebte zwischen 1970 und 1979 einen grossen Zuwachs. Zu dieser Zeit hatte der Osten mit Versorgungsengpässen zu kämpfen, ihre Getreideproduktion reichte für die Nutztierhaltung nicht aus. So kam es, dass die USA grosse Exporte in den Osten tätigten, waren sie doch an Unruhen oder Versorgungsengpässen im Ostblock nicht interessiert, da diese der Entspannung oder gar dem Weltfrieden geschadet hätten. Der Osten war aber unfähig in gleichem Masse zu exportieren. Es kam daher zu einer negativen Handelsbilanz gegenüber dem Westen und schliess-

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 265

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 264-265

³ Microsoft Corporation, Entspannungspolitik

⁴ Microsoft Corporation, Breschnew, Leonid Iljitsch

⁵ Microsoft Corporation, Breschnew, Leonid Iljitsch

⁶ Microsoft Corporation, Breschnew, Leonid Iljitsch

⁷ Microsoft Corporation, Nixon, Richard Milhous

⁸ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 265

⁹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 265

¹⁰ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 265

¹¹ Digital Publishing, 1945-1968, Nixon besucht die Sowjetunion

¹² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 265

lich zu einer massiven Verschuldung des Ostens.¹

5. DER PRAGER FRÜHLING

Nach dem Tod Stalins im Jahre 1953 und insbesondere nach dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 setzte in der Sowjetunion sowie den meisten anderen Staaten des Ostblocks eine „Tauwetterperiode“² ein. Die seit 1948 unter kommunistischer Führung stehende Tschechoslowakei war von dieser politischen Liberalisierung weitgehend unberührt geblieben. Dafür verantwortlich war vor allem der amtierende Partei- und Staatschef Antonin Novotny, der am orthodoxen Kurs festhielt und sich gegen politische Reformen aussprach.

Nachdem es im Herbst 1967 zu innenpolitischen Unruhen, Studentendemonstrationen und Angriffen auf die politische Führung seitens des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes gekommen war, wurde Novotny am 5. Januar 1968 als Parteichef der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KPC) abgesetzt und durch den Reformpolitiker Alexander Dubcek ersetzt. Wenig später verlor Novotny auch das Amt des Staatspräsidenten, welches an General Ludvik Svoboda ging.

Die neue Führung sah ein umfassendes politisches Reformprogramm unter dem Schlagwort „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“³ vor. Darin eingebettet waren „Pressefreiheit und Aufhebung der Zensur, Demokratisierung, Versammlungsfreiheit, Abbau des Zentralismus und wirtschaftliche Reformen mit einem Abrücken von der Planwirtschaft.“⁴ Obwohl diese Reformen beabsichtigten, das Machtmonopol der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei einzuschränken, wurde das betreffende Reformprogramm verabschiedet und der neue Ministerpräsident Oldrich Cernik begann sogleich mit dessen Umsetzung.

Doch die rasche innenpolitische Liberalisierung in der Tschechoslowakei stiess besonders in der Sowjetunion auf heftige Ablehnung; daran änderte auch die Beteuerung der tschechoslowakischen Regierung nichts, die versicherte, dass sie weiterhin im Warschauer Pakt sowie im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe mitarbeiten wolle. Währenddessen befürchteten die Regierungen der DDR und Polens ein „Übergreifen der Liberalisierungswelle“⁵ auf ihre Länder. Dies veranlasste die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes, den Druck auf die Tschechoslowakei zu verschärfen, um den Reformkurs aufzuhalten oder zumindest abzubremesen.

Trotz intensivsten Bemühungen seitens der Sowjetunion und ihren Verbündeten liess sich der Reformkurs nicht mehr aufhalten, hatte er doch sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Partei längst an Eigendynamik gewonnen. Den Höhepunkt dieser Eigendynamik bildete das am 27. Juni 1968 veröffentlichte „Manifest der 2000 Worte“⁶. Das Manifest, welches in den darauffolgenden Wochen von über 10'000 Menschen unterschrieben wurde, griff das ab 1948 vorherrschende kommunistische System in der CSSR an, verurteilte die alte KP-Führung wegen Inkompetenz sowie Korruption und forderte zu Streiks, Demonstrationen und Boykotten auf. Da diese Aufforderungen eine Gefährdung der neuen Reformpolitik darstellten, distanzierte sich die tschechoslowakische Regierung von dem Manifest. Auch Moskau war der Ansicht, dass die Situation in der Tschechoslowakei langsam aber sicher ausser Kontrolle gerate. In einem gemeinsamen Brief an die Führung der KPC wiesen die Sowjetunion, Bulgarien, Polen, Ungarn und die DDR darauf hin, dass die momentane Entwicklung in der CSSR „gemeinsame Angelegenheit aller kommunistischen Staaten“⁷ sei und sie eine „Lostrennung der

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 265-266

² Pfetsch, Frank, S. 104

³ Pfetsch, Frank, S. 105

⁴ Pfetsch, Frank, S. 105

⁵ Pfetsch, Frank, S. 105

⁶ Pfetsch, Frank, S. 105

⁷ Pfetsch, Frank, S. 106

Tschechoslowakei von der sozialistischen Gesellschaft¹ nicht dulden würden.

Die Lage verschärfte sich zusehends, auch wenn die Führung der tschechoslowakischen KP weiterhin ihre Verbundenheit mit den anderen sozialistischen Ländern beteuerte und bilaterale Verhandlungen mit der Sowjetunion führte. Es folgten verschiedene Konferenzen und Gespräche, doch die dem Reformkurs kritisch gegenüberstehenden Warschauer-Pakt-Staaten waren nicht gewillt, diesen hinzunehmen. Daran änderten weder die offenkundige Unterstützung der Bevölkerung für die Reform noch die Verhandlungsbemühungen der tschechoslowakischen Regierung etwas.

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 marschierten sowjetische Boden- und Luftlandetruppen in der Tschechoslowakei ein. Unterstützt wurde die Sowjetunion von Truppenkontingenten der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens. Zwar verurteilte die tschechoslowakische Regierung die Invasion als Verstoß gegen die staatliche Souveränität und das Völkerrecht, gleichzeitig forderte sie aber die Armee und die Bevölkerung auf, keinen Widerstand zu leisten.

Obschon bei der Invasion an die 70 Menschen ihr Leben verloren, beschränkte sich die Zivilbevölkerung auf gewaltlosen Widerstand und einen einstündigen, landesweiten Generalstreik. Im Nachhinein rechtfertigte die Sowjetunion ihr Vorgehen, welches weltweit heftig verurteilt wurde, mit der sogenannten „Breschnew-Doktrin“² von der „begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten“³ und der „gemeinsamen internationalen Pflicht zur Verteidigung des Sozialismus.“⁴

Einige Reformpolitiker, darunter Parteichef Dubcek, wurden wenige Stunden nach der militärischen Intervention nach Moskau gebracht, wo sie sich bereit erklären mussten, die Reform rückgängig zu machen, die Zensur wiedereinzuführen und der Stationierung sowjetischer Truppen zuzustimmen. Als Gegenleistung durften sie vorerst im Amt bleiben, weil nur sie das Vertrauen der Bevölkerung besaßen.

Am 14. Oktober 1968 wurde die dauerhafte Stationierung sowjetischer Streitkräfte in der Tschechoslowakei vertraglich besiegelt. Nach einiger Zeit, als sich die ganze Aufregung wieder etwas gelegt hatte, unternahm die KPC umfangreiche Säuberungsaktionen. Dabei wurde der Parteivorsitzende Alexander Dubcek von Gustav Husak abgelöst und schliesslich aus der Partei ausgeschlossen. Unter der Führung Husaks, der im Mai 1975 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, verfolgte die CSSR eine Politik der „Normalisierung“⁵ gegenüber der Sowjetunion und hielt den von ihr vorgegebenen Kurs ein. Dies änderte sich erst 1989, als sich in der Tschechoslowakei ein Regimewechsel vollzog.⁶

6. BRANDTS OSTPOLITIK

Ab 1955 verhärtete die „Hallsteindoktrin“⁷ das Ost-West-Verhältnis in Europa deutlich. Sie war ein „ausserpolitisches Prinzip der deutschen Bundesregierung zur Durchsetzung ihres völkerrechtlich begründeten Alleinvertretungsanspruchs für das gesamte deutsche Volk.“⁸ Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen eines Landes zur DDR hatte einen Abbruch der Beziehungen mit der BRD zur Folge, da dies als „unfreundlicher Akt“⁹ empfunden wurde.¹⁰ Mit dem Bau der Berliner Mauer war klar geworden, dass Adenauer mit seinen Bestrebungen zu einer Wiedervereinigung des getrennten

¹ Pfetsch, Frank, S. 106

² Pfetsch, Frank, S. 107

³ Pfetsch, Frank, S. 107

⁴ Pfetsch, Frank, S. 107

⁵ Pfetsch, Frank, S. 107

⁶ Pfetsch, Frank, S. 104-107

⁷ Microsoft Corporation, Hallsteindoktrin

⁸ Microsoft Corporation, Hallsteindoktrin

⁹ Microsoft Corporation, Hallsteindoktrin

¹⁰ Microsoft Corporation, Hallsteindoktrin

Deutschlands gescheitert war. Im Zuge der Entspannung bestand ab 1963 die Gefahr, dass die Grossmächte über die Köpfe der Deutschen hinweg entschieden. Die starre Haltung der BRD schien immer weniger angemessen.¹

Eine Änderung der Ostpolitik trat aber erst ab 1969 unter der Regierung von Willy Brandt ein. Sein erklärtes Ziel war es, die Beziehungen zum Osten wesentlich zu verbessern und mit Verträgen dauerhaft zu sichern. „In einer deutsch-deutschen Annäherung sah er den Indikator für eine Entspannung des Ost-West-Konflikts.“² Ein Gewaltverzichtsvertrag mit der UdSSR, ein weiterer, der die Grenzenerkennung Polens beinhaltete und der „Grundlagenvertrag“³ von 1972 mit der DDR schufen zusammen mit anderen Verträgen korrekte Beziehungen zwischen den kommunistischen Staaten und der BRD. Ausserdem ermöglichten sie die gleichzeitige Aufnahme der DDR und BRD in die UNO. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wurden intensiviert, ebenso die menschlichen Kontakte. Zudem wurde das Provisorium in Berlin parallel dazu verlängert: Die Sowjetunion garantierte den Zugang zu Westberlin und akzeptierte eine enge politische Verbindung Westberlins mit der BRD.⁴

Die Ostpolitik Brandts stellte aber stets eine Gratwanderung zwischen Annäherung an den Osten, ohne den Westen zu verärgern, und Annäherung an den Westen, ohne den Osten zu verärgern, dar. Seine Politik war stets vom Wohlwollen der westlichen Verbündeten abhängig. So wurde die Bundesregierung auch vermehrt von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges auf ihre noch bestehenden Souveränitätsrechte hingewiesen.⁵

7. SALT UND KSZE

SALT: Am 1. November 1969 kam es in Helsinki zu Vorgesprächen über eine Begrenzung strategischer Rüstung („Strategic Arms Limitation Talks – SALT“⁶). Sowohl die Sowjetunion als auch die USA hatten schon lange auf ein solches Treffen hingearbeitet. US-Präsident Johnson hatte bereits am 27. Januar 1967 den Vorschlag für bilaterale Gespräche zur Begrenzung der Atomrüstung vorgeschlagen. Nach einigen Monaten liess auch die UdSSR ihr Interesse an solchen Gesprächen erkennen.⁷

Am 16. April 1970 wurde die „Konferenz über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT)“⁸ in Wien eröffnet. Zur Unterzeichnung des SALT-I-Vertrages kam es schliesslich während eines Staatsbesuches von Nixon in Moskau. Helsinki und Wien dienten neben verschiedenen Abrüstungs- und Entspannungsvereinbarungen als Vorbereitung für die Unterzeichnung in Moskau.

Der SALT-I-Vertrag verpflichtete die beiden Supermächte „die Zahl ihrer ballistischen Raketenabwehrsysteme (ABM) zu begrenzen.“⁹ Dies war nötig, da das atomare Gleichgewicht nur funktionierte, solange beide die Möglichkeit eines Vergeltungsschlages (Zweitschlagkapazität) besaßen. Besitzt aber eine Macht ein umfassendes Abwehrsystem gegen die Raketen, so besteht die Gefahr, dass sie der Versuchung des Erstschlages erliegt.¹⁰ Deshalb durften ABM-Anlagen, mit Ausnahme fester landgestützter Systeme, weder getestet noch entwickelt werden. Der Vertrag enthielt ausserdem Vorgaben, die zur Einhaltung der Beschränkungen dienten, und ein zeitlich befristetes Abkommen über die An-

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 266

² Digital Publishing, 1945-1968, Ostpolitik der Regierung Brandt; Zitat: Ostpolitik der Regierung Brandt

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 266

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 266

⁵ Digital Publishing, 1945-1968, Ostpolitik der Regierung Brandt

⁶ Digital Publishing, 1945-1968, Sowjetisch-amerikanische SALT-Runde eröffnet

⁷ Digital Publishing, 1945-1968, Sowjetisch-amerikanische SALT-Runde eröffnet

⁸ Digital Publishing, 1945-1968, SALT-Konferenz in Wien feierlich eröffnet

⁹ Digital Publishing, 1945-1968, Unterzeichnung der SALT-Verträge; Zitat: Unterzeichnung der SALT-Verträge

¹⁰ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 267

zahl land- und seegestützter Interkontinentalraketen.¹

Der SALT-II-Vertrag wurde am 18. Juni 1979 unterzeichnet. Er legte „eine genaue zahlenmässige Begrenzung jeden Typs und Untertyps der strategischen Trägermittel fest und führte zu jedem Typ spezielle Definitionen an.“² In ihm wurde die Vernichtung sämtlicher Trägermittel, die die vorgeschriebene Zahl überschritt, festgelegt, Tests und Weiterentwicklung bestimmter Trägermittelkategorien wurden aber nicht verhindert. Der SALT-II-Vertrag trat jedoch nie in Kraft, da er beim US-Senat auf heftigen Widerstand stiess. Dennoch hielten sich die Sowjetunion und die USA stillschweigend an die Abmachung.³

KSZE: „Das wichtigste Resultat und der Höhepunkt der Entspannungspolitik war wohl die *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE*.“⁴

Die erste Konferenz wurde am 3. Juli 1973 in Helsinki mit Vertretern aus 35 Staaten eröffnet. Für das Zustandekommen dieser Konferenz, an der auch die USA und Kanada teilnehmen sollten, hatte sich besonders die Sowjetunion eingesetzt.

Wie zu erwarten war, erwiesen sich die Verhandlungen als äusserst schwierig, weshalb man sie bereits im August vertagte. Im September griff man in Genf die Verhandlungen wieder auf. Diese zogen sich hin bis in den Sommer 1975.⁵ Ihr Ende stellte die Unterzeichnung der „Schlussakte von Helsinki“⁶ am 1. August 1975 dar.⁷ Sie wurde von allen europäischen Staaten (ausser Albanien), den USA und Kanada unterzeichnet. Man einigte sich auf folgende Schwerpunkte:

- „Souveräne Gleichheit und Enthaltung von Gewalt: Die KSZE-Staaten versicherten sich gegenseitig ihrer Achtung vor der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit.“⁸ Man vereinbarte, die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen. In diesem Sinne sollten auch Grenzänderungen nur noch friedlich gelöst werden. In innere Konflikte eines KSZE-Staates wollte man nicht eingreifen.
- „Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten.“⁹
- Die Mitglieder der Militärbündnisse verpflichteten sich grössere Militärmanöver mindestens drei Wochen im Voraus anzukündigen und Beobachter aller KSZE-Staaten zu den Manövern einzuladen.
- „Die Teilnehmerstaaten bekannnten sich zu dem angestrebten Ziel einer vollständigen allgemeinen Abrüstung der ganzen Welt unter strenger internationaler Kontrolle zur Erreichung des Weltfriedens.“¹⁰
- Eine engere Zusammenarbeit der KSZE-Staaten in Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Umwelt und im humanitären Sektor sollte angestrebt werden.
- Die Unterzeichnerstaaten gingen die Verpflichtung ein, in Zukunft die Massstäbe der Schlussakte bei allen Verhandlungen anzuwenden und um die Verständigung der Völker voranzutrei-

¹ Digital Publishing, 1945-1968, Unterzeichnung der SALT-Verträge

² Microsoft Corporation, SALT

³ Microsoft Corporation, SALT

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 267

⁵ Digital Publishing, 1945-1968, Eröffnungssitzung der KSZE in Helsinki

⁶ Digital Publishing, 1945-1968, KSZE-Schlussakte unterzeichnet

⁷ Digital Publishing, 1945-1968, KSZE-Schlussakte unterzeichnet

⁸ Digital Publishing, 1945-1968, KSZE-Schlussakte unterzeichnet

⁹ Digital Publishing, 1945-1968, KSZE-Schlussakte unterzeichnet

¹⁰ Digital Publishing, 1945-1968, KSZE-Schlussakte unterzeichnet

ben, weitere KSZE-Gipfel zu organisieren.¹

Aufgrund der Nichteinhaltung der Menschenrechte entstanden daraufhin in den meisten kommunistischen Ländern Bürgerrechtsbewegungen, die sich auf die Schlussakte beriefen. Diese Bewegungen erhielten in den Folgekonferenzen der KSZE (seit 1995 OSZE) immer mehr Rückendeckung und trugen entscheidend zum Zusammenbruch des Ostblocks bei.²

8. CARTERS MENSCHENRECHTS-POLITIK

Nach Gerald Ford, der das Amt des US-Präsidenten von Richard Nixon 1974 übernommen hatte, folgte mit Jimmy Carter ein aussenpolitisch unerfahrener Präsident.³

Gegenüber den kommunistischen Staaten und den Diktaturen Lateinamerikas machte Carter die Einhaltung der Menschenrechte zum Massstab. So rief er beispielsweise „in Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1980 zu einem internationalen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau auf.“⁴ Aufgrund seiner Menschenrechtspolitik versuchte er, „Entspannungs- und Gleichgewichtspolitik mit moralischen Zielsetzungen zu verbinden – und scheiterte.“⁵ Entgegen den Annahmen der Sowjetunion war Carters Politik nicht einseitig gegen den Ostblock gerichtet, vielmehr versuchte er, eine engere Zusammenarbeit mit den demokratischen und progressiven Kräften der blockfreien Staaten zu erreichen.⁶

Unter Carter distanzieren sich die USA gegenüber menschenrechtswidrigen Regierungen und versuchten, ihre Beziehungen zu Kuba, China und Panama zu normalisieren. Carters Politik war aber bruchstückhaft, unkoordiniert und teilweise unglaubwürdig, da sie auch strategisch wichtige Staaten wie den Iran ausklammerte, die besonders hinsichtlich der Eindämmung des sowjetischen Einflusses von grosser Bedeutung waren.

„In Europa zweifelte man am amerikanischen Schutz und zeigte sich beunruhigt über ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen West und Ost im Rüstungsbereich.“⁷ Dies auch weil Carter den Bau einer Neutronenbombe, welche als wirksame Waffe zur Verteidigung Europas gegen sowjetische Panzerverbände angesehen wurde, verworfen hatte. Als die Sowjetunion ab 1976 mit der Installation von mobilen Mittelstreckenraketen mit hoher Zielgenauigkeit und grosser Reichweite begonnen hatte, beschlossen die NATO-Staaten eine massive Steigerung ihrer Rüstungsausgaben, um dem zunehmenden Ungleichgewicht entgegenzuwirken. Alles in Allem blieb der Ost-West-Konflikt aber während der Zeit Carters „in der Schwebe zwischen Entspannung und Rückfall in den Kalten Krieg.“⁸

9. DER VIETNAMKRIEG

Ausgangslage: Auf der Genfer Konferenz von 1954 unterzeichneten Frankreich und Nordvietnam ein Waffenstillstandsabkommen. Damit ging der französische Indochinakrieg zu Ende. Das Genfer Abkommen beinhaltete die Teilung Vietnams in Nord und Süd entlang des 17. Breitengrades. Der nördliche Teil ging somit an den kommunistisch orientierten Vietminh, der südliche Teil blieb unter der von Frankreich gestützten Regierung der Republik Vietnam. Erst für 1956 waren gesamtvietnamesische

¹ Digital Publishing, 1945-1968, KSZE-Schlussakte unterzeichnet

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 267

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 267-268

⁴ Microsoft Corporation, Carter, Jimmy; Zitat: Carter, Jimmy

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 268

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 268

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 268

⁸ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 268-269; Zitat: S. 269

Wahlen zur Wiedervereinigung des Landes vorgesehen.¹

Nordvietnam stand zu diesem Zeitpunkt unter der Führung Ho Chi Minhs und erhielt von der Sowjetunion, den europäischen Ostblockstaaten und der Volksrepublik China massive Unterstützung. Angesichts dieser Umstände sahen sich die USA gezwungen, die Ausbreitung des Kommunismus auf den Süden zu verhindern, weshalb sie ihr Engagement in Südvietnam verstärkten und Frankreich schon 1955 als Schutzmacht ablösten. Mit amerikanischer Schützenhilfe gelang es dem südvietnamesischen Regierungschef Ngo Dinh Diem, ein autoritäres Regime zu errichten und seine Gegner zu unterdrücken. Diems Regime fand bei der grösstenteils bäuerlichen Bevölkerung aber nur wenig Unterstützung. Dies war mitunter ein Grund, weswegen er die für 1956 angesetzten Wiedervereinigungswahlen zum Scheitern brachte, musste er doch befürchten, dass die Kommunisten als Sieger hervorgehen würden.²

Mit Guerillaaktionen ging der südvietnamesische Vietcong³ ab 1957 sowohl gegen Diems Regime als auch gegen amerikanische Militäreinrichtungen vor, unterstützt wurde er dabei von Nordvietnam. Seinen Nachschub erhielt der Vietcong über den Ho-Chi-Minh-Pfad, einem Nachschubsystem aus den Zeiten des Indochinakrieges. 1960 entstand aus dem Vietcong die „Nationale Befreiungsfront von Südvietnam“⁴, eine von Nordvietnam abhängige politische Organisation.

Aufgrund der zunehmenden Angriffe des Vietcong sicherten die USA der Regierung in Saigon⁵ ihre volle Unterstützung zu. Dies bekräftigten sie im April 1961, als sie mit Südvietnam einen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag abschlossen.⁶ Wenige Monate zuvor hatte US-Präsident John F. Kennedy der Vietnamfrage oberste Priorität für den freien Westen eingeräumt. In Südvietnam sollte mit massiver amerikanischer Hilfe ein „Bollwerk gegen den Kommunismus“⁷ errichtet werden. Im südostasiatischen Raum hatten sich die USA bisher darauf beschränkt, dem Kommunismus mit ihrer Eindämmungspolitik entgegenzuwirken, nun sollte Südvietnam als Basis für eine aktive Zurückdrängungspolitik („roll back policy“⁸) dienen. Schon 1960 waren zu diesem Zweck 2000 Militärberater nach Südvietnam entsandt worden.⁹ Ab Dezember 1961 verstärkte Kennedy die militärische Präsenz der USA kontinuierlich. Ein Jahr später waren bereits 11'200 US-Soldaten in Südvietnam stationiert.¹⁰

In politischer Hinsicht war Kennedy zur Überzeugung gelangt, dass der Konflikt durch das unpopuläre Diem-Regime nicht mehr zu gewinnen und eine neue Regierung mit breiter Volksunterstützung dringend notwendig war. 1963 wurde Diem in einem von den USA gebilligten Militärputsch gestürzt. Doch die Amerikaner wurden auch von den nachfolgenden Regierungen schwer enttäuscht.

Bereits beim Amtsantritt Johnsons befanden sich weite Teile Südvietnams unter der Kontrolle des Vietcong. Angesichts der drohenden Niederlage sah sich Johnson gezwungen, den Fall des „Domino-steins“¹¹ Südvietnam mit allen Mitteln zu verhindern. Er war der Auffassung, dass dies nur gelänge, wenn amerikanische Truppen massiv ins Geschehen eingriffen und sie den nordvietnamesischen Nachschub für die Guerillas im Süden abschnitten. Dabei durfte Nordvietnam unter keinen Umständen besetzt werden, weil sonst mit dem Eingreifen sowjetischer oder chinesischer Truppen zu rechnen war.¹²

¹ Digital Publishing, 1945-1968, Waffenstillstand zwischen Frankreich und Vietnam

² Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

³ vietnamesische Kommunisten

⁴ Front National de Libération du Viet-nam Sud, auch NFL genannt. Aus: Microsoft Corporation, Vietcong

⁵ Hauptstadt Südvietnams, wird heute Ho-Chi-Minh-Stadt genannt.

⁶ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

⁷ Digital Publishing, 1945-1968, Das amerikanische „Engagement“ in Vietnam

⁸ Digital Publishing, 1945-1968, Die „Domino-Theorie“ für Südostasien

⁹ Digital Publishing, 1945-1968, Das amerikanische „Engagement“ in Vietnam

¹⁰ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

¹¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 274

¹² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 274

Der amerikanische Vietnamkrieg: Der Vietnamkrieg eskalierte schliesslich Anfang August 1964, als nordvietnamesische Torpedoboote zwei US-Zerstörer im Golf von Tonking angriffen. Gefolgt wurde der „Tonking-Zwischenfall“¹ von einer durch den US-Kongress verabschiedeten Resolution, mit der Präsident Lyndon B. Johnson praktisch eine uneingeschränkte Vollmacht zur Kriegsführung gegen Nordvietnam erhielt.

Im Februar 1965 begannen die USA mit der systematischen Bombardierung strategisch wichtiger, militärischer und wirtschaftlicher Ziele in Nordvietnam. Ferner richteten sich ihre Luftangriffe auch gegen den durch Laos und Kambodscha führenden Ho-Chi-Minh-Pfad, über den der Vietcong nach wie vor mit Nachschub aus dem Norden versorgt wurde.

Inzwischen hatten die USA ihre Truppenverbände stetig vergrössert, bis Ende 1965 waren bereits 185'000 Mann in Vietnam stationiert und Ende 1968 schon 543'000. Ausserdem wurden die amerikanischen und südvietnamesischen Truppen von SEATO-Verbänden² aus Australien, Neuseeland, Südkorea und weiteren Staaten unterstützt. Trotz der zahlenmässigen und materiellen Überlegenheit gelang es ihnen nicht, eine entscheidende Wende herbeizuführen. Präsident Johnson signalisierte daraufhin mehrmals Verhandlungsbereitschaft, was in Nordvietnam jedoch auf Ablehnung stiess.

Die Bombenangriffe auf Nordvietnam waren mittlerweile sogar noch intensiviert worden, so dass die nordvietnamesische Wirtschaft und Infrastruktur weitgehend zerstört und das Land auf Militär- und Wirtschaftshilfe aus China und der Sowjetunion angewiesen war. In Südvietnam bekämpften die USA den Vietcong mit massiven Hubschraubereinsätzen und grossflächigen Einsätzen von Napalmbomben und des Entlaubungsmittels „Agent Orange“³. Damit sollte dem Vietcong der natürliche Schutz des Dschungels genommen werden. Einen militärischen Gesamtsieg konnten die Amerikaner aber trotzdem nicht herbeiführen. Die US-Verluste beliefen sich bis November 1967 bereits auf 15'058 Tote und 109'058 Verwundete. Infolge der steigenden Zahl der Opfer wurden in den USA erste Forderungen laut, den jährlich 25 Milliarden Dollar verschlingenden Krieg sofort zu beenden.

Die Tet-Offensive: Am 30. Januar 1968 unternahm der Vietcong, unterstützt von nordvietnamesischen Soldaten, die völlig überraschende „Tet-Offensive“⁴. Dabei wurden zahlreiche südvietnamesische Städte und US-Militärstützpunkte angegriffen. Am folgenden Tag erfolgte ein von mehreren Seiten gleichzeitig ausgeführter Grossangriff auf die Hauptstadt Saigon. Es kam zu heftigen, verlustreichen Gefechten. Die Offensive des Vietcong endete zwar in einer schweren Niederlage, verdeutlichte aber die nicht zu unterschätzende Schlagkraft der kommunistischen Truppen und die Hilflosigkeit der USA gegenüber einem Guerillakrieg.⁵ Die Kriegstaktik der Amerikaner war darauf ausgerichtet, den Gegner durch die Zerstörung seiner Industrieanlagen kampfunfähig zu machen. In Vietnam gab es aber kaum Industrie und der Kampf der Vietcong stützte sich vornehmlich auf die bäuerliche Bevölkerung.⁶

Nach der Tet-Offensive verschärfte sich die Kritik an der amerikanischen Vietnampolitik. Vor allem der Einsatz chemischer Kampfstoffe und die Angriffe auf die vietnamesische Zivilbevölkerung wurden sowohl in den USA als auch weltweit in Frage gestellt.⁷ Zudem setzte sich bei den amerikanischen Politikern langsam aber sicher die Erkenntnis durch, „dass der Vietnamkrieg militärisch von den USA nicht zu gewinnen war.“⁸ Auf amerikanischer wie auch auf nordvietnamesischer Seite war die Verhandlungsbereitschaft gestiegen. Im März 1968 stellte Präsident Johnson die Luftangriffe auf Nord-

¹ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

² South Eastern Treaty Organization

³ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

⁴ An diesem Tag begann das siebentägige buddhistische Neujahrsfest (Tet). In den vorausgegangenen Kriegsjahren war die jeweils vereinbarte Waffenruhe eingehalten worden. Aus: Digital Publishing, Das 20. Jahrhundert, 1968-1996, Digital Publishing, München 1996, Vietkong-Offensive in Südvietnam

⁵ Digital Publishing, 1968-1996, Vietkong-Offensive in Südvietnam

⁶ Digital Publishing, 1945-1968, Das amerikanische „Engagement“ in Vietnam

⁷ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

⁸ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 275

vietnam ein, um so die von der Regierung in Hanoi geforderte Bedingung für die Aufnahme von Friedensgesprächen zu erfüllen. Zugleich verzichtete Johnson im Präsidentschaftswahlkampf auf eine erneute Kandidatur.

Während der Krieg in Südvietnam unvermindert weiterging, nahmen die USA und Nordvietnam am 10. März 1968 Waffenstillstandsverhandlungen in Paris auf. Obschon die Südvietnamesen und der Vietcong ab 1969 auch an den Verhandlungen teilnahmen, wurden vorerst keine Ergebnisse erzielt.

Vietnamisierung des Krieges: Um das Ende des amerikanischen Engagements in Vietnam in die Wege zu leiten, verkündete Präsident Richard M. Nixon wenige Monate nach seinem Amtsantritt ein Programm zur „Vietnamisierung“¹ des Krieges. Nixons Programm beinhaltete den stufenweisen Abzug von 90'000 US-Soldaten bis Ende 1969, den Ausbau der südvietnamesischen Streitkräfte und die allmähliche Übertragung der Kriegsführung an die Saigoner Regierung.

Die Pariser Verhandlungen blieben auch nach dem Tod Ho Chi Minhs im September 1969 und dem Abbau der amerikanischen Streitmacht ergebnislos. Als Verhandlungsgrundlage forderte Nordvietnam weiterhin den vollständigen Abzug der US-Truppen aus Vietnam.²

1970 weiteten die USA den Krieg auf Kambodscha und 1971 auf Laos aus. Sie beabsichtigten damit, den Vietcong seiner Operationsbasen in den Grenzgebieten dieser beiden Ländern zu berauben und seinen Nachschub aus Nordvietnam abzuschneiden. Dieser zusätzliche militärische Druck sollte zudem die nordvietnamesische Verhandlungsbereitschaft in Paris steigern.³ Weder der Einmarsch der US-Truppen in Kambodscha noch die Bombardierung Laos erwiesen sich als militärisch erfolgreich. Beide Aktionen stiessen weltweit auf Empörung und führten zu einer Verschärfung der antiamerikanischen Proteste.

Proteste in den USA: Je länger der Krieg andauerte und je mehr Einzelheiten über die amerikanische Vietnampolitik bekannt wurden, desto grösseren Zuwachs verzeichnete die breite Friedensbewegung, die sich in den USA aus Protest gegen die amerikanische Kriegsführung formiert hatte. Die Friedensbewegung richtete sich nicht zuletzt gegen die von US-Soldaten an der vietnamesischen Bevölkerung begangenen Greuelthaten, wie beispielsweise das Massaker von My Lai. Mit der Veröffentlichung geheimer Dokumente des amerikanischen Verteidigungsministeriums im Jahre 1971 geriet die Vietnampolitik der USA erneut ins Kreuzfeuer der Kritik.

Erneute Eskalation: Nachdem die Pariser Friedensverhandlungen am 23. März 1972 vorläufig gescheitert waren, starteten die Nordvietnamesen wenige Tage später eine breitangelegte Offensive gegen Südvietnam. Daraufhin reagierte die amerikanische Luftwaffe mit verheerenden Bombenangriffen auf Nordvietnam. Zudem wurden die wichtigsten nordvietnamesischen Häfen vermint, um den Nachschub aus China und der Sowjetunion abzuschneiden. Wiederrum sollte die Regierung in Hanoi unter Druck gesetzt und zu Zugeständnissen gezwungen werden.⁴

Präsident Nixon hatte bei seinem Amtsantritt versprochen, für einen baldigen Frieden einzutreten. Um wenigstens einen Teil seines Versprechens einzuhalten, beugte er sich im Sommer 1972 dem innen- und aussenpolitischen Druck, indem er sämtliche amerikanische Infanteriekampfeinheiten aus Vietnam abzog. Zum Schutz von US-Militärbasen blieben lediglich 40'000 Soldaten stationiert. Bereits bei der „Osteroffensive“⁵ im März dieses Jahres hatten die US-Bodentruppen nicht mehr ins Kampfgeschehen eingegriffen.⁶

Als ab Oktober 1972 vertrauliche Friedensgespräche zwischen dem amerikanischen Sicherheitsberater

¹ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

² Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 277

⁴ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

⁵ Digital Publishing, 1968-1996, Die letzten US-Bodentruppen verlassen Vietnam

⁶ Digital Publishing, 1968-1996, Die letzten US-Bodentruppen verlassen Vietnam

Henry Kissinger und dem nordvietnamesischen Unterhändler Le Duc Tho aufgenommen wurden, schien eine Übereinkunft in greifbarer Nähe. Doch schon Mitte Dezember gerieten die Verhandlungen ins Stocken, worauf Nixon eine heftige Luftattacke gegen Hanoi und Haiphong anordnete – die schwerste seit Beginn des Krieges. Die Attacke ging unter dem Namen „Christmas Bombing“¹ in die Geschichte des Vietnamkrieges ein.

Vorläufiger Frieden: Als die USA ihre Luftangriffe nördlich des 20. Breitengrades eingestellt hatten, wurden die Friedensgespräche zwischen Kissinger und Le Duc Tho in Paris fortgesetzt. Schon am 27. Januar 1973 unterzeichneten die Vertreter der USA, Südvietnams, Nordvietnams und der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams (Vietcong) ein Waffenstillstandsabkommen. Das Abkommen forderte die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und den Abzug sämtlicher amerikanischen Truppen binnen 60 Tagen, die Herausgabe aller Kriegsgefangenen und die Anerkennung der entmilitarisierten Zone als provisorische Grenze. Ausserdem sollte die Einhaltung des Friedens von einer internationalen Kontrollkommission überwacht werden. Schliesslich sollte ein „Nationaler Versöhnungsrat“² bestehend aus Vertretern der südvietnamesischen Regierung, der Provisorischen Revolutionsregierung sowie anderer Oppositionsgruppen ins Leben gerufen werden, um allgemeine Wahlen in Südvietnam vorzubereiten, was jedoch scheiterte. Des Weiteren billigte das Abkommen den Verbleib von 145'000 nordvietnamesischen Soldaten in Südvietnam.³ Der Waffenstillstandsvertrag entpuppte sich jedoch in vielen Punkten als undurchführbar oder zu unpräzise formuliert. Für Präsident Nixon hingegen erwies sich der Vertrag als Glücksfall. Ihm bot sich die Möglichkeit, seine Streitkräfte aus Vietnam zurückzuziehen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren.⁴ Bis Ende März 1973 hatten die USA sämtliche Truppen aus Vietnam abgezogen. Dennoch stellten sie Südvietnam nach wie vor wirtschaftliche und militärische Hilfe in Aussicht.⁵

Der Bürgerkrieg: Trotz der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages gingen die Kämpfe zwischen kommunistischen Einheiten und südvietnamesischen Regierungstruppen in unverminderter Härte weiter. Beide Seiten waren darauf aus, ihre Gebiete zu verteidigen beziehungsweise auszuweiten.

Ohne die Unterstützung von US-Bodentruppen geriet die südvietnamesische Armee aber zusehends ins Hintertreffen. Anfang Dezember 1974 leiteten die kommunistischen Truppen die Schlussoffensive gegen Saigon ein. In den frühen Morgenstunden des 30. Aprils 1975 marschierte der Vietcong in der südvietnamesischen Hauptstadt ein; noch am selben Tag endete der Vietnamkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation der südvietnamesischen Regierung.⁶ Mehr als ein Jahr später, am 2. Juli 1976, erfolgte die Proklamation der Sozialistischen Republik Vietnam, womit der gesamtvietnamesische Staat wiederhergestellt war.⁷

Auswirkungen: Im Vietnamkrieg wurden schätzungsweise 200'000 südvietnamesische und 56'000 amerikanische Soldaten sowie 5'000 Angehörige der SEATO-Verbänden getötet. Auch auf kommunistischer Seite hatte der Krieg 920'000 Soldatenleben gefordert. Weit erschreckender war aber die hohe Zahl an Opfern unter der Zivilbevölkerung: In Nordvietnam kamen 350'000 Zivilisten ums Leben, in Südvietnam gar 450'000. Schuld daran waren vorwiegend die Flächenbombardements der US-Luftwaffe, die ganze Landstriche entvölkert hatten.⁸

Darüber hinaus wurde auch das Land Vietnam arg in Mitleidenschaft gezogen: Die ganze Wirtschaft und Infrastruktur war zerstört, was sich in den massiven wirtschaftlichen Problemen der Nachkriegs-

¹ Weihnachtsbombardement. Aus: Digital Publishing, 1968-1996, Erneut US-Bomben auf Nordvietnam

² Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

³ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

⁴ Digital Publishing, 1968-1996, Vietnam-Abkommen unterzeichnet

⁵ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

⁶ Digital Publishing, 1968-1996, Südvietnam kapituliert vor Vietcong

⁷ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

⁸ Digital Publishing, 1968-1996, Der Vietnamkrieg

zeit widerspiegelte, und der grossflächige Einsatz von Napalm und Entlaubungsmitteln rief massive, zum Teil nicht wiedergutzumachende ökologische Schäden hervor.¹

10. LAOS UND KAMBODSCHA

Als die USA den Vietnamkrieg auf Laos und Kambodscha ausweiteten, zerstörten sie das labile Gleichgewicht in dieser Region. Schon bald gerieten die beiden Staaten unter kommunistische Herrschaft.

Der kambodschanische Staatschef Prinz Sihanouk hatte einen neutralistischen Kurs eingeschlagen, um sein Land aus den Kampfhandlungen herauszuhalten.² Dabei musste er mit ansehen, wie nordvietnamesische und Vietcong-Streitkräfte die Neutralität Kambodschas zunehmend missbrauchten. Im März 1970 gelang es General Lon Nol, Prinz Sihanouk durch einen Militärputsch zu stürzen. Lon Nols Armee nahm sogleich die Bekämpfung der Vietcong-Truppen in den Grenzgebieten in Angriff, worauf die Nordvietnamesen, gefolgt von amerikanischen und südvietnamesischen Truppen, ins Land einfielen. In den folgenden zwei Jahren wurde Kambodscha zu einem Schlachtfeld des Vietnamkrieges. Während Lon Nols Armee von den Vereinigten Staaten und Südvietnam beliefert und von ihrer Luftwaffe unterstützt wurde, bekämpften Anhänger der kommunistischen Partei der Khmer sein Regime. Die sogenannte „Rote Khmer“³ wurde dabei von Nordvietnam und Prinz Sihanouk unterstützt. Bis 1975 befand sich ganz Kambodscha unter der Kontrolle der Roten Khmer.

Das nun folgende Regime unter der Führung von Pol Pot führte eine Zwangsumsiedlung der gesamten städtischen Bevölkerung auf das Land durch, womit eine grossangelegte wirtschaftliche Umformung nach den Richtlinien Chinas unternommen werden sollte. Zusätzlich bemühte sich das Regime, den Maoismus einzuführen. Regimekritiker wurden von der Roten Khmer gnadenlos hingerichtet. Über eine Million Menschen hatten infolge dieser Brutalität ihr Leben verloren.⁴

Um dem Schreckensregime Pol Pots ein Ende zu setzen, eroberte Vietnam anfangs 1979 grosse Gebiete Kambodschas. Das Land erhielt eine von Vietnam gestützte Marionettenregierung und wurde somit zu einem Satelliten Vietnams. Die unter der Führung der Roten Khmer stehenden Truppen der Opposition operierten von nun an aus den Gebieten nahe der thailändischen Grenze. Unterstützt wurden sie von China, das Vietnam noch vor Ablauf eines Monats in einen kurzen, aber heftigen Zweifrontenkrieg verwickelte. Nur dank sowjetischer Unterstützung konnten die Vietnamesen dieser „doppelten Bedrohung durch China und durch die ‘Roten Khmer’“⁵ standhalten. Erst als die Sowjetunion unter Gorbatschow diese wirtschaftliche und militärische Hilfe einstellte, zogen sich die Vietnamesen vollständig aus Kambodscha zurück. Kambodscha blieb aber auch in der Folge ein Krisenherd.

Ein ähnliches Schicksal ereilte das arme und dünnbesiedelte Laos. Fast zur selben Zeit, als in Kambodscha die Rote Khmer die Herrschaft übernahm, ging auch in Laos die Macht an die kommunistischen „Pathet Lao“⁶. Gefolgt wurde diese Machtübernahme von der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages mit Vietnam im Jahre 1977. Dieser Vertragsschluss machte Laos ebenfalls zu einem von vietnamesischen Truppen kontrollierten Satelliten.⁷

¹ Microsoft Corporation, Vietnamkrieg

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 277

³ Microsoft Corporation, Kambodscha

⁴ Microsoft Corporation, Kambodscha

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 279

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 278

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 278-279

11. NUKLEARE AUFRÜSTUNG

Die Sowjetunion war laut Experten der NATO durch die Modernisierung ihrer in Europa stationierten Mittelstreckenraketen im Begriff, ein Übergewicht auf dem Kontinent zu gewinnen.¹ Am 12. Dezember 1979 beschlossen die NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel ein Nachrüstungsprogramm, den sogenannten „NATO-Doppelbeschluss“². Als Antwort auf die anhaltende Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen, beauftragten die Mitgliedstaaten der NATO die USA gemäss diesem Beschluss mit der Produktion von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern vom Typ Cruise Missile. Bis 1983 sollten neue Verhandlungsgespräche zu deutlichen Abrüstungsschritten führen, ansonsten würde die NATO ihre Waffensysteme in den westeuropäischen Ländern stationieren.³

Die Abrüstungsgespräche wurden durch den NATO-Doppelbeschluss nachhaltig belastet und die Sowjetunion reagierte mit dem Vorwurf, die USA provoziere ein Wettrüsten. Ein Vergleich der beiden Grossmächte war fast unmöglich, da die russischen Raketen wohl ganz Europa nicht aber die USA und die amerikanischen Raketen die UdSSR bedrohten. Zudem musste die Sowjetunion immer auf einen Zwei- oder Mehrfrontenkrieg gefasst sein, was den Vergleich auch nicht einfacher machte. Ausserdem behauptete die Sowjetunion, dass das Übergewicht gar nicht bestehe, wenn man die seegestützten sowie die britischen und französischen Raketen miteinbeziehe. Kurz nach dem NATO-Doppelbeschluss eröffnete die Sowjetunion den Krieg in Afghanistan.⁴

Am 29. Juni 1982 begannen in Genf die sogenannten „START-Verhandlungen“⁵ über den Abbau strategischer Waffen. Die START-Verhandlungen wurden im November 1983 abgebrochen, weil die Amerikaner damit begonnen hatten, die im NATO-Doppelbeschluss angekündigten Raketen in Westeuropa zu stationieren.⁶

Die Stationierung der Raketen wurde von riesigen Friedensdemonstrationen begleitet. Die Protestaktionen konzentrierten sich vor allem auf deutsches Gebiet, da ein Krieg wahrscheinlich auf dem Boden der beiden deutschen Staaten ausgetragen worden wäre.⁷

12. AFGHANISTAN

Am 27. Dezember 1979, kurz nach dem NATO-Doppelbeschluss, besetzten sowjetische Truppen die afghanische Hauptstadt Kabul.⁸

Aus historischer Sicht hätte die UdSSR erkennen müssen, dass Afghanistan kaum zu erobern ist. Schon im 19. Jahrhundert hatten es die Engländer dreimal versucht; ausser einem Vertrag mit Afghanistan als Pufferstaat zwischen der Sowjetunion und dem United-Kingdom hatte dabei aber nichts herausgeschaut.

Durch einen Staatsstreich gelangte die kommunistische Partei Afghanistans am 27. April 1978 an die Macht. Die kommunistische Partei war jedoch nur schwach in der Bevölkerung verankert. Grosse Teile der afghanischen Bevölkerung war dem aus dem Iran kommenden, islamischen Fundamentalismus näher. Diese Spannungen zwischen der kommunistischen Regierung und dem islamischen Fun-

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 285

² Digital Publishing, 1968-1996, NATO-Mitgliedstaaten beschliessen Nachrüstung

³ Digital Publishing, 1968-1996, NATO-Mitgliedstaaten beschliessen Nachrüstung

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 286

⁵ START: Strategic Arms Reduction Talks

⁶ Digital Publishing, 1968-1996, Beginn der START-Verhandlungen

⁷ Digital Publishing, 1968-1996, Friedensdemonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss

⁸ Digital Publishing, 1968-1996, Sowjets besetzen Afghanistan

damentalismus führten im Sommer 1978 zu einem Bürgerkrieg.¹

Der ausbrechende Bürgerkrieg veranlasste die Sowjets, Truppen nach Kabul zu entsenden, um die kommunistische Partei zu unterstützen. Die Zahl der Soldaten erreichte innerhalb weniger Wochen 90'000 Mann. Gleichzeitig belieferten die USA die Widerstandskämpfer mit Waffen. Damit war die Phase der Ost-West-Entspannung endgültig vorbei.

Die Invasion löste scharfe Kritik aus, was sich darin zeigte, dass die USA die Ratifizierung des SALT-II- Abkommens verweigerten und ein Exportverbot für hohe Technologie sowie ein Getreideembargo gegen die UdSSR verhängten.² Am 14. Januar 1980 forderte die UNO Vollversammlung die Sowjetunion auf, Afghanistan sofort zu verlassen.³

Während sich die afghanischen Widerstandskämpfer an den pakistanischen Grenzgebieten behaupteten und immer wieder Verstärkung aus den in Pakistan stationierten Flüchtlingslagern bekamen, kontrollierte die Sowjetunion mit ihrer Armee die grossen Städte und die wichtigsten Verkehrswege.

Weil der Afghanistankrieg eine schwere Belastung für die Sowjetunion darstellte und den Reformkurs Gorbatschows gefährdete, bezeichnete ihn Gorbatschow als „unsere blutige Wunde“⁴. Das Ansehen der UdSSR litt vor allem in den Entwicklungsländer und in Asien.⁵

Am 14. April 1988 unterzeichneten die Vertreter der Konfliktparteien in Genf die Beendigung des Afghanistan-Konflikts. Sowohl die USA als auch die UdSSR verpflichteten sich, sich künftig nicht mehr in den Konflikt einzumischen. Bis am 15. Februar 1989 musste die Sowjetunion alle Truppen abgezogen haben.⁶

Als die Sowjets unter Gorbatschow den Truppenabzug wie vereinbart einhielten, war beinahe ein Jahrzehnt seit Beginn des Konflikts vergangen. Der Krieg forderte etwa 1,2 Millionen Opfer unter der Zivilbevölkerung und vertrieb mehrere Millionen Menschen aus Afghanistan. Die Sowjets hinterliessen ein total zerstörtes Land. Obwohl der Bürgerkrieg mit dem Abzug der sowjetischen Truppen noch nicht beendet war, mischten sich die USA und die Sowjetunion nicht mehr in das Kriegsgeschehen ein.⁷

13. DER NEUE KURS REAGANS

Ronald Wilson Reagan wurde 1980 zum 40. US-Präsidenten gewählt. Schon unter seinem Vorgänger Jimmy Carter war das Ende der Entspannung sichtbar geworden. 1979, nach dem Sturz des Schahs von Persien, verstärkte Carter die Militärbasen im Mittleren Osten und im Indischen Ozean. Carter baute eine mobile Eingreiftruppe auf und kündigte in seiner „Carter-Doktrin“⁸ die „vitalen Interessen im Persischen Golf an.“⁹

Reagans Wahlsieg war mit dem Wunsch der Amerikaner verbunden, eine radikale Erneuerung im Inneren zu erreichen und zugleich eine „Politik der Grösse und der Stärke“¹⁰ zu betreiben. Reagan forcierte die Aufrüstung vor allem deshalb, weil die USA ihren Einfluss im Iran verloren hatten und

¹ Rosenkranz, Paul, S. 203-205

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 286-288

³ Rosenkranz, Paul, S. 203-205

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 288

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 288-289

⁶ Digital Publishing, 1968-1996, Afghanistan-Abkommen unterzeichnet

⁷ Rosenkranz, Paul, S. 206

⁸ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 289

⁹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 289

¹⁰ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 289

die UdSSR einen Krieg in Afghanistan führte.

Als Folge der Aufrüstung verdoppelte Reagan das Rüstungsbudget innerhalb von fünf Jahren. Das von Reagan vorgeschlagene Abwehrsystem SDI stellte nicht nur das Mächtegleichgewicht und das SALT-I-Abkommen in Frage, es provozierte auch ein erneutes Wettrüsten.

Reagan versuchte eine Politik der Stärke zu betreiben und scheute vor Konfrontationen mit dem Kommunismus nicht zurück. Politiker in Reagans Administration glaubten sogar, dass es möglich sei, einen Atomkrieg zu gewinnen und fassten eine „atomare Enthauptung“¹ der Sowjetunion ins Auge. Sie wurden dabei aber vom Kongress gebremst. Daraufhin begnügten sich die USA, ihre Stärke gegen schwache Gegner wie Libyen und Grenada zu demonstrieren, denn die Abschreckung der Sowjetunion sei nur durch ein entschlossenes Handeln seitens der USA zu erreichen. Beim Angriff auf Libyen hoffte Reagan, einen Beitrag zur internationalen Terrorismusbekämpfung zu leisten, indem er den Diktator Gaddafi exemplarisch bestrafte. Grosse Erfolge in Reagans Politik blieben aber aus. Ausserdem hatte Reagan die Tendenz, seine Aussenpolitik mit dem Feind-Freund-Schema zu vereinfachen und durch Kreuzzüge gegen Bösewichte an Popularität zu gewinnen.²

14. ABKEHR VON DER ABSCHRECKUNGSSTRATEGIE

Während gut drei Jahrzehnten bauten die USA und die Sowjetunion ihre Zweitschlagkapazität kontinuierlich aus. Mit den in gesicherten Stellungen stationierten Interkontinentalraketen sollten beide Seiten auf einen möglichen Erstschat des Gegners antworten und ihm das gleiche Schicksal bereiten können. Dies sollte die beiden Länder vor dem Gebrauch der Nuklearwaffen abhalten. Sowohl die USA wie auch die Sowjetunion erstrebten und gewannen eine vielfache „overkill capacity“³, womit sie theoretisch in der Lage waren, die gegnerische Bevölkerung gleich mehrmals auszulöschen. Mitte der achtziger Jahre kamen die beiden Supermächte allmählich zur Einsicht, dass das „Gleichgewicht des Schreckens“⁴ eine Bedrohung für die gesamte Menschheit darstelle und durch eine andere Politik ersetzt werden müsse. Allerdings verfolgten sie gänzlich entgegengesetzte Wege, um aus dieser Sackgasse des nuklearen Wettrüstens herauszukommen.

Während die Sowjetunion für einen schrittweisen Abbau sämtlicher Nuklearwaffen war, setzten die USA unter Reagan auf den Plan der „Strategic Defense Initiative“⁵ (SDI). Das SDI sollte ein vom Weltraum aus operierendes Abwehrsystem werden, das mittels Laser-Waffen jede Rakete bereits im Anflug zerstört. Interkontinentale Nuklearraketen würden dadurch keine Bedrohung mehr darstellen.⁶

„Das SDI-System sollte ursprünglich eine Verteidigung auf mehreren Stufen ermöglichen und hochentwickelte Waffentechnologien, von denen sich einige erst in einem sehr frühen Entwicklungsstadium befanden, einsetzen. Ziel der SDI war die Zerstörung von gegnerischen Flugkörpern auf halbem Weg, oberhalb der Erdatmosphäre. Die Waffen, die für dieses umfangreiche Abwehrsystem benötigt würden, umfassen weltraum- und bodengestützte, Laserstrahlen erzeugende Kernwaffen, subatomare Teilchenstrahler und computergestützte, von Magnetschienenwaffen abgefeuerte Geschosse, die von einem zentralen Supercomputer gesteuert würden.“⁷ Damit widersprach das SDI-Programm jedoch dem SALT-I-Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion, welcher eine Militarisierung des Welt- raumes untersagte. Ausserdem bot dieses neuartige Abwehrsystem nur Schutz gegen Langstreckenra- keten, nicht aber gegen see- und luftgestützte Raketen. Kritiker warfen Reagan vor, er wolle das atomare Gleichgewicht ausser Kraft setzen.

¹ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 289

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 289-290

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 290

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 290

⁵ Strategische Verteidigungsinitiative. Aus: Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 291

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 290

⁷ Microsoft Corporation, SDI

Die Kosten für ein derartiges Programm sollten sich auf mehrere hundert Millionen Dollar belaufen, was mitunter ein Grund war, weshalb die NATO-Partner einer Teilnahme eher skeptisch gegenüberstanden.¹ Auch die Sowjetunion befand sich in der Zwickmühle. Sie hatte nun zu entscheiden, ob sie diesen erneuten, kostspieligen Rüstungswettkampf trotz schwerer Wirtschaftskrise mitgehen oder ob sie ihn durch eine radikale Wende ihrer Aussenpolitik verhindern wollte.²

15. NICARAGUA, GRENADA UND PANAMA

Nicaragua: Nachdem der Unruheherd Kuba weitgehend isoliert werden konnte, blieb der „Hinterhof der USA“³ für längere Zeit von Erschütterungen verschont. Dies änderte sich im Jahre 1978, als in Nicaragua ein Aufstand gegen die seit 1937 herrschende Familie Somoza ausbrach. Der Aufstand, der unter der Führung der „linkssozialistischen Sandinisten-Bewegung“⁴ zustande kam, wurde grausam unterdrückt. Daraufhin stellte der amtierende US-Präsident Carter jegliche Militärhilfe an Nicaragua ein und reduzierte gleichzeitig die Wirtschaftshilfe. Schon 1980 fegte ein zweiter Aufstand der Sandinisten-Bewegung das Somoza-Regime weg.

Zunächst standen die USA der neuen Koalitionsregierung wohlwollend gegenüber, doch mit dem Amtsantritt Reagans zerbrach das nicaraguanische Regierungsbündnis und die USA unterstützten fortan den Kampf der Gegenrevolutionäre, der „Contras“⁵. Der Kampf der Contras richtete sich vorwiegend gegen die Wirtschaft und die Zivilbevölkerung Nicaraguas, weniger aber gegen militärische Ziele, dementsprechend gering war sein Erfolg. Dies veranlasste den US-Kongress 1986, weitere Militärhilfe für die Contras zu untersagen, doch im Geheimen wurde diese von der Reagan-Administration weitergeführt.

Weit erfolgreicher war die wirtschaftliche Destabilisierung Nicaraguas. Die daraus resultierende Wirtschaftskrise führte aber zu einer Verhärtung des sandinistischen Regimes und verstärkte die Abhängigkeit Nicaraguas von Kuba und der Sowjetunion. Als die UdSSR unter Gorbatschow ihre Unterstützung einschränkte, war es um das sandinistische Regime geschehen. Sieger der freien Wahlen von 1990 war die von den USA unterstützte bürgerliche Opposition. Erstaunlicherweise verlief der Machtwechsel gewaltfrei.⁶

Grenada und Panama: Im Falle Nicaraguas hatte der US-Kongress ein direktes militärisches Eingreifen der USA verhindert, nicht so in Grenada und Panama. In beiden Ländern kam es durch eine Militärintervention zur Durchführung der amerikanischen Ziele.⁷

Sechs Tage nach der Ermordung des grenadischen Premierministers Maurice Bishop besetzten am 25. Oktober 1983 Soldaten aus den USA und sechs weiteren Karibikstaaten die Insel Grenada. Bereits seit dem Putsch Bishops 1979 stand Grenada unter dem Einfluss des kubanischen Staatschef Fidel Castro. Schon damals war die US-Regierung beunruhigt über die Entwicklung auf Grenada, doch erst die Machtübernahme des Armeebefehlshabers Austin Hudson im Jahre 1983 führte schliesslich zur militärischen Intervention seitens der USA und ihren Verbündeten.⁸ Bereits Ende 1983 wurden die amerikanischen Soldaten wieder abgezogen. Bis zu den Parlamentswahlen im Dezember 1984 wurde Grenada von einer Übergangsregierung regiert.⁹

¹ Digital Publishing, 1968-1996, Reagan kündigt SDI an

² Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 289-290

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 291

⁴ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 291

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 292

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 291-292

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 292

⁸ Digital Publishing, 1968-1996, US-Invasion auf Grenada

⁹ Microsoft Corporation, Grenada

1977 unterzeichneten die USA und Panama einen Vertrag, der die schrittweise Übergabe des unter amerikanischer Kontrolle stehenden Panamakanals an Panama vorsah. Die Übergabe war ab 1990 vorgesehen und sollte nach 10 Jahren abgeschlossen sein. Unter General Noriega, dem ehemaligen Verbündeten der USA, wurde Panama neben Kolumbien zur wichtigsten Drehscheibe des Drogenhandels.¹ Noriega wurde 1988 von den USA wegen Drogenhandels angeklagt. Trotz wirtschaftlichem und politischem Druck der USA vermochte sich Noriega an der Macht zu behaupten. Nachdem er 1989 einen Putschversuch erfolgreich unterdrückt hatte, marschierten zwei Monate später 24'000 Soldaten der Vereinigten Staaten in Panama ein und setzten Endara als Präsidenten ein. Noriega wurde gefangengenommen und in die USA verschleppt, wo er 1992 wegen Drogenhandels und organisiertem Verbrechen angeklagt wurde. Als Wiedergutmachung der durch die Invasion und früheren Wirtschaftssanktionen entstandenen Schäden wurde Panama von den USA eine Milliarde US-Dollar zugesprochen.²

IV. Ende des Kalten Krieges (1985-1991)

1. ÜBERBLICK

Mit Michail Gorbatschow trat 1985 ein Mann an die Spitze der KPdSU, der mit seinen Reformprogrammen Perestroika und Glasnost weg vom alten Herrschaftssystem kommen wollte. Da Gorbatschow bei der Durchführung seiner Reformen Rücksicht auf die konservativen Kräfte nahm, waren diese zum Scheitern verurteilt.

Aufgrund von Perestroika, Glasnost und der tiefen wirtschaftlichen Krise verspürten immer mehr Unionsrepubliken den Drang nach Unabhängigkeit, allen voran die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Auf dem Hintergrund dieser Voraussetzungen wurde Boris Jelzin, ein Kämpfer gegen den Zentralismus, zum Hoffnungsträger der demokratischen Bewegung. Unter der Führung von Jelzin löste sich die Sowjetunion Ende 1991 vollständig auf.

Inspiziert von Polen und Ungarn kam es Ende der 80er Jahre in mehreren Ostblockländern zu Demokratiebewegungen, die oft friedlich doch manchmal auch sehr blutig verliefen.

Die Unzufriedenheit des ostdeutschen Volkes kam immer deutlicher zum Ausdruck, nicht zuletzt, weil sich die wirtschaftliche Lage der DDR zusehends verschlechterte. Hinzu kam, dass mit Gorbatschow die deutsche Frage wieder aktuell wurde. Nachdem in Ungarn bereits eine Revolution stattgefunden hatte, wurde es den DDR-Bürgern möglich, in den Westen zu flüchten. Diese Fluchtbewegung weitete sich nach der Öffnung der *grünen Grenze* zu einer Massenflucht aus. Die unzufriedene Situation im Innern und die aussenpolitischen Probleme führten schliesslich dazu, dass das SED-Regime Kompromissbereitschaft an den Tag legen musste. Doch der Fall der Schandmauer von Berlin und die spätere Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten waren nicht mehr aufzuhalten. Aber mit der Wiedervereinigung blieben viele der bereits bestehenden Probleme ungelöst und neue kamen hinzu.

Erstmals erlaubte es die politische Lage auch wirklich Abrüstung zu betreiben. Es folgte eine Annähe-

¹ Boesch, Joseph, Schlöpfer, Rudolf, S. 292

² Microsoft Corporation, Panama

rung der beiden Blöcke, woraus verschiedene Abrüstungsverträge resultierten. Dieser Umstand und der Zerfall der Sowjetunion stellten viele Organisationen wie beispielsweise die NATO in Frage. Blockübergreifende Organisationen gewannen an Bedeutung. Viele der ehemaligen Ostblockstaaten strebten nach einer Eingliederung in das westliche Bündnissystem. Eine neue Weltordnung mit den USA als alleinige Grossmacht bahnte sich an.

2. DIE REFORMPOLITIK GORBATSCHOWS 1985-1990

Der Aufbruch zu Perestroika und Glasnost: Obwohl in der Ära Breschnew die sozialistische Planwirtschaft reformiert worden war, stagnierte die sowjetische Wirtschaft seit Ende der 70er Jahre. Anstatt die Konsumgüterproduktion voranzutreiben, floss das Geld in die Rüstung, um im Wettrüsten mit den Amerikanern die Oberhand zu gewinnen. Währenddessen lag der Lebensstandard der russischen Bevölkerung weit unter dem der westlichen Industriestaaten. Der politische Unterdrückungsapparat der KPdSU war zwar seit Stalins Zeiten gelockert worden, Oppositionelle wurden aber nach wie vor in die Verbannung geschickt.

Nach aussen machte die Sowjetunion den Anschein einer Supermacht, im Innern hingegen war sie „ein Koloss auf tönernen Füßen.“¹ An diesem Zustand änderte sich auch in den Jahren 1982 bis 1985 unter Breschnews Nachfolgern Andropow und Tschernenko nichts.²

Am 11. März 1985 wählte das Zentralkomitee der KPdSU den 54jährigen Michail Gorbatschow zum neuen Generalsekretär der Partei. Gorbatschow, ein energischer und zugleich populärer Reformler, hatte bisher als Sekretär der ZK gearbeitet und sass ab 1979 im Politbüro der KPdSU. Seinen raschen Aufstieg verdankte der vergleichsweise junge Politiker mächtigen Förderern wie Aussenminister Gromyko oder KGB-Chef Viktor Tschebrikow.³

Mit Gorbatschow kam ein Mann an die Spitze der Sowjetunion, der eingesehen hatte, dass sich das Land am Rande eines Abgrunds befand und der einzige Ausweg über resolute Reformen in der Innenpolitik sowie einer Wende in der Aussenpolitik führte.⁴

Innenpolitisch trat Gorbatschow von Anfang an für eine radikale Reform des bisherigen Wirtschaftssystems ein. Einerseits beabsichtigte er, durch technischen Fortschritt, Kampf gegen die Korruption und Schliessung verlustreicher Unternehmungen die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen. Andererseits sollte die Bürokratie abgebaut und den Menschen mehr Eigenständigkeit gewährt werden, um so deren Verantwortungsbereitschaft zu fördern. Gorbatschow kennzeichnete sein Reformprogramm mit zwei zentralen Begriffen: Glasnost und Perestroika. Glasnost stand für gesellschaftliche Offenheit, Perestroika für die Umgestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Das Programm sah vor, die Planwirtschaft und das Sowjetsystem durch marktwirtschaftliche respektive demokratische Elemente zu ergänzen. Erst durch diese beiden Massnahmen sollte der Sozialismus zu seiner wirklichen Entfaltung finden.

Gorbatschow war der Überzeugung, dass der Erfolg seiner Reformpolitik von der Senkung der Rüstungskosten und der damit verbundenen Beendigung des Rüstungswettlaufes mit dem Westen abhing. Eine neue Entspannungspolitik verbunden mit Abrüstungsmassnahmen sollte den Druck von aussen abschwächen und so den Umbau der Wirtschaft und die Verbesserung der Konsumgüterversorgung

¹ Schwarzrock, Götz (Redaktion), Geschichtsbuch, Die Menschen und ihre Geschichten in Darstellung und Dokumentation, Ergänzungsheft, Das Ende der Nachkriegsepoche, Cornelsen Verlag, Frankfurt am Main 1992, S. 6

² Schwarzrock, Götz, S. 6

³ Digital Publishing, 1968-1996, Beginn der Ära Gorbatschow

⁴ Digital Publishing, 1968-1996, Die Reformpolitik Gorbatschows

ermöglichen. Basierend auf den drei Säulen Perestroika, Glasnost und Entspannungspolitik sollte sich der Sowjetunion eine neue Zukunft eröffnen.¹

Schritte auf dem Weg zum Wandel der Sowjetunion: Schon bald nach Gorbatschows Amtsantritt waren erste Anzeichen eines grundlegenden Wandels der Sowjetunion auszumachen. Sie beschränkten sich zunächst vorwiegend auf die Bereiche des öffentlichen Lebens: Die Medien berichteten auf einmal auch Kritisches, eine öffentliche Diskussion über den Stalinismus und die eigene Geschichte wurde entfacht, Regimekritiker wurden auf ihrer Haft entlassen oder aus der Verbannung zurückgerufen und in Moskau konnten Demonstrationen durchgeführt werden, ohne dass die Polizei eingriff.

Während Glasnost im öffentlichen Leben relativ schnell Einzug hielt, kam die Umgestaltung der Wirtschaft nur schleppend in Gang. Gorbatschows „Feldzug gegen Trägheit, Schlendrian und Trunksucht“² stiess vor allem bei denen auf erbitterten Widerstand, „die ihre Posten und Privilegien gefährdet sahen oder die sich vor grösserer Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit fürchteten.“³ Erst mit der Verabschiedung eines neuen Fünfjahresplans auf dem 27. Parteitag der KPdSU von 1986 wurde Gorbatschows Wirtschaftsreform zum offiziellen Programm aufgewertet. Von nun an erhielten Fabrikdirektoren grössere Entscheidungsbefugnisse und Massnahmen gegen Korruption, Fälschung, Alkoholmissbrauch und das Fehlen am Arbeitsplatz wurden ergriffen. Bereits ein Jahr später war es möglich, privatwirtschaftliche Betriebe ausserhalb von Staatsbetrieben und Kollektivunternehmungen zu gründen sowie Kooperationsverträge, auch Joint Ventures genannt, mit ausländischen Firmen zu schliessen. Einerseits sollte dadurch die Konsumgüterproduktion gesteigert werden, andererseits wollte man an westliches Know-how und Kapital herankommen. Damit schien der Grundstein für eine allumfassende Wirtschaftsreform gelegt.

Kaum hatte Gorbatschow sein Amt als Generalsekretär angetreten, unterbreitete er den Westmächten diverse Abrüstungsvorschläge, die teilweise sogar einseitige sowjetische Massnahmen vorsahen. Mehrere Gipfeltreffen waren jedoch notwendig, bis das seit Jahrzehnten bestehende Misstrauen zwischen West und Ost überwunden werden konnte.⁴

Schliesslich kam es am 8. Dezember 1987 zum vorläufigen Abschluss der 1982 begonnenen START-Verhandlungen. US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Staatschef Gorbatschow unterzeichneten in Washington den sogenannten INF-Vertrag⁵ zur vollständigen Vernichtung aller atomaren Mittelstreckenwaffen.⁶ Dadurch war ein entscheidender Schritt in eine neue Ära der Entspannung getätigt, ein weiterer sollte im kommenden Jahr folgen. Gorbatschow hatte längst erkannt, dass der Krieg in Afghanistan eine „blutende Wunde“⁷ für sein Land darstellte. 1988 verkündete er den vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, auch wenn es sich im Endeffekt um eine Niederlage handelte.

Um seine Reformpolitik erfolgreich durchführen zu können, musste sich Gorbatschow gegen seine Widersacher in der Staats- und Parteiführung, die an den traditionellen Herrschaftsstrukturen des Sowjetregimes festhielten, durchsetzen. Bereits ein Jahr nach seinem Amtsantritt bestand rund die Hälfte des Politbüros aus neuen Mitgliedern. Im Jahre 1988 trat eine Verfassungsänderung in Kraft, die das politische System in Richtung eines Präsidialsystems umgestaltete. Zudem wurde ein Wahlrechtsgesetz verabschiedet, aufgrund dessen ein Drittel der Kandidaten für den Kongress der Volksdeputierten in freien Wahlen ermittelt werden sollten. Das neue Gesetz kam erstmals im März 1989 zum Einsatz.

Auf der einen Seite versuchte Gorbatschow, die alteingesessenen Machtstrukturen der Sowjetunion in die Umgestaltung mit einzubeziehen, auf der anderen Seite war er stets darauf bedacht, den Führungs-

¹ Schwarzrock, Götz, S. 6

² Schwarzrock, Götz, S. 7

³ Schwarzrock, Götz, S. 7

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 6-7

⁵ Intermediate Range Nuclear Forces

⁶ Digital Publishing, 1968-1996, Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Reagan

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 7

anspruch der KPdSU aufrechtzuerhalten. Dabei wollte er hauptsächlich die Effizienz des Systems erhöhen.

Zwangsläufig konzentrierte sich immer mehr Macht in den Händen Gorbatschows. Ab 1988 übernahm er neben dem Amt des Generalsekretärs der KPdSU auch das Staatsamt des Präsidenten im Obersten Sowjet¹. Als er 1990 zum Staatspräsidenten der Sowjetunion gewählt wurde, verfügte er über die grösste Machtfülle seit Stalin.²

Glasnost und Perestroika legen die Probleme offen: Mit Glasnost hatte zwar eine neue Transparenz Einzug gehalten, die Mängel, die dadurch sichtbar wurden, waren aber noch nicht behoben. Während Gorbatschow das Gespräch mit der Bevölkerung suchte und mit seinen Reformen neue Hoffnungen weckte, verschlechterte sich der Lebensstandard der Sowjetbürger zunehmend. Sie hatten mit Warenknappheit, steigenden Preisen sowie wachsender Inflation zu kämpfen. Dies widerspiegelte sich auch im Strassenbild der Grossstädte, wo erstmals Bettler anzutreffen waren. In der Folge wuchs die Armutskriminalität und die Streiks unzufriedener Arbeiter häuften sich.

Seit ihrem Bestehen war die Sowjetunion ein Vielvölkerstaat mit mehr als 100 verschiedenen Nationalitäten. Obwohl die sowjetische Verfassung den einzelnen Volksgruppen weitgehende Autonomie zugestand, wurde dieses Recht durch den sowjetischen Zentralismus und den Führungsanspruch der Russen aufgehoben. Die bis anhin unterdrückten nationalen Gefühle kamen erst mit Glasnost wieder zum Vorschein. Insbesondere die Völker, welche über eine eigene Sprache und Religion verfügten, strebten nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.

Blutige Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Nationalitäten, wie beispielsweise zwischen Armeniern und Aserbajdschanern, kamen ins Rollen und die Souveränitätsbewegungen, die eine vollständige Loslösung von der UdSSR verlangten, nahmen ein immer grösseres Ausmass an. Gorbatschow weigerte sich jedoch, die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Unionsrepubliken Estland, Lettland und Litauen anzuerkennen, wollte er doch den Zerfall der Sowjetunion auf jeden Fall verhindern. Aufgrund dieser Weigerung radikalisierten sich die nationalen Bewegungen und noch mehr Republiken³ machten nun ihren Souveränitätsanspruch gegenüber der sowjetischen Zentralmacht geltend. Angesichts der drohenden Wirtschaftskrise wurden vor allem die reicheren Republiken, die nicht in die Krise hineingezogen werden wollten, in ihrem Vorhaben bestärkt.⁴

Bilanz nach fünf Jahren Reformpolitik: Im Jahre 1990 stand fest, dass die Reformen nicht das bewirkt hatten, was Gorbatschow fünf Jahre zuvor verkündet hatte. Von seinem Volk als „Boltun“⁵ (Schwätzer) bezeichnet, stand sein Rücktritt immer häufiger zur Debatte.

Für das Scheitern der Reformpolitik waren mehrere Faktoren verantwortlich: Grundsätzlich kann man sagen, dass alle Reformversuche am Widerstand der privilegierten Schicht von Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären sowie grossen Teilen des Militärs scheiterten. Massnahmen, die nur mit knapper Mehrheit Zustimmung fanden, wurden auf mittlerer und unterer Schicht der Bürokratie entweder sabotiert oder schlicht nicht umgesetzt. Weil Gorbatschow mit Rücksicht auf die Konservativen vielfach vor konsequenten Reformmassnahmen zurückschreckte, bildeten sich bald Gruppen von radikalen Reformern. Um seine Macht behalten zu können, musste er zwischen beiden Seiten taktieren und einen Weg der Mitte finden. Zudem stellte sich heraus, dass Planwirtschaft und Supermachtanspruch das Wirtschaftssystem vollständig zerrüttet hatten und bei diesem Raubbau Mensch, Umwelt wie auch Ressourcen nachhaltigen Schaden nahmen. Viel zu wenig Beachtung hatten die Reformer dem Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung bei den auf dem Gebiet der Sowjetunion lebenden Völker geschenkt.

¹ Der Oberste Sowjet ist die nationale gesetzgebende Gewalt, ein Einkammersystem mit 230 Mitgliedern.

² Schwarzrock, Götz, S. 7-8

³ Moldawien, Georgien, Armenien, die Ukraine, Weissrussland, und schliesslich auch die Russische Föderation

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 8-9

⁵ Schwarzrock, Götz, S. 9

Die Reformer um Gorbatschow hatten zwar erkannt, dass ihre neue Politik von der Initiative und der Kreativität der Menschen abhing, doch wie sollten Menschen, die zuerst im Zarenreich und danach durch stalinistische Diktatur und bürokratische Planwirtschaft systematisch unterdrückt worden waren, plötzlich den Anreiz verspüren, Eigeninitiative zu ergreifen?

Ungeachtet dieser Tatsachen wurde Michail Gorbatschow in der Weltöffentlichkeit „als diejenige Persönlichkeit gefeiert, dessen Politik den Kalten Krieg beendet und der Welt eine neue Perspektive des friedlichen Zusammenlebens eröffnet hat.“¹

3. DER WANDEL IN DEN OST- UND SÜDOSTEUROPÄISCHEN STAATEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren zahlreiche Staaten Ost- und Südosteuropas in den Einflussbereich der Sowjetunion geraten. Bereits in den 50er und 60er Jahren hatten Länder wie Polen, Ungarn oder die Tschechoslowakei Versuche unternommen, die sowjetische Vorherrschaft abzuschütteln und einen von der UdSSR unabhängigen Weg zu beschreiten. Doch die Reformversuche waren entweder von den eigenen kommunistischen Regierungen unterdrückt oder von sowjetischen Panzern blutig niedergeschlagen worden.²

In den 80er Jahren setzten in mehreren dieser Satellitenstaaten innenpolitische Veränderungen ein, die 1989 in einen rasanten Demokratisierungsprozess mündeten und sich gegenseitig beschleunigten. Der Reformprozess nahm seinen Ausgang in Polen und Ungarn, den beiden Ländern, die auf Gedankengut aus den 50er Jahren zurückgreifen konnten. Bald aber griff er auch auf zunächst reformunwillige Staaten wie die DDR, die Tschechoslowakei oder Rumänien über.

In allen Fällen war vor allem die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung ausschlaggebend für die gesellschaftliche Umwälzung gewesen. Die Unzufriedenheit hatte ihren Ursprung in der mangelhaften wirtschaftlichen Versorgung, in der teilweise ausgeprägten Wirtschaftskrise, im Wunsch nach mehr Mitspracherecht und im Aufbegehren gegen den politischen Alleinvertretungsanspruch der kommunistischen Parteien.

Voraussetzung für den gewaltlosen Ablauf des Demokratisierungsprozesses war aber zweifellos der politische Kurswechsel der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow seit Mitte der 80er Jahren.³ Gorbatschows neue Entspannungspolitik bedeutete zugleich eine Absage an die Breschnew-Doktrin, die den sozialistischen Staaten nur begrenzte Souveränität zugestanden hatte. 1987 bekundete Gorbatschow „Respekt für verschiedene Wege zum Sozialismus.“⁴

Polen: Die wirtschaftliche Lage Polens verschlechterte sich seit Mitte der 70er Jahre zusehends. Im Juli 1980 sah sich die polnische Regierung gezwungen, die Lebensmittelpreise zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren drastisch zu erhöhen, woraufhin sich eine landesweite Streikwelle ausbreitete. Einzig der Streik auf der Danziger Werft war von Anfang an mit politischen Forderungen wie Gewerkschaftsfreiheit, Pressefreiheit oder der Freilassung politisch Gefangener gekoppelt gewesen. Unter der Führung von Lech Walesa entstand am 21. August 1980 ein „Überbetriebliches Streikkomitee“⁵, aus welchem wenig später die Gewerkschaft „Solidarnosc“⁶ hervorging. Mit mehr als 10 Millionen Mitgliedern wurde die Solidarnosc trotz einsetzender Repression bald zu einem wichtigen Faktor im politischen Leben des Landes.⁷

¹ Schwarzrock, Götz, S. 9; Zitat: S. 9

² Pfetsch, Frank, S. 129-130

³ Schwarzrock, Götz, S. 10; Zitat: S. 10

⁴ Digital Publishing, 1968-1996, Die Gewerkschaft Solidarität in Polen

⁵ Digital Publishing, 1968-1996, Die Gewerkschaft Solidarität in Polen

⁶ Digital Publishing, 1968-1996, Die Gewerkschaft Solidarität in Polen

⁷ Digital Publishing, 1968-1996, Die Gewerkschaft Solidarität in Polen

Infolge der Wirtschafts- und Verschuldungskrise verschärfen sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Polen. Allmählich kam der Verdacht auf, dass die Regierung die Situation nicht mehr unter Kontrolle hatte. Auf Druck von Moskau verhängte die polnische Regierung unter der Führung von General Wojciech Jaruzelski am 12. Dezember 1981 das Kriegsrecht über Polen und verbot die Solidarnosc.¹

Nach der Aufhebung des Kriegsrechts im Juli 1983 arbeitete die Solidarnosc im Untergrund weiter, konnte sie doch auf eine grosse Unterstützung im Volk und bei der immer bedeutender werdenden katholischen Kirche, die durch die Besuche von Papst Johannes Paul II. in den Jahren 1983 und 1987 gestärkt worden war, zurückgreifen.

In der Folge versuchte die Regierung Jaruzelski, die Krise mittels ökonomischen Reformen in den Griff zu bekommen. Die Reformen wurden jedoch nie vollendet.²

Erst als sich eine neue Streikbewegung gegen Preiserhöhungen formierte und Gorbatschow die Satellitenstaaten zu Reformen ermuntert hatte, sah sich die polnische Regierung im Herbst 1988 gezwungen, Gespräche mit der seit sieben Jahren verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc aufzunehmen. Im Frühjahr 1989 berieten Vertreter der kommunistischen Partei und der Opposition in Warschau über die Einführung demokratischer Freiheiten und eine Umgestaltung der Planwirtschaft.³

In den vom 6. Februar bis zum 5. April 1989 andauernden Verhandlungen am „Runden Tisch“⁴ einigte man sich unter anderem auf folgende Reformen: Das Amt des Präsidenten sollte mit grösseren Vollmachten ausgestattet werden und eine zweite Parlamentskammer, der Senat, sollte eingeführt und frei gewählt werden. Auf wirtschaftlicher Ebene wurde die Anpassung der Löhne, die unter der Inflationsrate lagen, sowie eine Freigabe der Preise vorgesehen. Darüber hinaus war die Gewerkschaft Solidarnosc ab dem 17. April wieder offiziell zugelassen.⁵

Mit diesen Beschlüssen war ein entscheidender Schritt „für einen friedlichen politischen Wandel Polens von einem kommunistischen Regime zu einem demokratischen Rechtsstaat“⁶ gemacht. Der *Runde Tisch* von Warschau sollte zu einem Symbol für die Umgestaltung Osteuropas werden.

Was der Opposition allerdings noch fehlte, war der Einfluss im polnischen Parlament. Dies änderte sich jedoch schon bei den ersten Wahlen: Das Bürgerkomitee Solidarnosc gewann 99 von 100 Sitzen im Senat und im Abgeordnetenhaus (Sejm) alle den unabhängigen Gruppen zugestandenen Mandate, was einem Anteil von 35% entsprach. Die vollständige Ablösung der kommunistischen Regierung war nur noch eine Frage der Zeit.⁷

Tadeusz Mazowiecki wurde im August 1989 seit über 40 Jahren erster nichtkommunistischer Ministerpräsident Polens. Unter Mazowiecki wurde der Übergang zur Demokratie gefestigt, die Hyperinflation gebremst und ein rascher Übergang zur Marktwirtschaft eingeleitet. 1990 wurde Lech Walesa bei einer direkten Wahl zum Präsidenten gewählt.⁸

Die „stille Revolution“⁹ in Ungarn: Innerhalb des Ostblocks nahm der ungarische Gulaschkommunismus eine Sonderstellung ein. In den 60er und 70er Jahren hatte Ungarn unter Janos Kadar einen vom sowjetischen Kurs und von der offiziellen Parteidoktrin leicht abweichenden Weg eingeschlagen. Kadar hatte nach dem blutig niedergeschlagenen Volksaufstand von 1956 eingesehen, dass die Loyali-

¹ Pfetsch, Frank, S. 130

² Microsoft Corporation, Polen

³ Schwarzrock, Götz, S. 10; Zitat: S. 10

⁴ Pfetsch, Frank, S. 130

⁵ Pfetsch, Frank, S. 130

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 10

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 11

⁸ Microsoft Corporation, Polen

⁹ Schwarzrock, Götz, S. 11

tät der Bevölkerung nur durch gesellschaftliche Zugeständnisse erreicht werden kann.¹ Deshalb verfolgte die ungarische KP eine an den westlichen Lebensstil angenäherte Politik mit einer relativ liberalen Wirtschaftsweise, die sich am Weltmarkt orientierte.² Es handelte sich dabei um eine Art stillschweigendes Einvernehmen zwischen dem ungarischen Volk und dem nach wie vor autoritären Regime Kaders: Während der Führungsanspruch der kommunistischen Partei 30 Jahre lang nicht angezweifelt wurde, gestand das Regime der Bevölkerung mehr Bewegungsfreiheiten zu.³

Anders als in Polen gingen in Ungarn praktisch alle Reformanstösse von einer Oppositionsgruppe in der kommunistischen Partei aus. Sowohl die Reformpolitik Gorbatschows als auch der zunehmende Druck der Wirtschaftskrise verhalfen dem Reformflügel schliesslich zum Durchbruch innerhalb der ungarischen Regierungspartei. Auf einem Sonderparteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) erreichte die Parteioption die Mehrheit für ihren Reformkurs und Kadar wurde als Parteichef abgesetzt.⁴

Am 3. September 1988 folgte die Gründung des Ungarischen Demokratischen Forums (UDF), welches sich für die Errichtung eines Mehrparteiensystems einsetzte. Bereits im Februar 1989 verzichtete die USAP auf ihre in der Verfassung garantierte Führungsrolle und billigte zugleich die Entwicklung eines Mehrparteiensystems. Schliesslich kam es auch zu einer Neubewertung des ungarischen Volksaufstandes, in der die „Märtyrer von 1956“⁵ rehabilitiert wurden. Vom 13. bis zum 19. September 1989 fanden am *Runden Tisch* Gespräche zwischen der USAP, den wichtigsten oppositionellen Gruppen und den Massenorganisationen statt. Man einigte sich auf freie Wahlen im Frühjahr 1990. Wenig später beschloss die USAP ihre Auflösung; aus ihr ging die Ungarische Sozialistische Partei hervor, die sich die Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates sowie einer Marktwirtschaft zum Ziel setzte. Der Reformprozess endete mit den freien Wahlen im Frühjahr 1990, aus denen sich die Parteien des bürgerlichen Lagers als stärkste politische Kraft herauskristallisierten.⁶

Vergeblich hatten die ungarischen Kommunisten darauf gehofft, durch eine reformistische Flucht nach vorne das Ende der kommunistischen Herrschaft abwenden zu können.⁷

Die „sanfte Revolution“⁸ in der Tschechoslowakei: Seit 1968 Truppen des Warschauer Paktes den Prager Frühling niedergeschlagen hatten, „herrschte in der Tschechoslowakei beinahe Grabesruhe.“⁹ Infolge der militärischen Intervention hatte sich bei vielen Intellektuellen die Erkenntnis durchgesetzt, dass das sozialistische System unreformierbar war.¹⁰

Aus Protest gegen die andauernden Menschenrechtsverletzungen durch das kommunistische Regime wurde 1977 die Bürgerrechtsgruppe „Charta 77“¹¹ gegründet. Unter Berufung auf die UNO-Menschenrechtsdeklaration und die KSZE-Schlussakte von Helsinki forderten sie bürgerliche Freiheiten und politische Rechte. Die Gruppe setzte sich zum Ziel, „einen konstruktiven Dialog mit der politischen und staatlichen Macht“¹² zu führen und Fälle von Menschenrechtsverletzung publik zu machen.¹³ Es erstaunt denn auch nicht, dass die tragenden Kräfte für den Wandel im Herbst 1989 aus dieser Bürgerrechtsbewegung kamen. Geistiger Kopf der Charta 77 war Vaclav Havel, der aufgrund seines entschlossenen Auftretens gegen das Regime verhaftet wurde und Publikationsverbot erhielt.

¹ Schwarzrock, Götz, S. 11

² Pfetsch, Frank, S. 133

³ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 313

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 11

⁵ Pfetsch, Frank, S. 134

⁶ Pfetsch, Frank, S. 133-134

⁷ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 314

⁸ Schwarzrock, Götz, S. 11

⁹ Schwarzrock, Götz, S. 11

¹⁰ Schwarzrock, Götz, S. 11

¹¹ Digital Publishing, 1968-1996, Bürgerrechtsgruppe „Charta 77“ gegründet

¹² Digital Publishing, 1968-1996, Bürgerrechtsgruppe „Charta 77“ gegründet

¹³ Digital Publishing, 1968-1996, Bürgerrechtsgruppe „Charta 77“ gegründet

Angestachelt durch die Reformen in der Sowjetunion und die Demokratisierungsprozesse in Polen, Ungarn und der DDR wuchs im Herbst 1989 die Unruhe in der tschechoslowakischen Bevölkerung. Im November wurde das ganze Land von einer noch nie dagewesenen Demonstrationswelle erfasst.¹

Am 19. November bildeten die Anhänger der Bewegung Charta 77 ein Bürgerforum, um den Protestbewegungen gegen die Regierung eine konkrete politische Richtung zu geben.²

Als am 27. November ein von der Opposition ausgerufenen Generalstreik landesweit befolgt wurde, war es um den verfassungsrechtlichen Führungsanspruch der kommunistischen Partei geschehen. Bereits am 7. Dezember 1989 trat die Regierung Adamec zurück, drei Tage später folgte der Rücktritt des Staatspräsidenten Husak. Der Schriftsteller und Bürgerrechtler Vaclav Havel wurde zu seinem Nachfolger gewählt. Alexander Dubcek, die Symbolfigur des Prager Frühlings, erhielt das Amt des Parlamentspräsidenten.³

Die blutige Revolution in Rumänien: In Polen, Ungarn, der DDR, der Tschechoslowakei und Bulgarien war der Wandel praktisch friedlich verlaufen. Dies war einerseits auf das geschlossene Auftreten der oppositionellen Kräfte zurückzuführen, andererseits auf das schnelle Zurückweichen der alten Regimes. Im krassen Gegensatz dazu stand die Umwälzung in Rumänien.

Seit Mitte der 60er Jahre hatte der Diktator Nicolae Ceausescu ein stalinistisches Schreckensregime aufgebaut und mit seiner Geheimpolizei Securitate jegliche Art von Opposition unterdrückt.⁴ Aussenpolitisch verfolgte Ceausescu einen unabhängigen, beinahe antisowjetischen Kurs, was ihm viel westliche Unterstützung eintrug. Während er die aus einer schweren Wirtschaftskrise resultierenden Auslandsschulden binnen weniger Jahre zurückzahlte, zwang er seinem Volk eine Sparpolitik auf, die zu extremer Verarmung und beinahe zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führte.⁵

Als aber im Verlauf des Jahres 1989 politische Umbruchbewegungen in den wichtigsten Ländern des Ostblocks einsetzten, geriet auch das reformunwillige Ceausescu-Regime ins Wanken. Aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage, der Lebensmittelknappheit und des Personenkultes Ceausescus wuchs die Unzufriedenheit im Land und Ceausescu konnte sich nur noch dank der brutalen Terrormethoden seines Geheimdienstes an der Macht halten.

Am 16. Dezember brach in der westrumänischen Stadt Temesvar ein Aufstand aus, als eine aufgebrachte Menschenmenge die Verhaftung des regimekritischen Pastors Laszlo Tökes verhinderte. Nachdem Ceausescus Sicherheitskräfte damit begonnen hatten, willkürlich auf die Demonstranten zu schießen, schlossen sich immer mehr Menschen sowie Teile des Militärs den Aufständischen an. Es folgten regelrechte Strassenschlachten; innerhalb weniger Tage erfasste der Aufstand alle grossen Städte des Landes.

Angesichts des riesigen Volksaufstandes wandten sich hohe Parteifunktionäre und Militärs von Ceausescu ab. Die Ausführung des Putsches in Bukarest überliess man der „Front zur nationalen Rettung“⁶, welche im Herbst von unzufriedenen Führungsmitgliedern ins Leben gerufen worden war.

Am 22. Dezember 1989 wollte Ceausescu anlässlich einer einberufenen Kundgebung eine Ansprache halten, als ihn die versammelte Menge mit Buh-Rufen und Parolen wie „Nieder mit Ceausescu“⁷ empfing. Danach floh der Diktator mit seiner Frau, wobei die beiden wenig später auf der Flucht verhaftet und vor ein Militärtribunal gestellt wurden.⁸

¹ Schwarzrock, Götz, S. 11-12

² Digital Publishing, 1968-1996, Vaclav Havel

³ Pfetsch, Frank, S. 133-134

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 12

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 315-316

⁶ Pfetsch, Frank, S. 133-134

⁷ Digital Publishing, 1968-1996, Ceausescu-Regime gestürzt

⁸ Digital Publishing, 1968-1996, Ceausescu-Regime gestürzt

Nach dem Sturz Ceausescus war ein Bürgerkrieg zwischen den ihm loyal ergebenen Einheiten der Securitate und der Armee entbrannt. Der Widerstand der Securitate brach erst mit der Hinrichtung des Ehepaar Ceausescus am 26. oder 27. Dezember 1989.¹

Eine Übergangsregierung unter der Führung von Ion Iliescu hob einige der von Ceausescu erlassenen repressiven Gesetze wieder auf und liess Führungsmitglieder des alten Regimes festnehmen. Im Mai 1990 gewann die Front zur nationalen Rettung sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen, Iliescu wurde zum Präsidenten Rumäniens gewählt.²

Albanien und Krieg in Jugoslawien: Albanien, das ärmste Land des Ostblocks, war bis zu seinem Wandel vollständig von der Aussenwelt abgeschottet. Im Mai 1990 verkündete der albanische Staatsoberhaupt Ramiz Alia eine Reihe von Reformvorhaben und einen Kurswechsel in der Aussen-, Innen- und Wirtschaftspolitik. Alia versuchte mit diesen Massnahmen, den Wirtschaftsproblemen des Landes und der daraus resultierenden Unzufriedenheit mit seinem Regime entgegenzuwirken. Darüber hinaus beschloss das albanische Parlament den Wiederaufbau des Justizministeriums.³

Während in Albanien der Demokratisierungsprozess sehr behutsam einsetzte, brach im südslawischen Vielvölkerstaat Jugoslawien 1991 ein grausamer Nationalitätenkrieg aus. Der Bundesstaat Jugoslawien war 1945 aus sechs Republiken und zwei Provinzen gegründet worden. Tito hatte es geschafft, die nationalen Gegensätze zwischen den verschiedenen Völkern lange Zeit zu unterdrücken.⁴ Nach seinem Tod 1980 und dem allmählichen Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa, verbanden sich die ethnischen mit politischen Gegensätzen.

Die beiden wirtschaftlich erfolgreicheren Provinzen Kroatien und Slowenien strebten einen möglichst raschen Übergang zur Marktwirtschaft an. Währenddessen verfolgte die orthodox-kommunistische Führung in Belgrad das Ziel, die serbische Vormachtstellung zu behaupten. Diese unvereinbaren Positionen führten 1991 zum Ausbruch eines mehrjährigen Bürgerkrieges, der gleichzeitig das Ende des jugoslawischen Vielvölkerstaates besiegelte. Jugoslawien zersplitterte in fünf selbständige Republiken. Besonders problematisch erwies sich hierbei die Tatsache, dass die verfeindeten Völker geographisch nicht streng getrennt lebten, sondern sich im Verlauf von Jahrhunderten untereinander vermischt hatten. Gerade deswegen wurde der Bürgerkrieg äusserst blutig und schmerzhaft ausgetragen. Die serbische Führung war massgeblich daran beteiligt, weil sie von Anfang an an der Errichtung Grossserbiens interessiert war. Um dies zu verwirklichen, begannen die Serben mit der gewaltsamen Vertreibung und Umsiedlung nichtserbischer Bevölkerungsgruppen, sogenannten „ethnischen Säuberungen.“⁵

Weder die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina noch ständige Waffenstillstandsbemühungen der Europäischen Gemeinschaft vermochten dem Krieg ein Ende zu setzen. Auch die Stationierung von Friedenstruppen der Vereinten Nationen blieb ergebnislos. All die Massnahmen bewirkten einzig und allein, „dass sich der mit Grausamkeit gegen die Zivilbevölkerung geführte Nationalitätenkrieg von einer Republik in die andere verlagerte.“⁶

4. DAS ENDE DER SOWJETUNION

Frühjahr 1991: Die Krise spitzt sich zu: Die Krise in der Sowjetunion nahm im weiteren Verlauf des Jahres 1991 ein immer grösseres Ausmass an: Die Versorgungslage nahm immer verheerendere

¹ Pfetsch, Frank, S. 143

² Microsoft Corporation, Rumänien

³ Pfetsch, Frank, S. 143

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 12

⁵ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 315; Zitat: S. 315

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 12; Zitat: S. 12

Folgen an, es fehlte an notwendigen Lebensmitteln und in den Kohlenrevieren brach eine grosse Streikwelle aus, die den wirtschaftlichen Niedergang der Sowjetunion beschleunigte. Ausserdem mündeten die Nationalitätenkonflikte im Kaukasus in einen offenen Krieg. Anfangs 1991 forderten die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen erneut die Wiederherstellung der alten Unabhängigkeit. Inzwischen formierten sich auch in vielen anderen Unionsrepubliken politische Kräfte, die die Loslösung von der Moskauer Zentrale anstrebten. Denn für sie stellten Gorbatschows Wirtschaftspläne längst kein glaubwürdiger Reformansatz mehr dar, musste doch Gorbatschow bei der Durchführung seiner Reformen ständig Rücksicht auf die konservativen Kräfte nehmen. Hingegen sahen sie in der Rückkehr zur nationalen Tradition bessere Chancen für einen Neuanfang.

Nachdem in Lettland und Litauen sowjetische Militäreinheiten gegen demonstrierende Zivilisten vorgegangen waren, fanden die demokratischen Bewegungen in der Person Boris Jelzin einen neuen Hoffnungsträger. In aller Öffentlichkeit brandmarkte er das gewaltsame Vorgehen und anerkannte die Souveränität der drei baltischen Staaten im Namen der Russischen Republik. Im Gegensatz zu Gorbatschow hatte sich Jelzin offen vom Leninismus distanziert und einen raschen Übergang zur Marktwirtschaft gefordert. Während Jelzins Popularität allmählich anstieg, verlor Gorbatschow seinen Rückhalt bei der Bevölkerung gänzlich. Aufgrund seiner Beliebtheit, die hauptsächlich auf seiner liberalen Haltung und seinem Kampf gegen den Zentralismus zurückzuführen war, gewann Boris Jelzin im Juni 1991 die ersten freien demokratischen Präsidentschaftswahlen der Russischen Republik.

Da sich die Sowjetunion seit Anfang 1991 auf eine allumfassende Krise zu bewegte und sowohl eine Rückkehr zur Diktatur als auch ein Zerfall des Vielvölkerstaates im Bereich des Möglichen lagen, versuchte Gorbatschow im Sommer 1991, diesen Auflösungsprozess aufzuhalten. Er schlug einen Unionsvertrag vor, wonach die alte Sowjetunion in eine „Union Souveräner Staaten“¹ transformiert werden sollte. Die Umsetzung dieses Plans hätte aber das Ende der zentralistischen Herrschaft sowie des mächtigen Parteiapparates in Moskau bedeutet.²

Der gescheiterte Putsch der Konservativen: Noch bevor es zur Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages gekommen war, unternahmen am 19. August 1991 konservative Kräfte unter der Führung von Politikern und Militärs einen Putsch. Während sie Gorbatschow auf der Krim unter Arrest stellten, liessen sie Moskau von Einheiten der Roten Armee besetzen und das Parlamentsgebäude mit Panzern umstellen. Auf diese Weise versuchten sie, „die alten Machtstrukturen in der Sowjetunion wiederherzustellen und die Herrschaft des Parteiapparates zu sichern.“³

Boris Jelzin forderte die Bevölkerung umgehend zum offenen Widerstand gegen die Putschisten und zum Generalstreik auf. Daraufhin brachten Tausende von Zivilisten und Teile des Militärs ihren Unmut über die Verfechter der harten Linie zum Ausdruck, indem sie gegen die bevorstehende Diktatur demonstrierten und somit bestätigten, dass Glasnost Spuren an ihnen hinterlassen hatte. Angesichts des breiten Widerstandes gaben die Putschisten ihr Vorhaben nach zwei Tagen auf.

Auch wenn Gorbatschow nach dem gescheiterten Putsch nochmals in sein Amt als Präsident der UdSSR zurückkehren konnte, zeichnete sich das Ende seiner politischen Karriere bereits ab. Sobald Jelzin die Tätigkeit der KPdSU in Russland verbot, trat Gorbatschow als Generalsekretär der Partei zurück und mit ihm die gesamte Unionsregierung.⁴

Von der Sowjetunion zur GUS: Bereits im Sommer 1991 wurden Estland, Lettland und Litauen weltweit als souveräne Staaten anerkannt und auch die Russische Republik, die Ukraine sowie weitere Republiken gaben ihren eigenen Gesetzen den Vorrang gegenüber dem Unionsrecht. Wiederum bemühte sich Gorbatschow, den Auflösungsprozess durch eine neue Föderationsverfassung aufzuhalten,

¹ Schwarzrock, Götz, S. 13

² Schwarzrock, Götz, S. 13

³ Schwarzrock, Götz, S. 13

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 13-14

aber auch dieser Versuch scheiterte.¹

In den folgenden Monaten erreichte der Auflösungsprozess der UdSSR seine letzte Phase. Am 5. September 1991 beschloss der Kongress der Volksdeputierten die Umwandlung der stark zentralistisch geprägten UdSSR in einen föderalistischen „Bund unabhängiger Republiken“². Dazu sollte ein Oberster Sowjet als parlamentarisches Organ, ein Rat der Republiken und ein gemeinsamer Staatsrat geschaffen werden.

Am 8. Dezember trafen die Russische Republik, die Ukraine und Weissrussland den Entschluss, eine „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“³ zu gründen. Zu den drei slawischen Staaten stiessen noch acht weitere Republiken: Aserbaidschan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgistan, Armenien, Kasachstan und Moldawien. Die offizielle Gründung der GUS erfolgte am 21. Dezember in der kasachischen Hauptstadt Alma Ata. Gleichzeitig setzten die elf der insgesamt fünfzehn Republiken den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow ab. Dieser gab seinen Rücktritt am 25. Dezember bekannt.⁴

Als am 31. Dezember 1991 die rote Fahne mit Hammer und Sichel vom Dach des Kremls in Moskau eingeholt wurde, hörte die Sowjetunion auf zu existieren.⁵

5. DDR, DIE FRIEDLICHE REVOLUTION

Noch im Sommer 1989 schien es ein Ding der Unmöglichkeit, dass die DDR von der politischen Landkarte verschwinden würde. Im Verhältnis der beiden deutschen Staaten ging es seit 1972 darum, „unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen in grundsätzlichen Fragen normale, gutnachbarliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Interesse von Frieden und Stabilität in Europa zu entwickeln und auszubauen.“⁶ Die Wiedervereinigung Deutschlands stand aber zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion. Es gab aber Anzeichen dafür, dass die DDR in einer Krise steckte. Wirtschaftsexperten hatten festgestellt, dass die DDR-Wirtschaft seit Ende der 70er Jahre stagnierte. Diese Stagnation resultierte aus den von Erich Honecker durchgeführten wirtschafts- und sozialpolitischen Massnahmen, um die Loyalität der DDR-Bevölkerung aufrechtzuerhalten. 1983 wurde ein Staatsbankrott, wie heute bekannt ist, nur durch einen Milliardenkredit der Bundesrepublik verhindert. Von einer Ausweitung der Westexporte, um den Devisenmangel und die Staatsschuld zu beheben, konnte nicht die Rede sein, da DDR-Waren aufgrund mangelhafter Qualität kaum Absatz fand.

Darüber hinaus bestanden seit Mitte der 70er Jahre gesellschaftspolitische Probleme. Die DDR unterzeichnete zwar 1975 die KSZE-Schlussakte von Helsinki, die darin enthaltenen Menschenrechte hielt sie aber nicht ein. Dieser „Widerspruch zwischen dem Bekenntnis der DDR-Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte auf dem internationalen diplomatischen Parkett und der Realität im Land erhöhten die Distanz der Bevölkerung zum DDR-Regime.“⁷ Es entstanden zunehmend Oppositionsgruppen, die unter dem Dach der evangelischen Kirche Schutz suchten, weil dort der direkte Einfluss der SED nicht hinreichte. Ihre Hoffnung auf politische Veränderung wurde gestärkt durch die beginnende Reformpolitik Gorbatschows.⁸

1987 hatte Gorbatschow ein Tabu gebrochen, als er nach einem Vierteljahrhundert völliger Immobili-

¹ Schwarzrock, Götz, S. 14

² Digital Publishing, GUS gegründet

³ Digital Publishing, GUS gegründet

⁴ Digital Publishing, GUS gegründet

⁵ Schwarzrock, Götz, S. 14

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 24

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 24

⁸ Schwarzrock, Götz, S. 24-25

tät die deutsche Frage für offen erklärte. Ausserdem schloss er „jeden Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines Bruderlandes, speziell einen militärischen Einsatz,“¹ aus.²

Angesichts der drohenden Veränderungen weitete die SED-Führung den Unterdrückungs- und Spitzelapparat aus und das Ministerium für Staatssicherheit wurde zur eigentlichen Macht im Staat. Die übermächtige Parteiherrschaft hatte zur Folge, dass sich die DDR-Bürger von der Politik abwandten und in die Privatsphäre zurückzogen. Längst wurde privat anders gedacht, als öffentlich gesprochen werden durfte.³

Nachdem Österreich und Ungarn an ihrer Grenze den Eisernen Vorhang geöffnet hatten, flohen in den Sommermonaten 1989 immer mehr DDR-Bürger über die „grüne Grenze“⁴ von Ungarn nach Österreich. Als sich die Bewegung zu einer Massenflucht ausweitete, liess Ungarn ab dem 10./11. September die DDR-Bürger ohne Absprache mit der DDR-Regierung ausreisen. Aber auch die bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau wurden in den Sommermonaten regelrecht von DDR-Bürgern überrannt, die ihre Ausreise erzwingen wollten.

Ein weiteres entscheidendes Ereignis stellten die Kommunalwahlen vom 7. Mai in der DDR dar. Wie üblich erreichten die Einheitslisten der „Nationalen Front“⁵ gegen 99% und wie üblich war dieses Ergebnis gefälscht. Ungewöhnlich hingegen war aber, dass zum ersten Mal oppositionelle Gruppen gegen die Fälschung protestierten und Strafanzeigen stellten. Gleichzeitig mit der Fluchtwelle kam dadurch eine Bewegung im Innern in Gang. „die politischen Unmut über die SED-Herrschaft artikulierten: die Demokratiebewegung.“⁶ Trotz aller Schikanen der Behörden formierten sich im ganzen Land Oppositionsgruppen wie „Neues Forum, Demokratischer Aufbruch und Demokratie jetzt.“⁷ In Leipzig demonstrierten jeden Montag immer mehr Bürger gegen das SED-Regime und für Demokratie.⁸ Nachdem es am 7. und 8. Oktober bereits zu spontanen Demonstrationen anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung kam, brachte die „Leipziger Montagsdemonstration“⁹ am 9. Oktober den Durchbruch. Rund 70'000 Menschen nahmen daran teil und die Parole „Wir sind das Volk“¹⁰ wurde zum ersten Mal gerufen. Die Demonstration fand trotz Gerüchten über den Einsatz der Armee gegen die Demonstranten statt. „Vom 9. Oktober an sollte die SED das Gesetz des Handelns nicht mehr bestimmen. Das alte SED-Regime begann zu zerfallen.“¹¹ Obwohl am 17. Oktober Erich Honecker abgesetzt und durch Egon Krenz ersetzt wurde, gingen die Demonstrationen weiter. Die Reaktion kam zu spät. Immer mehr Menschen gingen auf die Strasse, bis am 4. November die Demonstrationswelle mit über einer halben Million Menschen auf dem Alexanderplatz in Berlin ihren Höhepunkt erreichte. „Es ist, als habe einer die Fenster aufgestossen nach all den Jahren der geistigen, wirtschaftlichen, politischen Stagnation, den Jahren von Dumpfheit und Mief und bürokratischer Willkür,“¹² rief der Schriftsteller Stefan Heym den Demonstranten zu.¹³

Am 9. November wurde die Berliner Mauer nach einer beiläufigen Bemerkung Günter Schabowskis völlig unerwartet aufgestossen. Im Anschluss an eine Sitzung des Zentralkomitees der SED hatte dieser mitgeteilt, dass eine neue Reiseregulation beschlossen wurde, die besagte, dass Visa nun jedem kurzfristig erteilt würden. Diese Nachricht führte dazu, dass grosse Menschenmassen zu den Grenz-

¹ Der Spiegel, 40/1999, <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,44897,00.html>, Ein Marschall auf meinem Sessel

² Der Spiegel, 40/1999, Ein Marschall auf meinem Sessel

³ Schwarzrock, Götz, S. 25

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 25

⁵ Schwarzrock, Götz, S. 25

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 25

⁷ Focus, Nr. 40, 4. Oktober 1999, Countdown zur Freiheit, S. 125

⁸ Focus, Nr. 40, S. 125

⁹ Schwarzrock, Götz, S. 26

¹⁰ Schwarzrock, Götz, S. 26

¹¹ Schwarzrock, Götz, S. 26

¹² Schwarzrock, Götz, S. 26

¹³ Schwarzrock, Götz, S. 26

übergängen eilten, um zu testen, ob diese Bestimmung auch tatsächlich gelte. Die DDR-Behörden verloren aufgrund dieser Massen völlig die Kontrolle und tausende DDR-Bürger strömten unkontrolliert in den Westen Berlins, wo sie von jubelnden Menschen empfangen wurden. Am Brandenburger Tor hatte die Mauer ihre Bedeutung vollends verloren. Menschen kletterten hinüber und herüber, tanzten auf der Mauer und spazierten durch das seit 1961 unzugängliche Brandenburger Tor. Erst am Morgen des 10. Novembers bekamen die DDR-Grenzwächter die Grenze wieder unter ihre Kontrolle. Schon zwei Tage später wurden aber bereits die ersten Löcher in die Mauer geschlagen und am 13. November wurde der Schiessbefehl endgültig ausser Kraft gesetzt. Das Freudenfest war aber nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern überall in den Grenzstädten kam es zu Wiedersehensfeiern.¹

Mit der Öffnung der Grenzen änderte sich vieles. Zum einen waren die Bürger der Bundesrepublik plötzlich direkt betroffen, zum anderen wurde die Parole „Wir sind das Volk“² auf „Wir sind ein Volk“³ geändert. Als sicherster Weg zu Demokratie und Wohlstand tat sich der Weg der Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik auf. Eine Einheit Deutschlands wurde zuvor aus Rücksicht auf den Status quo in Europa kaum thematisiert, nun aber legte Kohl, der Bundeskanzler der Bundesrepublik, seinen „Zehn-Punkte-Plan“⁴ vor.⁵ Dieser am 28. November vorgelegte Plan strebte als Ziel die staatliche Einheit der beiden deutschen Staaten an. Zu diesem Zweck enthielt er verschiedene Sofortmassnahmen, die nach einer Verfassungsänderung in der DDR in Kraft treten sollten. Nach freien Wahlen sollte ein Staatenbund mit dem Ziel einer deutschen Föderation geschaffen werden.⁶

Des Weiteren hatte der Mauerfall auch ein Machtzerfall des SED-Regimes zur Folge.⁷ Trotz der Öffnung der Grenzen liessen die Demonstrationen nicht nach. Das Recht auf Beteiligung an Entscheidungen und Reformen wurde gefordert. Die SED sah sich zum Handeln gezwungen und strich am 1. Dezember 1989 ihr Machtmonopol aus der Verfassung. Am 3. Dezember trat das gesamte Zentralkomitee und die gesamte SED-Führung zurück und ein Grossteil der Ehemaligen, wie zum Beispiel Honecker, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die Partei wurde von SED in PDS (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in Partei des Deutschen Sozialismus) umbenannt. „All diese Massnahmen konnten den Verfall der SED allerdings nicht aufhalten und auch die Regierung des Ministerpräsidenten Hans Modrow konnte nur eine Übergangsregierung sein.“⁸ Am 7. Dezember folgte das erste Treffen am sogenannten „Runden Tisch“⁹ zwischen Vertretern der Oppositionsgruppen und der Regierung Modrows.¹⁰ Bereits am 18. März 1990 fanden die ersten freien Wahlen in der DDR statt. Rund 93,38% aller Stimmberechtigten nahmen an diesen Wahlen teil und die Wahl selber wurde „einstimmig als eine Zusage der DDR-Bevölkerung an eine schnelle Wiedervereinigung gewertet.“¹¹

6. DER SCHNELLE WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

Nach den ersten freien Wahlen in der DDR galt es, als ersten Schritt zur Einheit schnellst möglich den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu stoppen und bessere Lebensbedingungen zu schaffen. In der DDR stand die D-Mark seit Jahrzehnten für Wohlstand und ein besseres Leben. Mit dem Inkrafttreten des „Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“¹² wurde die D-Mark am 1. Juli

¹ Schwarzrock, Götz, S. 26

² Digital Publishing, 1968-1996, Die Mauer wird geöffnet

³ Schwarzrock, Götz, S. 27

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 27

⁵ Schwarzrock, Götz, S. 27

⁶ Digital Publishing, 1968-1996, Kohl legt 10-Punkte-Plan vor

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 27

⁸ Digital Publishing, Die gesamte SED-Spitze tritt zurück

⁹ Digital Publishing, Die gesamte SED-Spitze tritt zurück

¹⁰ Digital Publishing, Die gesamte SED-Spitze tritt zurück

¹¹ Digital Publishing, 1968-1996, Erste freie Wahlen in der DDR; Zitat: Digital Publishing, 1968-1996, Erste freie Wahlen in der DDR

¹² Schwarzrock, Götz, S. 29

1990 zum alleinigen Zahlungsmittel der DDR. Praktisch über Nacht änderte sich damit das Warenangebot in der DDR und die Bürger konnten plötzlich kaufen, was sie wollten, vorausgesetzt sie hatten Geld dafür gespart. Die „Lasten der sozialistischen Planwirtschaft durch freie Preisbildung, Wettbewerb und Rückführung des Staatseigentums in Privateigentum“¹ liessen sich aber nicht so leicht beseitigen.² Obwohl die Wirtschafts- und Sozialunion den Rahmen für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft absteckte, setzte im Sommer 1990 eine massive wirtschaftliche Rezession in der DDR ein. In der BRD hingegen erlebte die Wirtschaft dank des neuen Absatzmarktes einen Aufschwung.³

Auf dem Weg zur deutschen Einheit galt es aber noch verschiedene aussenpolitische Hindernisse, die sich aus den Rechten der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und den Einwendungen der Nachbarstaaten ergaben, zu überwinden.⁴ Man stellte sich die Frage, ob ein wiedervereinigtes Deutschland nicht zu mächtig sei für Europa. Der amerikanische Historiker Gordon A. Craig sagte dazu in einem Gespräch mit dem Spiegel: „Wenn ich ein Franzose wäre, würde mir all das durch den Kopf gehen und ich würde zu der Schlussfolgerung von Francois Mauriac kommen: Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich zufrieden bin, dass es davon zwei gibt.“⁵ Craig meinte weiter: „Die USA haben nach dem Krieg sehr schnell vergessen und vergeben, weil die Deutschen sich wie vernünftige Menschen und fast wie Amerikaner benahmen. Amerikaner haben eben ein kürzeres Gedächtnis. Die Erinnerung der Briten und Franzosen reicht weiter zurück.“⁶ Entgegen der allgemeinen Erwartungen gelang es im Jahr 1990 die Wiedervereinigung innerhalb kürzester Zeit aussenpolitisch abzusichern. Entscheidend hierfür waren zwei grundsätzliche Änderungen der sowjetischen Aussenpolitik, die der sowjetische Präsident Gorbatschow in Verhandlungen mit dem deutschen Bundeskanzler Kohl vornahm.

- Im Februar 1990 erklärte Gorbatschow, dass es nicht ausschliesslich Sache der ehemaligen Siegermächte sei, über eine Wiedervereinigung zu entscheiden, sondern, „dass es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will.“⁷
- Im Juli 1990 gestand er zu, dass ein vereinigt Deutschland „frei über seine Bündniszugehörigkeit“⁸ entscheiden könne. Er vertrat die Ansicht, dass Deutschland mit der Wiedervereinigung die volle Souveränität wiedererlangen sollte.⁹

Um die Beteiligung der ehemaligen Siegermächte an der Vereinigung zu sichern, wurden die „Zwei-plus-Vier-Gespräche“¹⁰ einberufen. Vertreten an diesen insgesamt drei Gesprächsrunden waren die Aussenminister beider deutscher Staaten, der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion. Es ging bei den Verhandlungen um Modalitäten der Ablösung der alliierten Rechte und des Abzugs sowjetischer Truppen. Alle Seiten betonten bei den Gesprächen, dass an der Oder-Neisse-Grenze nicht gerüttelt werden dürfe. Zusätzlich blieb auch eine allfällige Bündniszugehörigkeit bis zum Eingeständnis Gorbatschows am 16. Juli umstritten.¹¹ Am 12. September 1990 unterzeichneten schliesslich die vier Siegermächte, die DDR und die BRD in Moskau den „Deutschlandvertrag“¹². Darin gaben die Alliierten Deutschland die volle Souveränität zurück und ebneten den Weg für eine deutsche Einheit.¹³

¹ Schwarzrock, Götz, S. 29

² Schwarzrock, Götz, S. 29

³ Schwarzrock, Götz, S. 29

⁴ Digital Publishing, 1968-1996, Die Zwei-plus-Vier-Verträge

⁵ Spiegel Online, 1. November 1999 <http://www.Spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,50120,00.html>, Zu gross für Europa?

⁶ Spiegel Online, 1. November 1999, Zu gross für Europa?

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 30

⁸ Schwarzrock, Götz, S. 30

⁹ Schwarzrock, Götz, S. 30

¹⁰ Digital Publishing, 1968-1996, Die Zwei-plus-Vier-Verträge

¹¹ Digital Publishing, 1968-1996, Die Zwei-plus-Vier-Verträge

¹² Digital Publishing, 1968-1996, Deutschlandvertrag unterzeichnet

¹³ Digital Publishing, 1968-1996, Deutschlandvertrag unterzeichnet

Nachdem der aussenpolitische Rahmen für die Einheit Deutschlands geregelt war, mussten aber auch innerdeutsche Verhandlungen zur Übernahme der bundesrepublikanischen Rechtsordnung geführt werden. Obwohl zwar schon mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion entscheidende Weichen gestellt wurden, blieben noch viele verfassungsrechtliche Hindernisse zu überwinden. Zu deren Überwindung wurde ein mehr als 1000-seitiges Vertragswerk „über die Herstellung der Einheit Deutschlands“¹ ausgearbeitet. Der Einigungsvertrag wurde Ende August unterzeichnet und am 20. September von Bundestag und Volkskammer verabschiedet. In umfangreichen Anhängen und Zusätzen wurden zudem Übergangsregelungen für eine „Anpassung des Lebens in der DDR an das bundesrepublikanische Rechtssystem vereinbart.“² Bis Ende 1995 sollte aber die vollständige Rechtsgleichheit hergestellt sein. Als Termin für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik einigte man sich auf den 3. Oktober 1990. Der 3. Oktober wurde als „Tag der Deutschen Einheit“³ zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Hauptstadt des vereinigten Deutschlands sollte Berlin werden, der Umzug der Regierung nach Berlin wurde aber erst im Juni 1991 entschieden. Unklar blieben aber nebst anderen Fragen vor allem die Finanzfragen, die schliesslich auch zu einem zentralen Punkt des innenpolitischen Streits werden sollten.

Die Feierlichkeiten am 3. Oktober waren dann neben Freude auch von Nachdenklichkeit bestimmt, als um Mitternacht eine riesige Bundesflagge vor dem Berliner Reichstagsgebäude gehisst wurde. Damit war die Einheit vollzogen und die DDR endgültig von der politischen Bühne verschwunden.⁴

7. PROBLEME IM VEREINIGTEN DEUTSCHLAND

Nachdem die Freude über die Einheit Deutschlands abgeklungen war, trat die Tatsache in den Vordergrund, dass der schwerste Teil zur Einheit noch aussteht. Um eine tatsächliche Einheit zu schaffen, mussten die Differenzen der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland verschwinden sowie ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein erarbeitet werden. Während die ehemaligen DDR-Bürger 40 Jahre lang unter einem totalitären System leben mussten und sich nun tagtäglich mit neuen Problemen und Zukunftsängsten konfrontiert sahen, hatte sich die Vereinigung im Bewusstsein der alten BRD-Bürger kaum festgesetzt und sie versuchten Änderungen zu ignorieren.

In der politischen Diskussion seit der Wiederherstellung der Einheit drängten sich vor allem folgende Fragen auf:

- Wie soll man von der Planwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft gelangen, ohne dabei sozial ungerecht zu sein?
- Ein wirtschaftlich schwaches Europa schien dem Kommunismus und somit der Sowjetunion nicht abgeneigt. Dies hätte allerdings eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheit zur Folge.
- Wie will man mit der DDR-Vergangenheit umgehen und die Verstrickung vieler Menschen in das Regime bewältigen, wobei auch den Opfern Gerechtigkeit widerfahren soll?⁵

Auch wirtschaftlich hatte das vereinte Deutschland erst einmal mit Problemen zu kämpfen. „Drastische Produktionseinbrüche, Absatzprobleme, Liquidierung ganzer Industriesektoren und eine beispiellose Arbeitslosigkeit dämpften schon bald die Begeisterung über die neue Einheit und stürzten die Bundesrepublik in die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.“⁶ Die Staatsbetriebe

¹ Schwarzrock, Götz, S. 31

² Schwarzrock, Götz, S. 31

³ Schwarzrock, Götz, S. 31

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 31

⁵ Schwarzrock, Götz, S. 32-33

⁶ Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, S. 377

der DDR entpuppten sich bald als völlig veraltet. Das Motto lautete deshalb: „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.“¹ Käufer für Staatsbetriebe waren nur schwer zu finden, weil die Eigentumsfragen nicht geklärt waren. Investoren wurden oft durch unvorhersehbare Kosten abgeschreckt, die für die Beseitigung der Altlasten aufgebracht werden mussten. Das Stilllegen von Grossbetrieben, aber auch die Sanierungen hatten den Abbau Tausender von Arbeitsplätzen zur Folge.

Vergeblich hofften viele Menschen auf einen Wirtschaftsaufschwung in der DDR, im Sommer 1990 setzte eine massive wirtschaftliche Rezession ein, die fast alle traf. Hinzu kamen steigende Lebenshaltungskosten und geringe Löhne. Der Staat versuchte die sozialen Härten abzuschwächen, indem er umfangreiche Umschulungsprogramme ins Leben rief. Doch auch staatlichen Unterstützungen und Investitionsprogrammen sind kostenbedingte Grenzen gesetzt.²

Nicht nur Kosten zur Sanierung der Wirtschaft und des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft fielen für den Staat an, sondern auch Kosten, die die Beseitigung der Altlasten aus dem Raubbau an Natur und Umwelt durch die Verschleissproduktion und die ehrgeizigen Wirtschaftspläne des DDR-Regimes mit sich brachten. Zudem musste zum Ausgleich der Lebensbedingungen die Infrastruktur Ostdeutschlands modernisiert werden. Weitere immense Beträge flossen in den Neuaufbau von Verwaltungen in Städten und Gemeinden. Die „Kosten der Einheit“³ schienen ins Unermessliche zu steigen.

Eine weitere Frage, die sich mit der Einheit stellte, war die, wie man mit dem „Erbe der Stasi“⁴ umgehen sollte. Im Einigungsvertrag war die Errichtung einer Sonderbehörde unter der Leitung von Joachim Gauck beschlossen worden. Die Gauck-Behörde wurde mit der Verwaltung der von der Stasi angelegten Akten über sechs Millionen Menschen beauftragt. Infolge eines vom Bundestag erlassenen Gesetzes können die Bürger seit Anfang 1992 „Einsicht in die über sie unter Verletzung elementarster Persönlichkeitsrechte gesammelten Informationen“⁵ nehmen.

Die Einheit bedeutete aber auch den plötzlichen Wechsel der DDR-Gesellschaft von einer geschlossenen in eine offene. Das Verhältnis der Ostdeutschen zu den Westdeutschen beschrieb Bundespräsident Weizsäcker: „Es wäre weder aufrichtig noch hilfreich, wollten wir in dieser Stunde verschweigen, wie viel uns noch voneinander trennt... Für die Deutschen in der ehemaligen DDR ist die Vereinigung ein täglicher, sie ganz unmittelbar und persönlich berührender existentieller Prozess der Umstellung... Bei den Menschen im Westen war die Freude über den Fall der Mauer unendlich gross. Dass aber die Vereinigung etwas mit ihrem persönliche Leben zu tun haben soll, ist vielen nicht klar oder sogar höchst unwillkommen... Erst wenn wir wirklich erkennen, dass beide Seiten kostbare Erfahrungen und wichtige Eigenschaften erworben haben, die es wert sind, in der Einheit erhalten zu bleiben, sind wir auf gutem Wege.“⁶

8. BEGINN EINER WIRKLICHEN ABRÜSTUNG

In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 1992 erklärte US-Präsident George Bush den Ost-West-Gegensatz und damit den Kalten Krieg für beendet: „Dank der Gnade Gottes hat Amerika den Kalten Krieg gewonnen. Eine einstmals in zwei bewaffnete Lager geteilte Welt erkennt jetzt eine einzige und herausragende Macht an, die Vereinigten Staaten von Amerika. Und sie betrachtet dies ohne Schrecken, denn die Welt vertraut in unsere Macht.“⁷

Um ein Signal für das Ende des Kalten Krieges zu geben, kündigte Bush einseitige Massnahmen zum

¹ von Detlev Rohwedder, Präsident der Treuhandanstalt. Aus: Schwarzrock, Götz, S. 33

² Schwarzrock, Götz, S. 33

³ Schwarzrock, Götz, S. 33

⁴ Stasi: Sicherheitsdienst der DDR

⁵ Schwarzrock, Götz, S. 34

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 34; Zitat: Schwarzrock, Götz, S. 34

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 46

Abbau von amerikanischen Raketen und Einsparungen im Verteidigungshaushalt an. Denn in Zukunft sollten andere Massstäbe als Rüstungspotentiale und Truppenstärke die Weltpolitik beeinflussen. Diese neue Einstellung setzte ein eindeutiges Zeichen: Bis anhin hatten Abrüstungsverhandlungen lediglich dazu gedient, die Aufrüstung zu beschränken und das gegenseitige Misstrauen zwischen West und Ost abzubauen.

Von der Rüstungsbegrenzung zur tatsächlichen Abrüstung: In der Sowjetunion kam 1985 Michail Gorbatschow an die Macht. Gorbatschow vertrat die Ansicht, dass ein weiteres Wettrüsten die Sowjetunion wirtschaftlich zu Grunde richten würde, weshalb er bereit war, einseitig abzurüsten. Gleichzeitig sollten bei den Raketenverhandlungen trotz amerikanischer Pläne zur Rüstung im Weltraum Fortschritte erzielt werden. „Wer mehr Waffen hat, muss auch bereit sein, auf mehr Waffen zu verzichten.“¹ Gorbatschow gab damit bekannt, dass die Sowjetunion das „Streben nach militärischer Überlegenheit“² aufgegeben hatte. Als Reagan und Gorbatschow 1985 in Genf zusammenkamen, erkannten sie: „Ein Atomkrieg darf nicht geführt und kann nicht gewonnen werden.“³

Auf dieser Erkenntnis wurde im Dezember 1987 der „INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces)“⁴ abgeschlossen, der die Beseitigung aller land- und seegestützten Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km, inklusive deren Abschussvorrichtungen, vorsah.⁵ Erstmals in der Geschichte wurde tatsächlich Waffenpotential vermindert.

Zugleich wurden die seit 1982 mit Unterbrüchen geführten Verhandlungen zum START-Vertrag wiederaufgenommen und schliesslich am 31. Juli 1991 in Moskau von Bush und Gorbatschow unterzeichnet.⁶ Der START-Vertrag sah eine Reduktion der see- und landgestützten Langstreckenwaffen mit einer Reichweite von mehr als 5500 km um 50% vor.⁷ Da der Vertrag bereits vorhandene Nuklearbomben nicht betraf, waren beide Grossmächte trotz Einhaltung der START-Bestimmungen wieder im Besitz von etwa gleich vielen Trägerwaffen wie zu Beginn der Verhandlungen im Jahre 1982.

Gorbatschows Abrüstungspolitik konzentrierte sich aber nicht nur auf die atomare Abrüstung zwischen den USA und der Sowjetunion, sondern auch auf die im Rahmen der KSZE geführten Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte Europas. Auf dem KSZE-Gipfel in Paris 1990 lag den Regierungschefs der „Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE-Vertrag)“⁸ vor, der ein militärisches Gleichgewicht zwischen West- und Osteuropa vorschrieb. Dies betraf vor allem den Abbau von Panzern und Streitkräften in den Warschauer-Pakt-Staaten.

Fünf Monate nach der Unterzeichnung des START-Vertrages existierte die Sowjetunion nicht mehr; sieben Monate nach der Unterzeichnung des VKSE-Vertrages löste sich der Warschauer-Pakt auf. Trotzdem waren die Verträge von grosser historischer Bedeutung: Erstmals wurde das bisher ständig wachsende Waffenpotential verringert.

Was im Kalten Krieg noch unmöglich gewesen wäre, nämlich die freiwillige Abrüstung, wurde 1991 Tatsache. Sowohl Bush als auch Jelzin kündigten einseitige Massnahmen an. Im Frühjahr 1992 vereinbarten die beiden Abrüstungsschritte, die vor ein paar Jahren noch absolut undenkbar gewesen wären. Doch die beiden Staatspräsidenten standen seit dem Ende des Kalten Krieges unter wirtschaftlichem Druck, bei den Rüstung- und Verteidigungsausgaben zu sparen. Die USA und Russland beabsichtigten, sich zur einer „Sicherheitspartnerschaft“⁹ zusammenzuschliessen. Dies mit dem Ziel, die Kontrolle über die vorhandenen Atomwaffen zu behalten und deren Weiterverbreitung zu

¹ Schwarzrock, Götz, S. 47

² Schwarzrock, Götz, S. 47

³ Schwarzrock, Götz, S. 47

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 46-47; Zitat: S. 47

⁵ Microsoft Corporation, Internationale Abrüstung

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 48

⁷ Digital Publishing, 1968-1996, Die wichtigsten Abrüstungsverträge des 20. Jahrhunderts

⁸ Schwarzrock, Götz, S. 48

⁹ Schwarzrock, Götz, S. 48

unterbinden, was sie hauptsächlich mit eigener Abrüstung und der Vernichtung ihrer Atomwaffen erreichen könnten.¹

9. DER WANDEL DER BÜNDNISSYSTEME IN EUROPA

Während des Kalten Krieges standen sich in Europa zwei Bündnissysteme gegenüber. Das östliche Bündnissystem bestand aus dem Warschauer Pakt und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, demgegenüber standen im Westen die NATO und die Europäische Gemeinschaft. Die NATO-Mitgliedstaaten hatten sich ihrem Bündnissystem freiwillig angeschlossen, waren gleichberechtigt und auf gemeinsame Ziele sowie nationale Interessen wurde geachtet. Im Warschauer Pakt hingegen diktierte die UdSSR ihre machtpolitischen, wirtschaftlichen- und ideologischen Interessen den Mitgliedstaaten auf, die nicht alle freiwillig beigetreten waren. Nachdem Gorbatschow den Satellitenstaaten das Recht auf einen eigenen Weg zugestanden hatte, war der Warschauer Pakt in Frage gestellt.

Die Auflösung des Warschauer Paktes: Als die Oststaaten das Recht auf ihren eigenen Weg bekamen, empfanden ihre politischen Führer die Präsenz der sowjetischen Truppen als eine Bedrohung für ihre errungene Souveränität. Bei Verhandlungen über einen sowjetischen Truppenabzug in den Ostblockstaaten stand deshalb auch die Auflösung des Warschauer Paktes auf der Tagesordnung.² Am 11. Februar 1991 kündigte Gorbatschow an, dass er den Warschauer Pakt am 1. April auflösen wolle. Die verbliebenen sechs Staaten des Warschauer Paktes trafen sich am 25. Februar in Budapest, wo sie die Auflösung des Warschauer Paktes bestimmten und sich das Recht zur freien Bündniswahl sicherten.³ Nach dem Zerfall der UdSSR bildete sich auf Initiative der NATO ein „Nordatlantischer Kooperationsrat (NAOC)“⁴ in dem die GUS-Staaten, die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes und die NATO-Mitglieder eng zusammenarbeiten. Ziel der NAOC ist vor allem, die Realisierung der ausgehandelten Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen zu gewährleisten.

Der Wandel der NATO: Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts forderten einige die Auflösung der NATO oder zumindest deren Umwandlung in eine politische Konfliktregelungsorganisation. Die NATO hingegen einigte sich auf ein neues Strategie-Konzept. Im November 1991 schätzten Militärs der NATO die neue Situation wie folgt ein: „Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat das Risiko eines grossen Konfliktes in Europa erheblich verringert. Andererseits ist das Risiko gewachsen, dass ganz anders geartete Krisen entstehen, die rasch eskalieren können und eine schnelle Reaktion erfordern, auch wenn sie von eher geringem Ausmass wären.“⁵

Es sollte eine „hohe Flexibilität“⁶ der NATO-Streitkräfte geschaffen und auch der Einsatzbereich über die Grenzen der NATO hinaus sollte in Erwägung gezogen werden. Weiterhin sollte die NATO die Sicherheit in Europa gewährleisten und mit der Westeuropäischen Verteidigungsorganisation (WEU) auf mögliche kriegerische Konflikte in Europa vorbereitet sein.

Die Auflösung des RGW: Ähnlich wie dem Warschauer Pakt erging es auch dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). „Beim Übergang der osteuropäischen Volkswirtschaften von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und zum freien Handel konnte diese auf Plankoordination, arbeitsteilige Spezialisierung und Kooperation zwischen den Ostblockländern ausgerichtete Organisationen nicht helfen.“⁷ Weil in allen Ländern des Ostblocks im Zuge des wirtschaftlichen Umbruchs eine Wirtschaftskrise einsetzte, bestand nicht einmal mehr die Möglichkeit, die

¹ Schwarzrock, Götz, S. 48

² Schwarzrock, Götz, S. 49

³ Digital Publishing, 1968-1996, Der Warschauer Pakt löst sich auf

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 49

⁵ Schwarzrock, Götz, S. 50

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 50

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 50

Absatzmärkte des RGW zu übernehmen. Deshalb beschlossen die Ostblockstaaten Ende Juni 1991 seine Auflösung.

Die Stärkung der KSZE: Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde von den Regierungen der ost- und westeuropäischen Staaten als gesamteuropäisches Forum der politischen Zusammenarbeit angesehen. Die KSZE hatte schon in den 70er Jahren den Dialog über die Systemgrenzen hinweg gesichert und ausserdem hatte die in der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 vereinbarte Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte zum Wandel in Osteuropa beigetragen.

Um ein solides Fundament des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“¹ zu bilden, musste die KSZE ihren lockeren Rahmen der „Folgekonferenzen“² aufgeben und durch die Schaffung von ständigen Institutionen gestärkt werden. Der erste Schritt wurde Ende November 1990 mit der Verabschiedung der „Charta von Paris für ein neues Europa“³ getan.⁴ In der *Charta von Paris für ein neues Europa* bekannten sich die Regierungschefs von 34 Nationen zu den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit, des demokratischen Pluralismus und der Förderung der Beziehungen untereinander.⁵ Ein zweiter Schritt folgte Anfang Juli 1992 in Helsinki, als sich die KSZE als eine Art „UNO für Europa“⁶ definierte. In Konfliktfällen wie dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien kann die KSZE an die NATO oder die WEU herantreten und friedenserhaltende Massnahmen fordern.

Anziehungskraft der EG: Bei den neuen Regierungen der osteuropäischen Länder stand für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht die KSZE an erster Stelle, sondern vielmehr die Europäische Gemeinschaft (EG). Sie erhofften sich von der Wirtschaftskraft und der politischen Strukturen der EG, den Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft besser zu meistern und damit ihre politischen Verhältnisse zu stabilisieren. Für Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn war nach der Wende der Beitritt zur EG das oberste Ziel ihrer Aussenpolitik.

Die EG erklärte sich zwar bereit, den ehemaligen Ostblockstaaten wirtschaftliche Hilfe zukommen zu lassen, wehrte jedoch vorerst eine weitergehende Integration ab. Angesichts der Wirtschaftskrise wurden im Dezember 1991 mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn neue „Europa-Verträge“⁷ abgeschlossen, weil diese Staaten industriell am weitesten entwickelt waren.

In diesen Verträgen stellten sie nebst handelspolitischen Vereinbarungen und Zusage zu einer engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit, langfristig einen Beitritt in Aussicht. Auch mit anderen südosteuropäischen Staaten sollten solche Verträge ausgehandelt werden.

Im Dezember 1991 wurde in Maastricht der Ausbau der EG zur „Europäischen Politischen Union (EPU)“⁸ beschlossen. Die zukünftige Union soll dabei vor allem auf zwei Säulen bestehen.

- „Bis 1999 soll schrittweise eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) mit einer unabhängigen Zentralbank und einer einheitlichen Währung eingeführt werden.“⁹
- „Die Aussen- und Sicherheitspolitik soll immer stärker vereinheitlicht werden. Ein wichtiger Schritt dahin ist, dass das bisher gültige Prinzip der Einstimmigkeit, also das Veto-Recht eines einzelnen Staates, durch Mehrheitsentscheidungen abgelöst werden soll. Ausserdem soll das Militärbündnis der Westeuropäischen Union (WEU) zu einem integralen Bestandteil der Eu-

¹ Schwarzrock, Götz, S. 51

² Schwarzrock, Götz, S. 51

³ Schwarzrock, Götz, S. 51

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 49-51

⁵ Microsoft Corporation, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 51

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 51

⁸ Schwarzrock, Götz, S. 51

⁹ Schwarzrock, Götz, S. 51

ropäischen Politischen Union und damit ein Organ einer gemeinsamen Verteidigungspolitik werden.“¹

Die Regierungen der EG-Mitglieder waren davon überzeugt, dass nur durch eine weitere Integration das Ungleichgewicht zwischen Ost- und Westeuropa überwunden und die Verschärfung der politischen Konfliktherde verhindert werden könne. Dies hing jedoch von der Geduld der osteuropäischen Bevölkerung ab.²

10. DER GOLFKRIEG 1991: SIGNAL FÜR EINE NEUE WELTORDNUNG?

Am 2. August 1990 fielen irakische Militäreinheiten in Kuwait ein. Noch am selben Tag verurteilte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Invasion einstimmig als Bruch des Völkerrechtes. Tags darauf forderten die USA und die UdSSR in einer gemeinsamen Erklärung den sofortigen Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait. Am 8. August gab US-Präsident George Bush nach Rücksprache mit Moskau die Entsendung amerikanischer Truppen zum Schutz Saudi-Arabiens bekannt. Ende November 1990 verabschiedete der Sicherheitsrat der UN eine von der USA eingebrachte Resolution, in der dem Irak eine Frist bis zum 15. Januar 1991 für die Räumung Kuwaits gesetzt wurde.

Unter dem Oberkommando der USA begann in der Nacht des 17. Januars der Golfkrieg mit massiven Luftangriffen der Alliierten. Sowjetische Truppen waren zwar nicht beteiligt, aber die UdSSR unterstützte das militärische Vorgehen auf politischer Ebene.

Bush sprach Anfangs März 1991 vor dem amerikanischen Kongress von der „sehr realen Aussichten auf eine neue Weltordnung.“³ Er sah „eine Welt, in der die Vereinigten Nationen, befreit vom Patt des Kalten Krieges, die historische Vision ihrer Gründungsväter verwirklichen werden; eine Welt, in der Freiheit und Menschenwürde ihren Platz in allen Ländern finden.“⁴

Für die einen war dieser massive Einsatz militärischer Mittel aber keineswegs ein „entscheidendes Ereignis zur Herausbildung einer neuen Weltordnung“⁵, andere wiederum sahen in den UN „mehr Mittel und Bühne für die handelnden Supermächte als selbst Akteur.“⁶ Neu im Golfkrieg war bloss der Umstand, dass die Sowjetunion ihr Veto nicht einlegte, sondern sich den Zielen der USA anschloss.

Was sich bereits in der Kuwait-Krise und dem Golfkrieg andeutete, ist mit dem Zusammenbruch der UdSSR Ende 1991 Tatsache geworden: „Die zweigeteilte Welt des Kalten Krieges hat sich in eine unipolare Welt mit den USA in der Rolle als alleinige Führungsmacht gewandelt.“⁷

¹ Schwarzrock, Götz, S. 52

² Schwarzrock, Götz, S. 52

³ Schwarzrock, Götz, S. 52

⁴ Schwarzrock, Götz, S. 52/53

⁵ Schwarzrock, Götz, S. 53

⁶ Schwarzrock, Götz, S. 53

⁷ Schwarzrock, Götz, S. 53; Zitat: S.53

V. Anhang

1. SCHLUSSWORT

Nach monatelangem Ringen mit den Tücken des wissenschaftlichen Arbeitens sind wir schliesslich und endlich am Ende unserer Arbeit angelangt. Weil wir von Anfang an vermuteten, dass das von uns angestrebte Ziel äusserst zeitraubend sein würde, haben wir vergleichsweise früh mit der Aufarbeitung der einzelnen Kapitel begonnen. Trotzdem mussten wir kurz vor Abgabetermin einen regelrechten Endspurt einlegen, woraus die "Woche der schlaflosen Nächte" resultierte.

Nachdem wir zwei der insgesamt vier Kapitel erarbeitet hatten, war unser Betreuer, Peter Inauen, der Auffassung, dass dies bereits genüge und wir uns nur noch auf die Suche von Links beschränken sollten. Entgegen seinem Vorschlag hielten wir bis zum Schluss durch. Für uns war klar, dass die Arbeit erst mit dem Zerfall des Ostblocks Ende der 80er Jahre als abgeschlossen betrachtet werden kann. Rückblickend gesehen hat sich die Mühe auf jeden Fall gelohnt; wir haben unser gestecktes Ziel bei weitem übertroffen.

Dank den Überblicken zu den jeweiligen Kapiteln führt ein roter Faden durch unsere ganze Arbeit. Während der Leser in den einzelnen Überblicken fortlaufend erfährt, was ihn im folgenden Kapitel erwartet, zeigen die verschiedenen Berichte die Zusammenhänge des Kalten Krieges auf. Zur Vertiefung des entsprechenden Themenbereiches stehen dem Besucher unzählige weiterführende Links zur Verfügung.

Leicht verständliche Texte, die wenig Grundwissen voraussetzen, machen unsere Arbeit einem breiten Publikum zugänglich. Das Wissen wird auf einer soliden Basis schrittweise aufgebaut, bis der Leser schlussendlich ein fundiertes Wissen über den Verlauf des Kalten Krieges besitzt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die leserfreundliche Darstellung, die das Betrachten am Bildschirm zu einer wahren Freude macht. Damit die Webseite innert nützlicher Frist geladen werden kann, haben wir bewusst ein schlichtes Design gewählt. Nichtsdestotrotz wirken die gewählten Farbtöne sehr angenehm auf den Leser und tragen somit zur Lesefreundlichkeit bei.

Nachdem wir damit begonnen hatten, die geschriebenen Texte ins HTML-Format umzuwandeln, mussten wir ein eigenes Fussnotensystem entwickeln. Unser sehr gelungenes System ermöglicht es dem Leser, die Quellen schnell und bequem ausfindig zu machen.

Bei der Herstellung der Seite stiessen wir gelegentlich auf Probleme bezüglich der Kompatibilität mit dem Netscape Navigator, die sich nur durch mühsames und zeitraubendes Testen beheben liessen. Ein weiteres Problem stellte sich uns bei der Suche nach Links. Wir mussten feststellen, dass das deutschsprachige Netz im Vergleich zum englischsprachigen Netz unterentwickelt ist und beinahe einem "Drittweitznetz" gleicht. Gibt man die verschiedenen Suchbegriffe in Englisch ein, wird man geradezu mit Datenmengen überschwemmt. Bei der Suche in deutscher Sprache war es jeweils sehr schwierig, geeignete Links zu finden. Diesem Umstand konnte nur durch nächtelanges Surfen entgegengewirkt werden. Gleichzeitig muss man sich natürlich bewusst sein, dass die Richtigkeit der gefundenen Informationen häufig nicht überprüft werden kann, weil jeder die Möglichkeit hat, beliebige Daten im Internet zu veröffentlichen. Hinzu kommt die Gefahr, dass Server verschwinden, Adressen oder Inhalte in Minutenschnelle ändern.

Als Fazit unserer stundenlangen Suchaktionen bleibt die Tatsache, dass unsere Seite auf dem Gebiet des Kalten Krieges ein Novum darstellt. Auf dem gesamten deutschsprachigen Netz gibt es keine Seite, die einen umfassenden Überblick über den Kalten Krieg gibt und zugleich auf verschiedene andere Seiten verlinkt.

Das Verlinken auf andere Seiten ist eine Sache, das Erstellen einer Homepage eine andere. Oft merkt der Besucher gar nicht, wie viel Arbeit hinter einer solchen Seite steckt. Wurde diese Arbeit jedoch mangelhaft ausgeführt, ist es sofort erkennbar.

Abschliessend möchten wir uns für Ihr entgegengebrachtes Interesse bedanken und hoffen, dass Sie bald einmal wieder auf unserer Seite vorbeischauen.

Sursee, im März 2000

Christian Balmer, Oliver Bieri, Urs Blum

2. BIBLIOGRAPHIE

Bücher:

- Boesch, Joseph, Schläpfer, Rudolf, Weltgeschichte 2, Vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart, Orell Füssli Verlag, Zürich 1997
- Cartier, Raymond, Der Zweite Weltkrieg, R. Piper und Co. Verlag, München 1967
- Halle, Louis, Der Kalte Krieg, Harper & Row Verlag, New York 1967
- Michaelis, Herbert, Der Zweite Weltkrieg, C. Bertelsmann Verlag GmbH, München 1983
- Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz, Weltgeschichte im Bild 9, Das zwanzigste Jahrhundert, Lehrmittelverlag des Kantons Aargau, Buchs 1990
- Rosenkranz, Paul, Wege zur Gegenwart, Verlag Maihof, Luzern 1991
- Pfetsch, Frank, Konflikte seit 1945, Europa, Verlag Ploetz Freiburg, Würzburg 1991
- Schwarzrock, Götz (Redaktion), Geschichtsbuch, Die Menschen und ihre Geschichten in Darstellung und Dokumentation, Ergänzungsheft, Das Ende der Nachkriegsepoche, Cornelsen Verlag, Frankfurt am Main 1992

CD-ROM:

- Digital Publishing, Das 20. Jahrhundert, 1945-1968, Digital Publishing, München 1996

- Digital Publishing, Das 20. Jahrhundert, 1968-1996, Digital Publishing, München 1996
- Microsoft Corporation, Microsoft Encarta 97 Enzyklopädie, 1993-1996
- Spiegel Online, Geschichte der Deutschen, Digital Publishing, München 1998

Zeitschriften:

- Focus, Nr. 40, 4. Oktober 1999
- P.M. History, 2/99

3. KONTAKTE

Die Herausgeber:

Christian Balmer
Hubelmatte 18
6208 Oberkirch
christian.balmer@gmx.ch

Oliver Bieri
Pilatusstrasse 6
6210 Sursee
oliver.bieri@bluewin.ch

Urs Blum
Surseestrasse 20
6206 Neuenkirch
ublum@bluewin.ch

Der Betreuer:

Peter Inauen
Zimmerrütiweg 6
6207 Nottwil
pinauen@kssursee.ch

© Copyright 2000 by Christian Balmer, Oliver Bieri, Urs Blum.
Alle Rechte befinden sich bei den Herausgebern.